

# Finanzierung von Altenarbeit im Gemeinwesen

**Diakonie für Menschen**

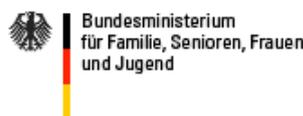
**Beiträge zum  
Jahresthema 2012**

„Altern in der Mitte der  
Gesellschaft – Aus dem  
Leben schöpfen.  
Für mich und für andere“



# Inhalt

- 3 **Einleitung**
- 4 **Handlungsbedarfe für eine neue Altenpolitik**  
4 Roswitha Kottnik  
Voraussetzungen für eine nachhaltige Seniorenpolitik
- 6 **Handlungsbedarf in Gesellschaft und Politik**  
6 Franz Müntefering  
Alt wird man im Quartier. Wer hat welche Verantwortung, damit gutes Altern gelingt?  
13 Prof. Dr. Reinhold Knopp  
Masterplan Quartier – ein Plan für alle Fälle?  
17 Petra Crone  
Wie wir die Gesellschaft des langen Lebens gestalten wollen  
18 Joachim Krüger  
Ein möglichst aktives, selbstbestimmtes Alter als Richtschnur aktueller Kommunalpolitik
- 19 **Handlungsbedarfe in Kirche und Diakonie**  
19 Cornelia Coenen-Marx  
Kirche findet Stadt! Utopie oder Wirklichkeit?  
23 Michael Bammessel  
Wie wollen wir leben – Kirche und Diakonie als Mitgestalterinnen vor Ort
- 25 **Handlungsbedarfe in Forschung und Wissenschaft**  
25 Dr. Silke van Dyk  
Die Entdeckung der Alten in der Aktivgesellschaft. Kompetent, aktiv, produktiv – oder?  
31 Prof. Dr. Gerhard Naegele  
Kommunen im demografischen Wandel – Thesen zu neuen Herausforderungen für die lokale Alten- und Seniorenpolitik  
33 Prof. Dr. Thomas Klie  
Gemeinwesenorientierte Altenarbeit und kommunaler Gestaltungsauftrag  
35 Prof. Dr. Stephan Sell  
Ideen brauchen Ressourcen – Gesellschaft braucht Werte – Wir brauchen eine andere Ökonomie
- 48 **Handlungsbedarfe aus der Praxis für die Praxis: Qualitätsorientierung – Netzworkebildung – Neue Kooperationen**  
48 Monika Stadtmüller  
Altenarbeit in Hannover  
51 Guido Panschuk  
Diakonie und Kommune – gemeinsam trotz begrenzter Finanzen  
53 Dr. Thomas Gunzelmann  
Seniorennetzwerke Nürnberg
- 54 **Konsequenzen, Forderungen und Handlungsoptionen für die Zukunft**  
54 Gaby Schnell  
Acht Thesen zur Altenarbeit aus der Sicht einer Landesseniorenvertretung  
55 Gabriele Schwentek  
„neues wohnen“ nach dem Bielefelder Modell  
58 Helga Walter  
Wie wollen wir die Gesellschaft des langen Lebens gestalten und wer soll das bezahlen?  
61 Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.  
Düsseldorfer Erklärung  
63 Gabriele Winter, Rahel Müller-Neveau  
Kommunales Basisbudget für die Altenarbeit im Gemeinwesen
- 66 **Informationen und Hinweise**
- 71 **Impressum**



Die Fachtage und die Dokumentation in der Reihe Diakonie Texte wurden gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Akademie Bruderhilfe PAX Familienfürsorge.

# Einleitung

„Altern in der Mitte der Gesellschaft: Aus dem Leben schöpfen. Für mich und für andere“, das war das Jahresthema 2012 der Diakonie Deutschland. Angelehnt an das „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012“ hat sich die Diakonie mit den vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels für Politik und Zivilgesellschaft, Kirchen und Wohlfahrtsverbände auseinandergesetzt. Wie sollen und können unsere Quartiere generationenfreundlich gestaltet werden? Wie können Ältere in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden? Wie kann es gelingen, bis in das hohe Alter hinein selbstbestimmt das Leben zu gestalten?

Auf drei Fachtagungen in Berlin, Düsseldorf und Nürnberg wurden 2012 diese Fragen diskutiert. Leitend war die bisherige Erfahrung, dass es viele Modelle und Projekte gibt, die gute Praxis zeigen und vorbildliche Angebote entwickeln. Alle leiden aber an der zeitlichen Begrenzung der üblichen Modell- und Projektförderung, der Unabgestimmtheit zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalebene und stehen unter dem Druck unzureichender Finanzierung.

Mit ihrer Handreichung „Altenarbeit im Gemeinwesen: Demografisch geboten – politisch notwendig – verlässlich finanziert“ (Diakonie Texte 09.2011) hat die Diakonie weitreichende Vorschläge für eine verlässliche Finanzierung vorgestellt.

Die Ergebnisse der Handreichung sollten nicht in der Schublade verschwinden oder nur einem kleinen Expertenkreis bekannt sein, sondern breit diskutiert werden mit Praktikern der Seniorenarbeit ebenso wie mit Fachleuten aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, der Diakonie und der Wissenschaft.

Diese Diskussion ist auf den drei Fachtagen lebhaft und intensiv geführt worden. Die vorliegende Dokumentation enthält Beiträge dieser drei Fachtage. Es wurde darauf verzichtet, alle Beiträge vollständig zu dokumentieren. Ausgewählt wurden Vorträge und Praxisbeispiele, die neue Impulse zur Finanzierung von Altenarbeit im Gemeinwesen geben und die Diskussion voranbringen. Die einzelnen Beiträge wurden Themenblöcken zugeordnet, um ein systematisches Nachlesen zu erleichtern.

Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern für das aktive Mitgestalten bei den drei Veranstaltungen und die Freigabe ihrer Manuskripte für diese Dokumentation.

Unser besonderer Dank gilt der Projektgruppe der Diakonie „Altenarbeit im Gemeinwesen“ unter Federführung von Pfarrerin Roswitha Kottnik. Die Projektgruppe hat die innovative Handreichung zur Finanzierung der Altenarbeit im Gemeinwesen (Diakonie Text 09.2011) erarbeitet, die Fachtage gestaltet und verantwortet ebenso diese Dokumentation.

Wir wünschen uns, dass die Ergebnisse der Fachtage ein weiterer Schritt auf dem langen Weg sind, die Altenarbeit im Gemeinwesen zu fördern und langfristig auf ein sicheres finanzielles Fundament zu stellen. Wir hoffen, dass das Jahresthema „Altern in der Mitte der Gesellschaft“ Impulse gibt für das gemeinsame Gestalten einer Gesellschaft, in der jeder ohne Angst vor Ausgrenzung und Armut alt werden kann.

Maria Loheide,  
Vorstand Sozialpolitik Diakonie Deutschland

# Handlungsbedarfe für eine neue Altenpolitik

Roswitha Kottnik

## Voraussetzungen für eine nachhaltige Seniorenpolitik

Im Jahr 2015 wird der 7. Altenbericht der Bundesregierung erscheinen. Sein Thema: „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“. Dieser umfangreiche Bericht soll konkrete Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Seniorenpolitik in den Kommunen geben, um den vielfältigen Lebenslagen älterer Menschen zu begegnen und zu einem möglichst selbstbestimmtem Leben im Alter beizutragen.

Bereits 2011 hat die Diakonie in ihrer Handlungsempfehlung „Altenarbeit im Gemeinwesen“ skizziert, dass und wie Kommunen sich wandeln müssen, welche Aufgaben auf Diakonie und Kirche als aktiv Handelnde im Sozialraum zukommen. Sowohl die Handlungsempfehlungen als auch die Beiträge dieser Dokumentation bieten eine gute Vorbereitung auf die zukünftigen Diskussionen zu den Themen des 7. Altenberichtes. Die Diakonie hofft, damit nicht zu früh „auf dem Markt“ zu sein. Die Diakonie will auf die Dringlichkeit hinweisen, dass die Gesellschaft stärker als bisher gefordert ist, zum Beispiel niedrigschwellige Betreuungs- und Begleitungsformen für hilfsbedürftige alte Menschen zu schaffen, aber auch das aktive Alter zu fördern und dafür verlässliche neue Finanzierungsmodelle zu entwickeln. Diese Aufgabe stellt sich den Kommunen und Gemeinden in Abstimmung und Zusammenarbeit mit allen anderen Akteuren.

Welche Handlungsbedarfe unter den Herausforderungen des demografischen Wandels angesagt sind, haben Experten verschiedenster Disziplinen auf den drei Fachtagen vorgestellt. Die vorliegende Dokumentation enthält eine Vielzahl dieser Beiträge.

### Im Kapitel „Gesellschaft und Politik“

weisen die Beiträge darauf hin, wie groß immer noch die Diskrepanz zwischen dem Wissen um die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und der Langsamkeit politischer

Systeme ist, bis es zu wirksamen gesetzgeberischen Anpassungen kommt. Handlungsbedarf besteht bei der Gesetzgebung, endlich die Versäulung im Gesundheits- und Sozialbereich zu beenden und Kommunen für ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge zu stärken.

### Im Kapitel „Kirche und Diakonie“

geht es um die immer noch mangelhafte Wahrnehmung in den eigenen Reihen, dass Kirche und Diakonie ganz natürliche Partner in der Gesamtheit des Sozialraumes, des Quartiers sind und dort ihre Potenziale einzubringen haben. Hier ist Handlungsbedarf, die Perspektive zu wechseln, sich von der Binnenperspektive zur Sozialraumperspektive zu öffnen.

### Im Kapitel „Forschung und Wissenschaft“

werden kritisch die gängigen Modelle und Verlautbarungen zu den Potenzialen des Alters hinterfragt. Sind solche Schlagworte nur dazu da, um die Sparmaßnahmen im Sozialbereich durch die Potenziale des freiwilligen Engagements Älterer zu kaschieren? Was muss flankierend geschehen, damit alte Menschen als Teilgebende und auch als Teilhabende eine Gesellschaft des langen Lebens mitgestalten und mitbestimmen. Handlungsbedarf besteht bei angemessenen Formen bürgerschaftlichen Engagements und deren Finanzierung.

### Im Kapitel „Praxis“

werden Impulse gesetzt für eine generationenfreundliche Gestaltung von Quartieren und neuen Wohnformen, für ein Miteinander von jungen und alten Menschen, von Hilfebedürftigen und Hilfeleistenden. Es wird aber auch auf einen dringenden Handlungsbedarf für eine verlässliche Finanzierung dieser innovativen und zukunftsweisenden Quartiers- und Lebensgestaltung hingewiesen.

## Im Kapitel „Konsequenzen, Forderungen und Handlungsoptionen“

ist die „Düsseldorfer Erklärung“ zu finden. Sie wurde auf dem Düsseldorfer Fachtag verabschiedet und fasst komprimiert alle Forderungen und Vorschläge der Diakonie zusammen, die zu einer verlässlichen Finanzierung gemeinwesenorientierter Altenarbeit führen. An ihrer Entstehung waren maßgeblich Gabriele Winter und Ulrich Christofczik von der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V. beteiligt

Die in diesem Diakonie Text dokumentierten Beiträge der drei Tagungen wurden den oben genannten Kapiteln zugeordnet, um ein systematisches Nachlesen zu erleichtern. Die drei Tagungsprogramme sind in dieser Dokumentation

enthalten, um die Beiträge bei Bedarf den Fachtagen zuzuordnen zu können. Alle anderen Beiträge, Powerpoint-Präsentationen und Praxisdarstellungen, soweit sie bis zur Fertigstellung der Dokumentation vorlagen, sind als Pdf-Dokumente nachzulesen in:

<http://fachinformationen.diakonie-wissen.de/beitrag/3688>.

Um die Lebendigkeit der Vorträge zu erhalten, wurde teilweise die Vortragsform beibehalten. Für die aufwendige Transkription dieser Beiträge aus den Audiomitschnitten bedanken wir uns bei Cornelia Benninghoven. Ebenso wurden die sehr persönlichen Statements der erfahrenen Praktikerinnen und Praktiker in der Seniorenarbeit im Original belassen, um das dahinter stehende Engagement und die Handlungsbedarfe spürbar zu machen.



PfarrerIn Roswitha Kottnik  
Gesamtverantwortung für Jahresthema 2012,  
die Fachtage und die Dokumentation,  
Diakonie Deutschland, Berlin

Foto: Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Christian Carls

## Handlungsbedarf in Gesellschaft und Politik

Franz Müntefering

### **Alt wird man im Quartier. Wer hat welche Verantwortung, damit gutes Altern gelingt?\***

**Herr Müntefering, ist es gut, wenn man hineinwächst in die Themen, für die man als Demografiebeauftragter der Partei zuständig ist oder ist das mit Sorge verbunden?**

Nein, das Thema ist hoch spannend. Und ich habe keine besondere Ehrfurcht vor der Frage, wie alt jemand ist. Ich bin jetzt 72 Jahre alt. Mein Satz dazu lautet: Ich habe nicht recht, weil ich 72 bin, ich habe aber auch nicht unrecht, weil ich 72 bin. Umgekehrt hat ein Mensch, der 27 ist, nicht recht, weil er 27 ist, er hat aber auch nicht unrecht.

Die Menschen wissen natürlich, dass es nicht nur Weise gibt unter den Alten. Es gibt aber auch 27-Jährige, die älter sind als ihre eigenen Großeltern. Darum muss man den Streit in der Sache suchen und kann sich nicht darauf berufen, wie alt man ist.

**Sie sind mit 35 Jahren zum ersten Mal in den Bundestag gekommen und jung in die SPD eingetreten. Wir haben gerade gehört, dass Engagement eine gute Vorbereitung ist auf das Alter. Gilt das auch für die Politik und für Sie?**

Ich bin gar nicht so jung in die Politik gekommen – mit 25 Jahren, dann mit 35 Jahren zum ersten Mal in den Bundestag. 2013 bin ich seit 38 Jahren im Bundestag, nur Wolfgang Schäuble ist länger dabei. Meine Erfahrung ist: Wer es nicht lernt, sich in der Gesellschaft zu engagieren in jungen Jahren, der ist mit 70 schwer zu überzeugen, sich zu engagieren. Aber man kann und muss es versuchen. Es ist nie zu spät.

Es ist wichtig zu begreifen: Demokratie stellt keinen Schaukelstuhl bereit – ob man berufstätig ist oder nicht, besagt gar

nichts über die Mitverantwortung für die Gesellschaft. Solange der Kopf klar ist, ist man mitverantwortlich, dass Demokratie gelingt.

**„Alt wird man im Quartier. Wer hat welche Verantwortung, damit gutes Altern gelingt?“ – ist nun Ihr Thema. Das Rednerpult gehört Ihnen.**

Ich bedanke mich für die Möglichkeit dabei zu sein und gratuliere der Diakonie zum hohen Anspruch dieser Tagung. Ich möchte zunächst ein paar Fragen aufwerfen – ohne gleich vorschnell Antworten zu geben. Im zweiten Teil komme ich dann zu dem, was man von Politikern erwartet: sagen, was getan werden muss.

Erstens: Es gibt nicht das Quartier, es gibt nicht die Stadt, es gibt nicht den ländlichen Raum.

Das Thema muss also vor Ort bearbeitet werden, weil es so große Unterschiede gibt zwischen den Städten, die dynamisch sind, und denen, die schrumpfen; weil die ländlichen Räume unterschiedliche Ausgangsbedingungen haben.

Man kann also kein Bundesgesetz machen, mit dem man mal eben schnell klärt, wie das zu funktionieren hat. Man braucht vor Ort Menschen, die sensibel sind, die sich kümmern, die bereit sind, sich zu engagieren.

#### **Du bist mitverantwortlich**

Wir müssen bedenken, dass sich die individuellen Lebensentwürfe verändern und dass es Aufgabe der Politik ist (und auch der Kirchen), dies in einem gewissen Maße zu akzeptieren. Man muss einen Gesellschaftsentwurf mit den individu-

ellen Lebensentwürfen in Einklang bringen. Wenn Sie sagen, dass inklusive Gesellschaft heißt, keinen auszuschließen, dann muss man dem Einzelnen aber auch klarmachen: Du darfst dich auch nicht ausschließen. Man kann nicht nur sagen: „Wir sind bereit euch zu helfen und Altenpolitik zu organisieren“, man muss den Menschen auch sagen: „Du bist mitverantwortlich“, wenn man Selbstbestimmung ernst nimmt. Das ist oft schwierig, und wird oft auch so interpretiert, als wolle man sich der Verantwortung entziehen und nicht wirklich helfen. Ich habe selbst vor Jahren den Begriff des „Förderns und Forderns“ mitgeprägt und mir viel Ärger eingehandelt (den ich in Maßen verstehen kann). Aber wenn man dem Einzelnen nicht sagt: „Du hast deine Verantwortung, hilf mit und sorg für dich und sorg für die, für die du sorgen kannst!“ – dann weiß ich nicht, wie wir das als Staat, als Kirche, als Gesellschaft hinbekommen sollen.

Der individuelle Lebensentwurf ist nicht immer deckungsgleich mit dem Gesellschaftsentwurf, den wir haben. Zum individuellen Lebensentwurf gehört zum Beispiel, dass die jungen Frauen aus den ländlichen Regionen wegziehen, und zwar schneller als die jungen Männer. Es gibt zahlreiche ländliche Kreise in Deutschland, dort leben im Alter zwischen 18 und 24 Jahren 80 junge Frauen und 100 junge Männer. Das ist eine individuelle Entscheidung, die man nicht verhindern kann. Oft folgen die Männer den Frauen nach in die Städte und auf dem Land fehlen dann die Kinder und die jungen Leute.

Wir dürfen die individuelle Verantwortung nicht vergessen und müssen auch klarmachen, dass die Menschen ein gutes Stück selbst verantwortlich sind.

### **Das große Problem für die Altenpolitik beginnt vor allem ab 2030**

Wichtig ist den Mut zu haben, nachhaltige Politik zu machen und weit nach vorn zu schauen. Meist wird mit Zahlen gearbeitet, die bis 2030 reichen – das zeigt aber nur die halbe Wahrheit. Wir wissen, dass sich das Thema demografischer Wandel bis 2050, 2060 zuspitzt. Das große Problem für die Altenpolitik beginnt vor allem ab 2030: wenn die Baby-Boomer-Jahrgänge, geboren zwischen Ende der 1940er und Ende der 1960er Jahre, 80, 90 Jahre alt werden. Das heißt nicht, sich den Verhältnissen zu ergeben. Aber man sollte wissen, wie die Entwicklung sein wird. Es ist eine große Herausforderung, und man muss den Mut haben zu gestalten. Natürlich gibt es gewisse Margen bei den Zahlen und einige sagen: „Das gab es schon immer, gegen die demografische Entwicklung kann man nichts machen!“ Doch, man kann etwas machen! Man kann es ein bisschen besser oder ein

bisschen schlechter machen. Wir sind nicht allmächtig, aber auch nicht ohnmächtig.

### **Unterschiedliche Ausgangsbedingungen für Kinder, für junge Menschen prägen das ganze Leben**

Wir haben den Armut- und Reichtumsbericht im Entwurf vor 14 Tagen zum ersten Mal gehört. Ich will darauf nicht im Einzelnen eingehen, wohl aber sagen, was darin fehlt: Es gibt reiche Städte und arme, es gibt reiche Regionen und arme; und damit müssen wir uns auseinandersetzen. Menschen, die in armen Städten, in armen Stadtquartieren wohnen, haben von Anfang an schlechtere Lebenschancen als die, die in besseren Vierteln wohnen. Das ist etwas, das oft übersehen wird, wenn man über Vermögens- oder Einkommensunterschiede spricht: Es gibt unterschiedliche Ausgangsbedingungen für Kinder, für junge Menschen – und das prägt das ganze Leben.

### **Modellrepublik**

Die Fragwürdigkeit unserer Modellrepublik klang ja vorhin bereits an. Zum Thema Mehrgenerationenhäuser, das angesprochen wurde, ist zu sagen: Wir haben etwa 450, wir brauchen aber etwa 1.500. Die Botschaft ist immer: „Es geht“. Ja, aber es geht eben nur 450-mal, und begrenzt auf drei Jahre. Danach müssen die Kommunen zahlen, und die haben das Geld nicht. Also schläft das Projekt in der Hälfte der Fälle wieder ein. Und bei allem Respekt gegenüber Modellen und dem Hinweis darauf, wie viel ja doch möglich sei, die Politik muss wollen, dass nach einem Anschub dann für alle Menschen Gutes flächendeckend realisiert wird.

Beispiel München: Man geht von einem Bevölkerungszuwachs von 1,5 Prozent aus und hat dringenden Bedarf an Wohnraum für alle Menschen, die eine Stadt braucht.

Beispiel Ludwigslust bei Schwerin: Auf einer Veranstaltung meldet sich ein Zuhörer und berichtet: „Bei der Wiedervereinigung waren wir 520 in meinem Dorf, jetzt sind wir 190 und der Jüngste ist 49 Jahre.“

Das ist das Spektrum, in dem wir uns bewegen. Wir müssen entscheiden, was wir an Infrastruktur zum Beispiel halten wollen und was wir gar nicht mehr halten können.

Beispiel Kreuzberg: ein Stadtteil, der gerade ganz jung und modern wird; wunderbar, da leben viele Kinder, viele junge Leute, aber andere ziehen weg.

## **Wir bräuchten eigentlich auch eine soziale Schuldenbremse**

Wenn wir über die Schuldenbremse reden, dann bitte nicht nur über den hohen Schuldenstand des Staates und die Notwendigkeit einer Schuldenbremse für Geld. Es gibt einen hohen Schuldenstand und eine große Herausforderung für das Soziale. Wir bräuchten eigentlich auch eine soziale Schuldenbremse, wie auch eine ökologische. Denn alles, was wir jetzt nicht machen, zum Beispiel Programme wie Soziale Stadt, kostet morgen oder übermorgen das Vielfache. (Professor Sell weist auch immer darauf hin).

Wir müssen also nachhaltige Politik machen mit Blick auf morgen und übermorgen.

## **Je flüchtiger die Welt wird, umso größer ist die Bedeutung dessen, wo ich zuhause bin**

Ich komme jetzt zum Thema, das Sie mir aufgetragen haben: Alt werden im Quartier. Meine These ist, dass in einer globalisierten Welt die großen Einheiten und die kleinen an Gewicht gewinnen. Nicht die Landtage, nicht der Bundestag, nicht die nationalen Parlamente, sondern die europäische Ebene und die internationale. Und die Stadt, das Quartier, da, wo die Menschen zuhause sind, wo sie sich auch organisieren können. Ich glaube, je flüchtiger die Welt wird, umso größer ist die Bedeutung dessen, wo ich zuhause bin: Wie läuft es hier, für meine Familie, die Kinder, in meiner Arbeitsphase, aber eben auch, wenn ich älter werde? Es ist also logisch, sich ganz besonders um die Frage zu kümmern, was man tun kann in den Städten und Gemeinden.

## **Bund, Länder und Gemeinden müssen zusammen an einen Tisch**

Bund, Länder und Gemeinden müssen zusammen an einen Tisch – einen Dreieckstisch, von dem ich hoffe, dass wir ihn hinbekommen. Weil man das nicht in der Vertikalen klären kann. Das ist eines der großen Probleme, dass jeweils eine Ebene auf die andere verweist und diese für zuständig erklärt.

Beispiel U3: Die Regierung sagt, sie habe alle Voraussetzungen geschaffen, jetzt seien die Kommunen dran. Fragt man die Kommunen, wie weit sie sind, bekommt man zwei Antworten: Die einen sagen, sie schaffen es nicht, die anderen fragen, wo denn dafür die Erzieherinnen herkommen sollen.

Darum müssen wir einen Dreieckstisch haben, ich sage bewusst Dreieckstisch, nicht Runder Tisch, weil die gleich-

berechtigt nebeneinander sitzen müssen. Wenn wir den Kommunen nicht die Handlungsfähigkeit und die finanziellen Bedingungen dafür geben, werden sie es nicht lösen können. Das hat etwas zu tun mit Stadtplanung und Stadtentwicklung, zum Beispiel mit der Frage, ob man Schrottimmobilien hinnehmen muss, oder ob man Möglichkeiten der Gestaltung hat, so dass man Stadtleben auch organisieren kann. Wir haben in vielen Städten, in vielen Dörfern, in vielen Quartieren Orte, an denen man Gutes machen könnte. Man kommt aber nicht weiter, weil die, denen Grundstücke oder Häuser gehören, etwas anderes damit vorhaben. In manchen Städten kommt dann die Verwüstung dazu, es wird beschmiert, es wird kaputt geschlagen, das Niveau der Straße fällt ab. Da muss man eingreifen können.

Und ich glaube, dass die Kommunen nicht nur Entlastung brauchen bei der Grundsicherung, das wird ja ab 2014 so kommen, sondern auch ganz zentral bei der Eingliederungshilfe. Da schieben wir den Kommunen einen großen Berg an Kosten und Erwartungen zu. Darüber müssen Bund, Länder und Gemeinden mit den Städten sprechen und dafür sorgen, dass etwas passiert.

Und dann müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir den generationengerechten Umbau machen, zum Beispiel beim Wohnen, beim Wohnumfeld? Wie weit kann zum Beispiel Geld aus der Pflegeversicherung genommen werden, welche Zuschussmöglichkeiten des Bundes könnte es geben?

## **Wann fängt es an, das Altwerden?**

Wir müssen Lösungen finden für die Jahre ab 2030, für eine große Gruppe von Älteren, die lange gesund durchs Leben gehen, aber irgendwann auch Pflegebedarf haben. Manche schätzen, dass sich die Zahl der Pflegedürftigen, der Demenzkranken verdoppelt, einige rechnen mit noch höheren Zahlen.

Wenn wir bis dahin das Ganze nicht anders organisieren als mit immer neuen stationären Einrichtungen, wird das für die Lebensqualität eine Katastrophe sein und volkswirtschaftlich überhaupt nicht finanzierbar. Was kostet das pro Monat? 3.000, 4.000 Euro? Die Debatten zur Rente sind harmlos im Vergleich dazu. Viele mit großem Geld sind längst unterwegs in diesem Land, um stationäre Einrichtungen zu bauen, und sind überzeugt, dass die Kunden kommen werden. Ich sage damit nichts gegen stationäre Einrichtungen. Ich habe großen Respekt vor der Arbeit und freue mich, dass es sie gibt. Es wird langfristig auch mehr geben müssen. Aber auf die Gesellschaft bezogen, mit Blick in die Zukunft, müssen wir einen anderen Weg finden. Und der muss früh anfangen.

Wann fängt es an, das Altwerden? Wir haben Ältere, Alte, wir haben keine Begriffe, die wirklich etwas taugen; wir haben Hochbetagte, Hochaltrige. Da schwärmen die einen für Zarah Leander, andere sind Fans der Beatles und wieder andere schwärmen für Lena. Und alle sind Rentner. Es ist mehr als eine Generation, die zu den Älteren, Alten gehört.

Wir müssen in der Stadt, im Quartier anfangen koordiniert diese Dinge anzupacken, um einen anderen Weg zu finden. Das muss nicht schlagartig passieren. Aber wir werden in den nächsten Jahren vielleicht eine Situation haben, in der der Export nicht mehr weiter wächst. Dann kommt der Binnenmarkt wieder in den Blick. Und damit meiner Meinung nach auch solche Investitionen, wie die für energetische, generationengerechte Gebäudesanierung oder für die Aufgaben, über die wir hier sprechen. Das hat mit Arbeit zu tun, mit Ökonomie und das kann man auch vermitteln: Das ist nicht soziale Sahne obendrauf, es ist vernünftig für Deutschland, für das ganze Land. Dabei müssen die Wohnungen nicht luxussaniert werden, aber man baut dann zum Beispiel die Badewanne zur Dusche um, baut eine elektrische Hebeanlage ein, elektrische Jalousien und eine breitere Tür und beseitigt die Stolperfallen in der Wohnung.

### **Ein Drittel bewegt sich ...**

Wenn man dann noch dafür sorgt, dass Menschen Kontakt haben und sich begegnen können, ist das ein guter Start. Und natürlich braucht man dazu das ehrenamtliche Engagement, muss die Leute finden und dazu holen. Ich halte Einsamkeit für die schwerwiegendste Krankheit, die wir in Deutschland haben. Das betrifft die Menschen, die jetzt heute nicht hier sind. Die sitzen irgendwo im dritten oder fünften Stock, schauen den ganzen Tag aus dem Fenster oder ins Fernsehen, und sind traurig, wenn der, der sie pflegt, nach 20 Minuten weg muss, weil er den nächsten Termin hat.

Beispiel Bielefeld, Genossenschaftssiedlung (das Gespräch ist schon 10 Jahre her): Die bilden kleine Gruppen von fünf, sechs Leuten und versprechen sich: Wir kontaktieren uns jeden Tag! Wir treffen uns auf dem Markt zum Schwatz oder zum Bier oder zum Kaffee oder wir rufen an oder gehen hin und besuchen uns. Das ist ein unglaublich stabilisierender Faktor. Denn viele Ältere gehen deshalb in stationäre Einrichtungen, weil sie alleine sind, weil sie keinen Zuspruch mehr finden, und weil Nachbarschaft, Freundschaft, Verwandtschaft nicht funktionieren. Das ist etwas, an dem man ganz konkret arbeiten kann. Wofür man eigentlich nur Zeit braucht, sich zu kümmern wie beim Ehrenamt, beim zivilgesellschaftlichen Engagement überhaupt.

Ich treffe aber auch auf viele, die sagen: „Ich habe genug Stechuhur gehabt in meinem Leben, ich brauche keinen Zwang mehr!“ Das ist in Ordnung. Aber Solidarität, die organisiert ist, ist auch noch Solidarität. Oder Nächstenliebe, die organisiert ist, ist auch Nächstenliebe.

Die Vorstellung, dass es nur etwas taugt, wenn man spontan jemandem hilft, ohne festen Zeitplan, ist falsch. Und darum muss man um die Organisation und die Menschen kämpfen. Man muss den Älteren sagen: „Es gibt in der Demokratie keinen Schaukelstuhl, sondern auch du musst mit dabei sein und mithelfen.“ Meine Erfahrung ist: Ein Drittel bewegt sich, ein Drittel kriegt man gezogen, ein Drittel ist schlapp. Das ist aber im ganzen Leben so. (In der Kirche vielleicht anders, aber sonst überall).

Wir müssen die Menschen aufklären über menschliche und technische Assistenz.

Ich durfte an einer Fachhochschule einen Paternoster-Schrank besichtigen, der Ihnen das Fach automatisch heranholt, das Sie gerade brauchen. Sehr schick, aber das Problem ist: Sie müssen sich nicht mehr bücken, Sie müssen sich nicht bewegen! Ist das gut oder schlecht für die Menschen? Oder das automatische Bett, das einen dazu bringt, in einer Minute aufzustehen, man kann gar nichts dagegen machen. Das fanden viele ideal. Nur wenn man das 100-mal gemacht hat, kann man nicht mehr alleine aufstehen (in einem bestimmten Alter).

Wenn wir überlegen, was den Menschen hilft, dürfen wir nicht glauben, das ginge alles über Computer oder über technische Hilfsmittel. Es gibt Situationen, in denen man sie sicher braucht, aber es hat alles seine Grenzen. Und deshalb müssen wir uns bewusst sein: Es gibt nichts Besseres als menschliche Assistenz, das Gespräch, auch wenn das manchmal anstrengend ist.

Ich bin überzeugt, dass die meisten alten Menschen nicht im Wald wohnen wollen und die Vögel singen hören wollen. Sie wollen in Pantoffeln runtergehen und da soll ein Arzt sein, eine Apotheke, ein Bäcker und ein Bus.

### **Wir müssen die Daseinsvorsorge in der Fläche verantworten**

Wenn der ländliche Raum nicht aufpasst, dann werden die Leute in die Städte ziehen. Früher war es so im Sauerland, wo ich herkomme: Im Pflegefall rief man die Kinder aus München oder anderswo und sagte: „Pflege mich und du bekommst das Haus.“ Heute sagen die Kinder: „Weißt du was! Mutter,

komm du nach Köln, komm nach München!“ Und Mutter macht das. Meine Generation weiß längst, dass sie gut alt werden kann in der Stadt. Das verstärkt aber die Probleme zwischen den Städten, die wachsen und den anderen Räumen, die Riesenprobleme haben. Da gibt es kein Quartier, da fährt der Pflegedienst von einem Bett zum anderen fünf Kilometer. Das muss gemacht werden, nur wer bezahlt es? Wir müssen die Daseinsvorsorge in der Fläche verantworten.

Ein letztes Wort zum Thema Verantwortung und Engagement. Es gibt den Satz „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Das ist Quatsch, das muss man auch den Älteren sagen: Man kann noch lernen, auch wenn man älter wird. Aber dazu muss man sich mit den Älteren unterhalten. Als der große Philosoph Kant 50 Jahre alt wurde, wurde er laudiert mit „ehrwürdiger Greis“! Die letzte Umfrage in Deutschland zum Thema, wann ein Mensch alt sei, ergab die Zahl 72. Ich finde ja, mit 75 frühestens! (Das eigene Leben verschiebt die Perspektiven.) Und das Alter ist anders, als es noch vor 40 oder 50 Jahren gewesen ist.

## **Die Würde des Menschen ist unantastbar bis zum Schluss?**

Darum geht es:

- Geld und Handlungsfähigkeit für die Städte und Gemeinden.
- Neue Wohnformen entwickeln.
- Es muss und wird Zwischenformen zwischen der stationären Einrichtung und der ambulanten Pflege geben.

Die Orte dafür liegen in den Städten und Quartieren, nicht auf der grünen Wiese.

Wir müssen eine Verbindlichkeit der palliativen Hospizdienste hinbekommen. Die Gesetze sind klar, aber es wird nicht praktiziert. Ich habe es selbst erlebt und weiß, dass es eine unglaubliche Hilfe ist für die, die zuhause in einer solchen Situation sind: für die, die gehen und für die, die bleiben. Denn da arbeiten Menschen, die hochqualifiziert sind, die man nachts um zwei Uhr anrufen kann, wenn man nicht weiter weiß.

Jede Stadt, jedes Quartier braucht einen Masterplan, muss wissen, wie die Entwicklung ist, was gebraucht wird. Ich sage nicht, dass eine Stadt das selbst machen muss. Sie kann auch feststellen, dass alles gut organisiert ist. Jeder Mensch

im Quartier muss eine Telefonnummer haben, bei der man anrufen kann und interessenneutral beraten wird. Viele Anfragen von Angehörigen, die mich und andere Abgeordnete erreichen, zeigen: Wir brauchen dieses Angebot für Ältere, aber auch für Jüngere. Man muss das Gespräch suchen über Vollmachten, über Vorsorge und natürlich auch über das letzte Stück im Leben.

Das macht mir wirklich Sorgen. Ich bin auf vielen Veranstaltungen unterwegs und erlebe Menschen, die sagen: „Ich will mich nicht sauber machen lassen, ich will nicht pflegebedürftig sein, ich muss selbst entscheiden können, wann ich gehe.“ Und immer gibt es dann Beifall. Nicht von allen, aber einigen. Es ist Aufgabe des Staates, da klar Position zu beziehen. Stimmt das, was zum Beispiel auf den Bussen in Bethel steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar bis zum Schluss? Es gibt die große Versuchung, aus der Perspektive von Nützlichkeit und Kosten darüber zu sprechen. Und solche schrecklichen Beispiele wie das von Gunther Sachs befördern dies.

Im Grund heißt das: Wenn der Mensch nicht hundertprozentig in Ordnung ist, wenn er Schwächen hat, wenn er behindert ist, dann zählen nur hundert Prozent oder gar nichts.

## **Wer neugierig bleibt, wer aktiv bleibt, wer sich bewegt, der kann auch sein Leben im Alter gestalten**

Wir Männer vor allem leben nach dem „Hau-den-Lukas-Prinzip“: Wir gehen nach der Schule gleich in den Job, versuchen aufzusteigen, so hoch es geht, dann kommt das Rentenalter und der Hammer geht runter und Schluss ist! Das ist überhaupt nicht gesund. Natürlich kann man mit 65 oder 70 oder 75 Jahren nicht mehr soviel tun wie ein 25-Jähriger, ist nicht mehr so schnell. Aber man ist noch nützlich. Und deshalb ist das Ehrenamt ja nicht nur positiv für die, die Hilfe bekommen, sondern auch für die, die es machen. Wer neugierig bleibt, wer aktiv bleibt, wer sich bewegt, der kann auch sein Leben im Alter gestalten. Den Unternehmen sagen wir: „Klar, die 25-Jährigen laufen schneller als die 65-Jährigen, aber die kennen die Abkürzungen.“

Nur: wenig Bildung, wenig Einkommen, wenig Vermögen, nicht aktiv sein, das ist die Voraussetzung, fünf bis zehn Jahre früher zu sterben als andere. (Das kann man natürlich nicht denen vorwerfen, die länger leben). Wobei man zugeben muss, dass auch die Gene eine Rolle spielen. Man kann nicht alles beeinflussen.

## **Wir haben eine Schieflage in der Bundesrepublik Deutschland bei der Wertschätzung von Berufen**

Zwei Themen möchte ich noch ansprechen.

Erstens das Thema Dienst am Menschen: Wir haben eine Schieflage bei der Wertschätzung von Berufen in der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt sittenwidrig niedrige und es gibt sittenwidrig hohe Löhne. Ich habe einen Mann getroffen, der hatte 2 Euro 90 die Stunde, andere haben 14 Millionen im Jahr. Der mit den 14 Millionen bekommt 600-mal soviel wie eine Krankenschwester. So gut kann kein Mensch sein. Das regt die Menschen auf und mich regt das auch auf. Wenn in Berufen wie Erzieher oder Altenpfleger so viele Männer beschäftigt wären wie Frauen, wären die Löhne höher. Armut im Alter fängt da an. Also darf man nicht nur Löcher stopfen. Man muss Altersarmut bekämpfen und denen helfen, die davon betroffen sind und sein werden:

- diejenigen, die Berufe machen, die heute schlecht bezahlt sind;
- Frauen, die im Schnitt 22 Prozent weniger für dieselbe Arbeit bekommen;
- Frauen, die nach einer Trennung das Kind erziehen und anschließend nicht mehr in ihren Job reinkommen und deshalb eine Rente haben, die halb so hoch ist wie die des Mannes; oder wenn der Unterhalt nicht mehr gezahlt wird.

Wir müssen vor allem eine andere Wertschätzung bekommen für diese Berufe. Woher das Geld dafür kommen soll, ist mir in dem Moment egal. Ich will wissen, wie man das Problem lösen kann. Denn wir haben ja nicht nur die Älteren, die mehr werden, wir haben zu wenig Junge. Und deshalb ist die Frage der Fachkräfte von unendlicher Bedeutung. In Thüringen kommt auf zwei, die in Rente gehen, einer, der die Schule verlässt.

Welchem 16-, 17-Jährigen wollen Sie sagen: „Werde Erzieher!“? Oder: „Werde Altenpflegerin!“? Wenn wir gleichzeitig andere Angebote haben, die viel attraktiver sind.

Darum müssen wir eine höhere Wertschätzung in der Gesellschaft einfordern und müssen sie auch durchsetzen und dafür garantieren, damit klar wird: Die sind so wichtig, wie alle anderen auch. Wenn dieser Mann mit den 14 Millionen nicht jemanden hätte, der ihm das Hemd wäscht, die Haare schneidet, etwas kocht und ihm hilft, wenn er krank ist, sähe

er nach vier Wochen ziemlich heruntergekommen aus. Und darum brauchen wir alle (!) Berufe.

Eine letzte Anmerkung: Ich höre oft davon, dass Menschen aus anderen Kulturen in Krankenhäuser oder Alteneinrichtungen kommen und man nicht weiß, wie man mit ihnen umgehen soll. Wenn sie an Demenz erkranken, kann es schnell passieren, dass sie sich noch an ihre Muttersprache erinnern, aber nicht mehr an das, was sie anschließend dazugelernt haben. Und wenn dann gar nichts mehr geht, holt der Krankenhausarzt die Putzfrau zum Übersetzen. Warum haben die keinen Dolmetscher? Weil ein Dolmetscher vor Gericht dreimal soviel bekommt wie im Krankenhaus!

Da müssen wir etwas tun. Denn natürlich sind für jeden Menschen die spirituellen Bedürfnisse und die Frage, werde ich angenommen, so wie ich bin, von unendlicher Bedeutung für die Lebensqualität auf dem letzten Stück.

## **Du musst gestalten können**

Der Hirnforscher Gerald Hüther hat eine Langzeituntersuchung bei Nonnen gemacht. Er hat festgestellt, dass es unter den Nonnen weniger Demenz gab. Aber die Hirnuntersuchungen nach dem Tode zeigten dieselben Degenerationsprozesse wie bei anderen Demenzerkrankten. Woher kommt das? Hüther sagt, es gebe drei Dinge, die Menschen helfen, vernünftig alt zu werden.

Erstens: Du musst verstehen, was passiert. Das heißt, du musst ein gutes Umfeld haben, in dem du dich bewegst, du musst mitmachen können und mithelfen können und so verstehen, was stattfindet. Das geht nur über soziale Kontakte.

Zweitens: Du musst gestalten können. Du musst ein Stück Selbstbestimmung haben. Wenn man sich also bücken muss, weil man keinen Paternoster-Schrank hat, dann ist das gut. Wenn man sein Essen selbst zubereiten muss, kann das gut sein. Man muss sich also fragen, ob es gut ist, wenn man Menschen ruhig stellt durch eine Bedienung, die schnell geht und völlig passiv macht.

Drittens: Sinnhaftigkeit. Die Nonnen wussten, weshalb sie auf der Welt sind und haben daran geglaubt. Wenn man älter wird und das Gefühl hat, dass alles keinen Sinn mehr macht, dann führt das zu Depression und Passivität. Deshalb ist es so wichtig, wie viel Zuwendung und Kontakte wir älteren Menschen geben.

Ich habe immer ein bisschen ein Problem mit der Überschrift „Altenarbeit/Altenpolitik“. Verstehen Sie mich nicht falsch, aber es ist eine Menschenpolitik, die wir machen.

Sie können einem 60-Jährigen sagen, er solle sich aufs Alter vorbereiten. Er wird sagen: „Ja, in 25 Jahren!“ Der Begriff des Alt-Seins ist so besetzt mit Vorstellungen von Bedürftigkeit, davon, nicht mehr auf der Höhe der Zeit zu sein, dass es keiner wahrhaben will. Man kann einem 25-Jährigen nicht sagen, er solle sich aufs Alter vorbereiten.

Deshalb gehört zu nachhaltiger Politik, dass wir alle Generationen zusammen sehen, auch alle Generationen ansprechen. Und bei allem, was wir im Quartier machen, müssen wir beachten: Kein Quartier bauen für Alte! Sondern ein Quartier für Menschen bauen, das Lebenszusammenhänge erhält. Ich kann versprechen, dabei mitzuhelfen, solange ich noch aktiv bin.

\* Kurzinterview mit anschließendem Vortrag



Franz Müntefering  
Mitglied des Bundestages, Sprecher der AG  
demografischer Wandel der SPD-Fraktion, Berlin

Foto: Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Christian Carls

Prof. Dr. Reinhold Knopp

## **Masterplan Quartier<sup>1</sup> – ein Plan für alle Fälle?\***

Vorbemerkung: Die Gestaltung der Wohnquartiere rückt im Kontext sozialer und vor allem auch demografischer Entwicklungen zunehmend in den Fokus von Diskussionen über die Frage, wie man Einfluss auf diese nehmen kann. Vormalig als Thema vielfach vernachlässigt stellt sich nun die Gefahr einer Überhöhung der Erwartungen an gemeinwesenorientiertes Handeln. Dies umso mehr, da den damit verbundenen finanziellen Aufwendungen, zum Beispiel für bezahlte Stellen von Quartiermanager/innen und Mitteln für Gestaltung, nicht Rechnung getragen wird. Auch ist zu beobachten, dass in der Frage der Bürgerbeteiligung vielfach mehr an die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen – im schlimmsten Falle als Grundlage von Einsparungen – gedacht wird als an reale Partizipation, die auch schon einmal Protestcharakter haben kann. Diese Aspekte sollen mit den folgenden Zeilen erläutert und Lösungsmöglichkeiten angeboten werden.

### **Der demografische Wandel als Herausforderung und als Chance**

Die demografischen Prognosen für Deutschland sind hinlänglich bekannt. Auch wenn es möglicherweise im Zuge der europäischen Finanzkrise zu größeren Zuwanderungen als erwartet kommen könnte, so ist doch auf jeden Fall gesichert, dass der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung deutlich steigen wird. Hieraus ergeben sich eine Reihe von Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Versorgung und Pflege. Diese wird künftig stärker in die Zuständigkeit professioneller Dienste gehen müssen, da eine hohe Zahl Menschen diese Lebensphase ohne eigene Kinder beziehungsweise Enkelkinder erreichen wird. Auch dort, wo es noch solche verwandtschaftlichen Ressourcen gibt, ist deren Nutzung keineswegs garantiert, führen doch die beruflichen Mobilitätsanforderungen zunehmend zu räumlichen Distanzen zwischen den Generationen.

Mit Blick auf die nahe Zukunft zeichnet sich ein weiteres Problem ab: Immer mehr Menschen gehen auf eine nachberufliche Phase zu, in der ihr Lebensstandard aufgrund von nicht-kontinuierlichen Berufsbiografien, Rentenkürzungen und Geldentwertungen deutlich schlechter sein wird, als dies bei den gegenwärtigen Altersgruppen der Fall ist.

1 Anmerkungen und Ergänzungen zum Vortrag „Masterplan Quartier – ein Plan für alle Fälle?“ im Rahmen des Fachtages der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe „Altenarbeit im Quartier“ am 4.10.2012 in Düsseldorf – siehe ausführlich: Knopp / van Rießen 2012

Parallel zu diesen und zahlreichen weiteren Herausforderungen beinhaltet der demografische Wandel jedoch auch eine Reihe von Chancen. Die gegenwärtig zur Gruppe der Menschen im Alter von 65Plus gehören, fühlen sich deutlich jünger als dies ihr kalendarisches Alter aussagt. Sie sind überwiegend aktiv und auch bereit beziehungsweise interessiert, sich im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement einzubringen (Studie Generali Zukunftsfonds 2013). Das Interesse an alternativen Wohnformen, neuer Nachbarschaft, Gesundheitsbewusstsein und interkultureller Begegnung wächst (siehe ebenda). Die Gruppe der sogenannten „jungen Alten“ konnte vielfach Nutznießer des Bildungsschubs der frühen 1970er Jahre sein und Erfahrungen im Aushandeln gesellschaftlicher Konflikte machen, zum Beispiel im Kontext des Wertewandels und der Veränderung der Geschlechterverhältnisse (Perrig-Chiello 2009). Der Alterssurvey von 2010 spricht von insgesamt „wachsende(n) individuelle(n) Potenziale(n) für Bildung und Engagement“ wenngleich hier auch differenzierte Betrachtungen hinsichtlich Älterer mit geringer Bildungsnähe hinzugezogen werden (Motel-Klingebiel / Simonson 2012, S. 25.). Trotz dieser Einschränkungen ist damit die Wendung zu einer Ressourcenperspektive möglich, in der Ältere als Akteure in gesellschaftlichen Prozessen und Auseinandersetzungen anzusehen sind.

### **Die Bedeutung der Gestaltung von Wohnquartieren als Gegenstand von Stadtentwicklung**

Die Alterung der bundesdeutschen Gesellschaft ermöglicht die Hinwendung zu einem sozialraumbezogenen Denken und Handeln, das in unserer mobilen und beschleunigten Gesellschaft vielfach aus dem Blick geraten ist. Für viele Menschen ist die Lebensqualität in ihrem Wohnquartier von Bedeutung, für Ältere ebenso wie für Kinder, minderjährige Jugendliche, Familien und Menschen mit individuellen Beeinträchtigungen. Dies gilt auch für Menschen mit geringem Einkommen, denen die finanziellen Möglichkeiten fehlen, Ressourcen andersorts zu nutzen. Der Ansatz, möglichst vielen Menschen den Zugang zu den Ressourcen in ihrem Wohnquartier zu öffnen und sie darüber hinaus in das Engagement für die Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen einzubinden, geht schon auf die Settlement Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts in England und in den USA zurück<sup>2</sup>. Die Gemeinwesenarbeit in

2 Vielfach mit dem Namen Jane Addams verbunden

Deutschland hat diese Ansätze vielfach mit dem Anspruch einer Politisierung im Sinne des politischen Empowerments (Herriger 2006) verbunden. Am konkretesten hat dies wohl Dieter Oelschlägel in dem „Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit“ formuliert: Die Menschen im Quartier „sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns und Lernens werden und zunehmend die Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen“ (Oelschlägel 1997, S. 37).

Die Notwendigkeit einer planvollen Gestaltung der Wohnquartiere im Kontext der demografischen Entwicklung wurde Anfang 2000 durch mehrere Publikationen der Bertelsmann Stiftung und des Kuratoriums Deutscher Altershilfe öffentlich thematisiert. Mit dem Konzept „Wohnquartier“<sup>4</sup> wurde 2006 ein Vorschlag für die Analyse und die Gestaltung von Wohnquartieren vorgelegt<sup>3</sup>, in dem sowohl der infrastrukturellen Ausstattung der Wohnquartiere im ökonomischen Bereich als auch bei der Versorgung und Pflege Bedeutung zugemessen wurde. Berücksichtigt wurden weiterhin die Angebote von Bildung und Kultur. Auch Anlässen und Möglichkeiten zu Kommunikation und Partizipation (Grimm u.a. 2006) wird in diesem Konzept als „Faktor“ Bedeutung beigemessen, wobei der Grad von Kommunikation und Beteiligung in allen Bereichen („Faktoren“) von Bedeutung ist (Knopp 2012).

Aber auch auf staatlicher Seite wird der demografische Wandel zeitgleich auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen als große Herausforderung an die Stadtentwicklung und die Gestaltung der Wohnquartiere diskutiert. Im Bericht der Enquete Kommission des Landtags NRW mit dem Titel „Zukunft der Städte“ wird dazu angeführt: „Dem Leitbild der sozialen Stabilität folgend, gewinnen präventive Politikstrategien in der Kommunalpolitik an Bedeutung, um den Gefahren sozialer und ethnischer Segregation, aber auch der Alterssegregation frühzeitig entgegenwirken zu können“ (S. 17).

Der deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. hat 2007 einen Bericht mit dem Titel „Chancen der vor uns liegenden demografischen Entwicklung für die Wohnungs- und Städtepolitik“ vorgelegt. Hierin wird gefordert, die Gestaltung des demografischen Wandels auf kommunaler Ebene als „Querschnittsaufgabe“ anzugehen (S. 224). Eine besondere Bedeutung misst der Bericht der Zusammenarbeit aller Akteure in den „städtische(n) Quartiere(n)“ zu (S. 228) und weist zugleich darauf hin, dass es auch notwendig ist, die „Gesamtstadt in den Blick zu neh-

men und Konzepte für verschiedene räumliche Teilbereiche in ein Gesamtbild einzuordnen“ (S. 229). Der deutsche Verband spricht sich für die Einrichtung von „Stadtteilmanagement, Quartiersmanagement“ aus und fordert auf, eine „erforderliche Langfristigkeit der Arbeit in den Sozialräumen zu akzeptieren“ (S. 230).<sup>4</sup> In dieser Stellungnahme sind alle wesentlichen kommunalen Aufgaben beschrieben: Es bedarf einer Quartiergestaltung, die Bestandteil einer gesamtstädtischen Entwicklungsplanung ist und die eine Anbindung der Stadtteile an die Gesamtstadt berücksichtigt. Ein Quartiermanagement ist auf Langfristigkeit auszurichten. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, benötigen die Kommunen allerdings finanzielle Unterstützung durch Land und Bund. Auch wenn die Zeichen gegenwärtig nicht in diese Richtung weisen, so wäre die Auflage eines neuen Bund-Länder-Programms „Generationengerechte Stadt“ (oder ähnlich) gleichbedeutend mit einem Minimum an Unterstützung für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben.

## **Bürgerschaftliches Engagement und professionelles Handeln in der sozialen Arbeit**

Der Perspektivwechsel, der mit der Orientierung auf die Ressourcen der älteren Menschen spätestens seit dem 5. Altenbericht vollzogen wurde, stellt eine grundsätzlich begrüßenswerte Entwicklung dar. Allerdings ist diese nicht frei von Widersprüchen und ‚Fallstricken‘. Sie ist zwar einerseits eine Chance für die Anerkennung älterer Menschen als weiterhin aktive soziale, kulturelle und politische Akteure, andererseits birgt sie auch die Gefahr der Zuschreibung einer unmittelbaren ‚Eigenverantwortlichkeit‘, im Sinne von ‚wer nicht fit ist im Alter, hat selber Schuld‘. Dies kommt einer Verschiebung von gesellschaftlicher Verantwortung und staatlicher Fürsorge in den individuellen Bereich gleich (Lessenich 2010). Es stellt sich damit die Herausforderung, die richtige Balance zu finden zwischen der Bejahung bürgerschaftlichem Engagements Älterer und der Verneinung eines Rückzugs des Staates aus seiner Aufgabe, seine Bürger gegen gesellschaftliche Risiken abzusichern und soziale Fürsorge im Alter zu garantieren.

Mit Blick auf das Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und professioneller, das heißt bezahlter sozialer Arbeit stellt sich die Frage nach dem sogenannten „Bürger-Profi-Mix“. Im neuen Buch von Klaus Dörner „Helfensbedürftig“ findet sich dazu eine Definition, wie sie vielfach aus Miss-

<sup>3</sup> Initiiert vom Evangelischen Fachverband für Altenarbeit im Rheinland, dem Evangelischen Erwachsenenbildungswerk Nordrhein und der Wissenschaftsabteilung der HOCHTIEF Construction AG und präsentiert als Ergebnis von zahlreichen Expert/innen-Workshops

<sup>4</sup> Dieser Bericht wurde in Zusammenarbeit mit dem damaligen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erstellt, welches nun durch drastische Kürzungen im Programm „Soziale Stadt“ exakt in die entgegengesetzte Richtung der Empfehlungen steuert.

trauen gegen professionelles Handeln heraus formuliert wird: „... so viel Bürger wie möglich und so viel Profi wie nötig“ (Dörner 2012, S. 42). Genau hier liegt das Problem: Die Skepsis gegen die „Profis“, die Dörner teilweise als Verhinderer betrachtet (siehe unter anderem S. 52) mag hier und da berechtigt sein, aber sie darf nicht dazu führen, professionelle soziale Arbeit zu entwerten und kostengünstig einzusparen.

Wenn bürgerschaftliches Engagement gesellschaftlich wirksam werden soll, dann muss die „Formel“ lauten, so viel Bürger wie möglich mit so viel professioneller Begleitung und Unterstützung wie möglich. Eine Definition der Aufgabenbereiche in unbezahlte und zu bezahlende Arbeit ist dabei ebenso notwendig, wie eine Qualifizierung der Zusammenarbeit auf beiden Seiten. Ein Beispiel dafür ist der Einsatz sozialräumlicher Methoden durch professionelle Kräfte der sozialen Arbeit bei der Stärkung von quartiersbezogener Partizipation (Knopp 2009): In moderierten Workshops und Stadtteilbegehungen werden Verfahren eingesetzt, die bürgerschaftlich Engagierten für die Wahrnehmung ihrer Interessen zu qualifizieren. Mit der Nadelmethode, mit der Autofotografie, Stadtteilbegehungen, Sozialraum-Tagebüchern und anderem<sup>5</sup> können Ältere unterstützt werden, ihre Themen zu setzen und Veränderungsvorschläge zu entwickeln. Wichtig ist es dabei, keine Tabus aufkommen zu lassen und auch deutlich zu machen, wo Forderungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Quartier auch in Widerspruch zur Stadtpolitik geraten. Einer Stadtpolitik, die in aller Regel zunächst einmal an den zentralen Leuchtturmprojekten ausgerichtet ist und vielfach wenig mit bürgerschaftlichem Engagement anzufangen weiß, sobald dies mehr Ressourcen fürs Quartier einfordert und dabei mehr meint, als die Absenkung von Bordsteinkanten.

Soziale Arbeit im Bereich der sogenannten „Altenarbeit“ muss sich allerdings im Kontext von Quartierskonzepten weiterentwickeln. Auf drei Ebenen kann dies konkretisiert werden:

- Stationäre Einrichtungen müssen sich zum Quartier hin öffnen. Dies beinhaltet die Überprüfung der vorhandenen Ressourcen: Was gibt es bereits im Quartier und wo kann die Öffnung von Räumen, Gesundheitsangeboten, Mittagstischen et cetera dort neue Möglichkeiten schaffen. Teilnahme von Vernetzung im Wohnquartier ist hier ebenso ein (Zukunfts-)Thema, wie die Kommunikation zum Quartier, zum Beispiel durch eine gemeinwesenorientierte Ausrichtung der Kurzzeitpflege (Knopp / Bleck / van Rießen 2012).

- Angebote der offenen Altenarbeit müssen auch nach außen agieren, denn es reicht nicht, „die Türen zu öffnen“ und zu schauen, wer kommt. Hier kann aus den Erfahrungen in der sozialraumbezogenen Jugendsozialarbeit gelernt werden, zum Beispiel mit „herausreichenden Angeboten“ und „aufsuchender Arbeit“. Die offene Altenarbeit muss sich auch als Akteur im Quartier begreifen, der sich an einer Einflussnahme auf die Lebensbedingungen dort beteiligt und dazu beiträgt, die Besucherschaft bei einem solchen Engagement zu unterstützen. Eine solche grundsätzliche Ausrichtung wurde zum Beispiel mit den „zentren plus“<sup>6</sup> in Düsseldorf geschaffen, die durch vertragliche Vereinbarung verpflichtet sind, in Stadtbezirkskonferenzen die Akteure an einen Tisch zu bringen.
- Ein großes Potenzial kommt den Akteuren des ambulanten Pflegedienstes und der haushaltsnahen Dienstleistungen bei der Ansprache von Älteren zu, die kaum noch die eigene Häuslichkeit verlassen. Im Bereich haushaltsnahe Dienstleistung können sie die Teilhabe am Quartiersleben unterstützen, zum Beispiel durch Begleitsdienste zu den vertrauten Orten im Quartier. In der Pflege sind sie oft die einzigen Kontaktpersonen, die Informationen über das Leben „draußen“ in die Haushalte bringen und von dort auch Bedürfnisäußerungen und Bedarfsanmeldungen mitnehmen können. Das Einverständnis zur Aufnahme und Weitergabe solcher Informationen ist dabei ebenso vorausgesetzt, wie die Teilnahme der Akteure an Vernetzungsstrukturen.

In allen drei genannten Bereichen gibt es bereits positive Ansätze und Erfahrungen, zugleich finden sich hier aber auch Hinweise auf mangelnde zeitliche und personelle Ressourcen, die zum Anlass für neue Aushandlungsprozesse mit den zuständigen Geldgebern genommen werden müssen. Will man soziale Arbeit im Bereich der Altenarbeit gemeinwesenorientiert wirksam werden lassen, muss dies in das Konzept für die jeweilige Einrichtung beziehungsweise den Dienst integriert werden und durch konkrete Ziele abzurechnen sein. Die Verantwortung für die Realisierung eines solchen Konzeptes muss auf Leitungsebene verankert und personelle Ressourcen für die Umsetzungen, zum Beispiel Teilnahme an Vernetzungstreffen, müssen eingerechnet werden. Zugleich kommt einer entsprechenden Qualifizierung der Mitarbeiterschaft große Bedeutung zu, wobei das Sich-vertraut-machen mit dem Wohnquartier, seiner Geschichte und seinen Netzwerken von besonderer Bedeutung ist.

5 Hierzu führt die Fachhochschule Düsseldorf seit 2011 ein Forschungsprojekt durch: siehe <http://soz-kult.fh-duesseldorf.de/forschung/forschungsprojekte/soraq>

6 [http://www.duesseldorf.de/senioren/zentrum\\_plus/index.shtml](http://www.duesseldorf.de/senioren/zentrum_plus/index.shtml)

## Wenn es doch jeder weiß ...?

Die Daten und Fakten zur demografischen Entwicklung in Deutschland sind bekannt, es liegen gute Analysen und Konzepte vor, wie den damit verbundenen Herausforderungen begegnet werden kann und wie mögliche Chancen zu nutzen sind. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die „Anpassung“ der sozialräumlichen Lebensbedingungen in den Städten, Stadtteilen, Gemeinden und Dörfern. Voraussetzung dazu ist die Partizipation der Bürgerschaft und die professionelle Unterstützung durch Stadtentwicklung, Quartiermanagement und gemeinwesenorientierter sozialer Arbeit. Es kommt nun darauf an, dass diejenigen, die in Bund, Land, Kommune und Gemeinde Verantwortung tragen, diesen Erkenntnissen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Rechnung tragen beziehungsweise dass dies von ihnen eingefordert wird. Ein Masterplan Quartier ist dann eine gute Sache, wenn er mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet ist, zum Beispiel Geld für generationengerechtes, soziales Quartiermanagement und die Förderung von Qualifizierung. Zugleich geht es darum, die Leistungen für Pflege und haushaltsnahe Dienstleistungen so auszustatten, dass sozialräumliches Engagement möglich ist.

\* Transkribierter freier Powerpoint-Vortrag

### Literatur

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. (Hrsg.) 2007: Chancen der vor uns liegenden demografischen Entwicklung für die Wohnungs- und Städtepolitik, Berlin

Dörner, Klaus 2012: Helfensbedürftig. Heimfrei ist Dienstleistungsjahrhundert, Neumünster

Generali Zukunftsfonds (Hrsg.) 2013: Generali Altersstudie 2013, Frankfurt a. M.

Grimm, Gaby/ Knopp, Reinhold/ Nell, Karin/ Stelling, Christa/ Winter, Gabriele (2006), WohnQuartier<sup>4</sup> – Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten, Düsseldorf, Essen

Herriger, Norbert 2006: Sozialräumliche Arbeit und Empowerment. In: Deinet, Ulrich/ Gilles, Christof/ Knopp, Reinhold (Hrsg.) 2006: Neue Perspektiven in der Sozialraumorientierung, Berlin

Knopp, Reinhold 2012: Wohnen und Mitmachen: Altersgerechte Wohnquartiere und die gesellschaftliche Wirksamkeit Älterer durch Partizipation. In: forum erwachsenenbildung, Zeitschrift der DEAE, Ausgabe 1/12

Knopp, Reinhold/ van Rießen, Anne 2012: Veränderung der demografischen Entwicklung – eine Herausforderung für die Gemeinwesenarbeit. In: Blandow, Rolf/ Knabe, Judith/ Ottersbach, Markus (Hrsg.): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Von der Revolte zur Steuerung und zurück? Wiesbaden

Knopp, Reinhold/ Bleck, Christian/ van Rießen, Anne (2012): Kurzzeitpflege. Eine Ressource für den Verbleib Älterer im Quartier. In: Soziale Arbeit. Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete, 08/2012, 61. Jahrgang

Lessenich, Stephan: Lohn und Leistung, Schuld und Verantwortung: Das Alter in der Aktivgesellschaft. In: van Dyk, Silke/ Lessenich, Stephan (Hrsg.) (2009), Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur, Frankfurt, New York, S. 279–295

Motel-Klingebiel, Andreas/ Simonson Julia 2012: Aktives Alter – Altern im Wandel. In: forum erwachsenenbildung, Zeitschrift der DEAE, Ausgabe 1/12

Oelschlägel, Dieter 1997: Der Auftrag ist die Gestaltung von Lebensverhältnissen. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 3/97, S. 37–40

Perrig-Chiello, Pasqualina/ Höpflinger, François 2009: Die Babyboomer. Eine Generation revolutioniert das Alter, Zürich

Petra Crone

## Wie wir die Gesellschaft des langen Lebens gestalten wollen

Altenarbeit im Gemeinwesen findet statt. Sie ist klar sichtbar, wenn man durch die Republik fährt. Sie ist allerdings auch sehr unterschiedlich. An manchen Orten heißt Altenarbeit wöchentliches Kaffeetrinken und monatlicher Seniorentanztee.

An anderen Orten orientiert sich Altenarbeit an den Bedürfnissen und Potenzialen der Älteren, bietet Möglichkeiten der Teilhabe, des Einmischens, der Unterstützung und Beratung und des bürgerlichen Engagements, welches generationenübergreifend stattfindet.

Es existieren Mehrgenerationenhäuser, Freiwilligendienste aller Generationen, Quartiersmanagement und viele weitere ähnliche Konzepte. Diese haben sich in den meisten Fällen aus Regionen heraus entwickelt. Kreativität, Passgenauigkeit und Lebendigkeit zeichnen sie aus.

Was mitten in Berlin passgenau ist, wird bei mir zu Hause, im tiefsten Sauerland, keine Wirkung entfalten und umgekehrt. Es gibt Städte und Kommunen, die schon ganz weit sind in der Gestaltung des demografischen Wandels, und andere, die noch im Dornröschenschlaf liegen. Letztere müssen wir wachrütteln und dafür ist diese Berliner Tagung ebenso wichtig wie die lokalen Initiativen vor Ort.

Ich habe zum Beispiel in meinem Wahlkreis das Netzwerk „Arbeitskreis Demografie – lebenslanges Lernen“ gegründet, dem alle maßgeblichen Akteure vor Ort aus Kommunen, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen, Sozialverbänden, Bildungseinrichtungen und Kommunalparlamenten angehören. Die jüngste Tagung des Arbeitskreises fand unter der Überschrift: „Übergänge – Vom Erwerbsleben zum Ruhestand. Lebensphasen gestalten“ statt.

Die Altenarbeit im Gemeinwesen kostet Geld. Da dauerhafte, unmittelbare Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommune verfassungsrechtlich nur in einzelnen Sonderfällen möglich sind, stellt sich die Förderung durch den Bund in Form von Anschubfinanzierungen für Modellprojekte dar. Diese greift beispielsweise bei den Mehrgenerationenhäusern und bei den Freiwilligendiensten aller Generationen. Ich sehe

es daher als notwendig an, dass Absprachen zwischen Bund, Ländern und Kommunen über Ko- und Weiterfinanzierungen für die Zeit nach Ablauf der Förderzeit schon vor der Startphase getroffen werden.

Vor einigen Jahren wurde ein Altenstrukturgesetz diskutiert. Es scheiterte an den föderalen Strukturen. Ich schlage stattdessen vor, dass Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände gemeinsame Leitlinien für eine nachhaltige Altenarbeit im Gemeinwesen formulieren und unterzeichnen.

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Kommunen strukturell, politisch und vor allem finanziell stärken, damit die Akteure vor Ort ihre städtischen Einrichtungen, die Wohlfahrtsverbände oder die kirchlichen Träger in ihrer gestalterischen Freiheit fördern können. Kommunen leben, wenn sie über eine starke Gewerbesteuer verfügen können.

Wir brauchen eine zielgerichtete Politik, die nach den Prinzipien „Lieber stetig als kurz und schnell vorbei“ agiert. Ich plädiere für weniger, aber dafür dauerhafte Programme anstelle von Leuchttürmen, denen früher oder später die Lichter ausgehen.

Besonders das Quartiersmanagement und auch das Programm „Soziale Stadt“, das leider eine starke Kürzung erfahren musste, brauchen Stärkung und einen Ausbau an Infrastruktur für freiwilliges Engagement. Neben Mehrgenerationenhäusern, die ich am liebsten flächendeckend präsent sehen möchte, plädiere ich in diesem Zusammenhang für ein Mehr an Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen.

Noch eines ist mir wichtig: Bei aller Freude über die fitten, gesunden Alten darf kein Hype ähnlich dem zum Jugendwahn entstehen. Auf diese Weise wächst bekanntermaßen nur die Angst vor der Zeit, in der Unterstützung, Hilfe und Pflege gebraucht werden. Es wachsen Furcht vor Demenz und Furcht vor dem Sterben. Diese Themen dürfen keine Tabuthemen sein! Unterstützung, Hilfe, Pflege und eine Sterbe- und Abschiedskultur sind unentbehrlich für eine gute Altenarbeit im Gemeinwesen.

Joachim Krüger

## Ein möglichst aktives, selbstbestimmtes Alter als Richtschnur aktueller Kommunalpolitik

In der Zukunft wird es immer wichtiger, bereits frühzeitig Maßnahmen zu treffen, um sich auf diesen sich immer stärker ausdehnenden Lebensabschnitt vorzubereiten. Angesichts sich entflechtender Familienbindungen, der wachsenden Zahl von Single-Haushalten und der großen Familienmobilität muss jeder Einzelne lange vor dem Eintritt des Rentenalters zum Beispiel seinen Wohnraum auch für spätere Einschränkungen vorausschauend umgestalten und seine Aktivitäts- und Beziehungsfelder so ordnen, dass er nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess nicht in das so oft angesprochene „schwarze Loch“ fällt.

Hierbei kann der Stadtbezirk oder die Kommune seine Bürgerinnen und Bürger umfassend informieren, koordinieren und vernetzen. In der Zusammenarbeit zum Beispiel mit den Sozialverbänden, den Kirchen und vielfältigen Selbsthilfegruppen wie dem Sozialwerk Berlin e. V. kann ein selbstbestimmtes Leben im Alter angebahnt und soziales Engagement ausprobiert werden, um es zu einem späteren Zeitpunkt ausweiten zu können.

Der Bezirk und die Kommune können immer dann Hilfestellung leisten, wenn ältere Menschen ihre Interessen und Aktivitäten verwirklichen wollen, zum Beispiel bei einer entsprechenden Vereinsgründung, bei der Findung oder Überlassung von Räumen, bei der Finanzierung der Rahmenbedingungen (Mietkosten, Hausmeistertätigkeit, Reinigung), ohne selbst mit eigenem Personal und verordneten Inhalten zum inhaltlichen Betreiber einer Seniorenfreizeitstätte werden zu müssen.

Der Bezirk und die Gemeinde sollten für die Verbreitung der vielfältigen Angebote zum Beispiel durch regelmäßige Infoblätter, die die unterschiedlichsten Angebote zusammenstellen und bekanntmachen, Sorge tragen. Aber selbst diese Tätigkeit könnte von den Seniorinnen und Senioren in Eigenregie zum Beispiel in Vereinsform oder als öffentlich gefördertes Projekt übernommen werden.

Bei allem muss der Grundsatz gelten, dass nicht Bezirk und Kommune die Inhalte vorgeben und die älteren Menschen zu etwas nötigen wollen, was deren Wünschen und Bedürfnissen gar nicht entspricht. „Offene Altenarbeit“ darf nicht erziehen oder beglücken wollen, „selbstbestimmtes Leben im Alter“ setzt den Respekt der politisch Tätigen vor dem Wollen der Betroffenen voraus.

Ein selbstbestimmtes Alter verlangt aber auch, dass die Älteren auch zu politischem Engagement bereit sind. Das Mitarbeiten und sich Einbringen in die Arbeit der Parteien, die Bereitschaft zur Kandidatur für die Bezirks- und Landesparlamente und die Wahrnehmung der Interessen älterer Menschen in den Parlamenten ist unabdingbar. Das Ausscheiden aus dem Beruf sollte nicht zur Aufgabe politischer Mandate führen, zumal die zeitlichen Möglichkeiten ja eher anwachsen als abnehmen. Die Älteren sollten sich dabei auch nicht in den sozialen Bereich abschieben lassen, ihr Mitwirken in Haupt- und Haushaltsausschüssen – häufig mit viel zeitlichem Einsatz verbunden – würde zur Mitwirkung beim Mitteleinsatz, aber auch beim Finden generationengerechter Finanzierungen helfen. Wo – wie in Berlin – eigens Seniorenvertretungen in den Bezirken gewählt werden, sollten ihre gewählten Funktionsträger als Sachverständige von der kommunalen Politik akzeptiert und nachhaltig in die politische Willensbildung einbezogen werden!

Im Bezirk und in der Kommune sollte den Älteren mehr zugeutraut werden: Als ehrenamtliche Bürgerberater in den Bürgerämtern, als Schiedsleute und Schöffen, als Sachverständige bei der Beurteilung von Pflegeleistungen und Pflegeeinrichtungen, als Ehrenamtliche in Pflegestützpunkten bei der Beratung rund ums Alter sollten sie Unterstützung und Anerkennung finden. Die Aufgabe wird es sein, von kommunaler Seite zum Beispiel Fortbildung und Vernetzung bereitzustellen und zu organisieren und eine umfassende Kultur der Zusammenarbeit „auf gleicher Augenhöhe“ zwischen (älteren) ehrenamtlich Tätigen und den Professionellen durchzusetzen.

# Handlungsbedarfe in Kirche und Diakonie

Cornelia Coenen-Marx

## Kirche findet Stadt! Utopie oder Wirklichkeit?

### Träume treiben uns voran

Im Jahr 1516 erschien in Löwen ein Buch mit dem Titel: „Vom besten Zustand des Staates oder von der neuen Insel Utopia“. Der Autor, der Theologe Thomas Morus, hatte vier Jahre in einem Kloster gelebt, bevor er heiratete und sich für eine juristische Karriere und für die Politik entschied. Er wurde Lordkanzler von Heinrich VIII und war über lange Zeit dessen rechte Hand. Aber jenseits aller politischen Loyalität blieb für ihn klar: Politik braucht einen Traum, eine Vision, um Zukunft zu ermöglichen. Und gerade in Umbruchzeiten kommt es darauf an, dass die Werte klar beschrieben werden, die uns treiben, die Ideen, an denen unsere Konzepte hängen. Mit seinem Traum von der Insel Utopia hat Thomas Morus das versucht: In seinem idealen Gemeinwesen spielen Menschenwürde, Teilhabe und Toleranz eine zentrale Rolle. Grund und Boden sind gemeinsamer Besitz; denn der Schutz der öffentlichen Güter ist Voraussetzung für die Teilhabe aller.

Die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum, hat sich auf Thomas Morus bezogen, als sie in den letzten Jahren deutlich machte, wie Menschenwürde und Menschenrechte zusammengehören. Sie entwickelt ihre Theorie der Gerechtigkeit als Befähigungsgerechtigkeit und nimmt dabei auch die Bürgerinnen und Bürger in den Blick, die für Thomas Morus noch keine Rolle spielten: die Abhängigen und Transferempfänger, Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, pflegebedürftige Ältere – alle die, für die wir traditionell Hilfen vorhalten, deren soziale Bürgerrechte aber immer wieder in Frage gestellt werden. Der Wandel vom fürsorglichen Wohlfahrtsstaat über den aktivierenden zum investiven Sozialstaat hat daran nichts geändert. Martha Nussbaums politische Utopie ist die einer inklusiven Gesellschaft, in der sich alle Menschen auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam Wirklichkeit gestalten. Wenn wir ernst machen wollen mit den sozialen

Bürgerrechten, dem Recht auf Bildung und ein sozial-ökonomisches Existenzminimum zum Beispiel, dann gilt es, durchzubuchstabieren, was Menschen brauchen, um nach ihren Möglichkeiten für sich selbst sorgen zu können, sich trotz mancher Behinderungen von einem zum anderen Ort zu bewegen, Beziehungen zu gestalten und aufrecht zu erhalten und ihren Lebensraum zur Heimat zu machen.

Die Idee der Inklusion, die von Martha Nussbaum mit entwickelt wurde, gilt inzwischen als internationale Leitidee in der Sozial- und Gesellschaftstheorie<sup>7</sup> und wird als die soziale Frage der Gegenwart betrachtet<sup>8</sup>. Dabei geht es nicht nur um einen individuellen Rechtsanspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und aktive Mitgestaltung, es geht vielmehr um die Verpflichtung von Staaten und Kommunen, aber auch von Kirche und Diakonie, angemessene Vorkehrungen zu treffen, damit Menschen ihre Rechte auch wahrnehmen können. Wir sind herausgefordert, unsere Unterstützungsleistungen so zu erbringen, dass ein Leben in der Mitte der Gesellschaft möglich ist. Das kann nur gelingen, wenn die Leistungen personenbezogen und lebensweltlich ausgerichtet sind. Es geht darum, das Einsortieren von Menschen in „Schubladen“ und Gruppen zu beenden, das auch unsere Hilfesysteme kennzeichnet – mit unterschiedlichen Refinanzierungen und Strukturen je nachdem, ob einer behindert oder pflegebedürftig, alt oder krank ist.

7 Stichweh 2005, 179: „Eine Leitunterscheidung der Gesellschaftstheorie“; Mayrhofer 2009, 84 spricht in Bezugnahme auf Luhmann von der „Funktion eines Supercodes des Gesellschaftssystems“ und Luhmann von einer „Primärdifferenzierung der Gesellschaft“ (ebd. zitiert). Antonis 2008 spricht von „Metacode“ und Luhmann 1997, 632 von Meta-Differenz.

8 So Kronauer 2010b, 24 in seinem Beitrag: „Inklusion – Exklusion: Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart“. Bude 2008, 65 spricht davon, dass das Paradigma der Ausbeutung durch das der Ausgrenzung ersetzt wurde.

Die Philosophin Hannah Arendt,<sup>9</sup> die schon in den 1960er Jahren beschrieben hat, wie gerechte Teilhabe gelingen kann, benennt als grundlegende Voraussetzungen, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit anerkannt und geachtet wird, dass jeder auf die Unterstützung anderer vertrauen kann und dass jeder Mensch Zugang zum öffentlichen Raum hat. Kein Mensch soll aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Diese Vision hat in den letzten Jahrzehnten viele Bürger und Bürgerinnen angetrieben: von der Psychiatrieenquete bis zur Ambulantisierung der Behindertenhilfe, von Cecily Sounders bis zu Klaus Dörner. Ihre Träume richteten sich zumeist auf das Zusammenleben im Quartier. Wer pflegebedürftig ist oder mit Behinderungen leben muss, wer unheilbar krank und sterbend ist, soll deswegen nicht ausgeschlossen sein. Keiner soll umziehen müssen oder im Heim untergebracht werden, nur weil er sich selbst nicht mehr versorgen kann; keiner soll isoliert sein, wenn er stirbt. Die Umsetzung dieses Traums in eine menschenrechtliche Norm, die UN-Behindertenrechtskonvention, zwingt uns jetzt dazu, ganz konkret darüber nachzudenken, wie unsere alltäglichen Lebensorte gestaltet sein müssen, damit das gelingt. Wie Wohnquartiere und Arbeitswelt, soziale Dienste und deren Finanzierung sich ändern müssen: Projekte wie Wohnquartier<sup>4</sup> zeigen bereits anschaulich, wie ein Stadtteil aussehen muss, in dem ältere Menschen gut leben können. Ich bin überzeugt, dass der demografische Wandel uns über kurz oder lang zwingen wird, auch in den Systemen der Altenhilfe die Rechtsgrundlagen wie die Refinanzierungsmöglichkeiten zu ändern. Mit dem Ziel, die bestmöglichen Kommunen und Quartiere für eine älter werdende Gesellschaft zu schaffen, um Thomas Morus Gedanken vom besten Zustand des Staates noch einmal aufzunehmen.

Wir brauchen Utopien wie die von Thomas Morus, wir brauchen Träume wie die von Sounders und Dörner, um nicht in der Alternativlosigkeit des Hier und Jetzt zu ersticken. Um Politik zu gestalten. Oft sind es die Quellen der Bibel, aus denen die großen Träumer geschöpft haben – von Thomas Morus bis Martin Luther King. Die Utopie, die am Anfang aller Träume stand, ist die neue Stadt Gottes, das neue Jerusalem, das im alten, in der christlichen Gemeinde schon erfahren werden kann.

## **Erfahrungsorte einer neuen Wirklichkeit**

Was für ein Anspruch, werden jetzt viele von Ihnen denken: die Kirche als Kern einer Erneuerungsbewegung – das ist sie doch schon längst nicht mehr. Sie werden die Milieuerengung in vielen Gemeinden vor Augen haben, die Probleme, mit demenzkranken Menschen einen normalen Gottesdienst zu besuchen, den Zeitdruck, der auch auf diakonischen Pflegestationen lastet. Es gibt sie aber: die Aufbrüche, die Traumplätze. Ich denke an das geistliche Zentrum für Menschen mit Demenz, das Nachbarschaftszentrum in Stralsund, die Heilig-Kreuz-Kirche in Kreuzberg oder die Diakoniekirche in Offenbach – lauter Plätze, an denen kirchliche und diakonische Handlungsfelder neu aufeinander bezogen werden. Manchmal steht ein Gemeindezentrum im Mittelpunkt, das zum Nachbarschaftshaus umgebaut wurde, manchmal wird ein Familienzentrum zum zentralen Knotenpunkt im Stadtteil, manchmal ist es ein Mehrgenerationenhaus. Immer geht es darum, Hindernisse und Barrieren abzubauen und Menschen miteinander in Beziehung zu bringen, Hilfen anzubieten und zur Selbstorganisation zu ermächtigen. Kirche findet Stadt – das heißt, sie entdeckt sich neu als zivilgesellschaftliche Kraft. Die beschriebenen Projekte leben von der Zusammenarbeit von Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen, von den Initiativen freiwillig Engagierter und von der Kooperation mit anderen Gruppen aus der Zivilgesellschaft.

Eine konkrete Utopie für das 21. Jahrhundert nennt Jan Hendricks sein Buch „Gemeinde als Herberge“: Er sieht Wesen und Auftrag der Gemeinde in einer dreifachen Begegnung: mit Gott, miteinander und mit der Gesellschaft. Kirche hat Begegnungsräume fast in jedem Wohnquartier – oft sind es die letzten öffentlichen Orte. Sie zu öffnen, damit viele sich einbringen können, ist ein wesentlicher Schritt. Wo wir sie nicht mehr brauchen und nicht mehr tragen können, kann es richtig sein, einen Verein mit anderen zu gründen, wie es bei „Kirche findet Stadt“ in Gelsenkirchen geschehen ist. Wir müssen nicht mehr immer Gastgeber sein – wir können, um im Bild zu bleiben, auch als Servicekräfte mithelfen, damit das Leben gelingt. Gemeinden sind Agenturen für Gemeinschaft, schreibt Rosemarie Henel, die als AWO-Mitarbeiterin mit einer Kirchengemeinde zusammenarbeitet, sie seien ein

<sup>9</sup> Vergleiche Hannah Arendt, *Vita activa oder vom tätigen Handeln*, Stuttgart 1960.

„Circle of support“. Hier fänden sich Menschen, die bereit sind, genau hinzuschauen, wenn andere Unterstützung brauchen oder in Isolation geraten, und ihre Kompetenzen einzubringen, wenn es darum geht, nachbarschaftliche Netze zu bilden. Vielen ist inzwischen klar, dass soziale Teilhabe nicht allein von Organisationen gewährleistet werden kann, sondern von Menschen gestaltet werden muss. Diese Entwicklung kommt der Kirche sehr entgegen und fordert sie zugleich heraus.

Die Diakoniedenkschrift der EKD, die 1998 zum 150-jährigen Jubiläum der Inneren Mission veröffentlicht wurde, benennt dabei drei wesentliche Herausforderungen. Es geht darum,

- die Distanz zwischen Kirchengemeinden und diakonischen Diensten zu überbrücken,
- die Kontakte zu Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu verbessern und deren Bedürfnisse besser wahrzunehmen und
- schließlich die Vernetzung mit außerkirchlichen Initiativen im Gemeinwesen bewusst zu suchen.

Gemeinwesenorientierung bedeutet für die Diakonie die Überwindung der Zielgruppenorientierung und Versäulung und die Kooperation mit anderen Trägern, während die Kirchengemeinden die Parochie, in der sie arbeiten, als Sozialraum neu entdecken müssen. Viele Gemeinden fühlen sich so unter Druck, dass sie vergessen haben, welches Sozialkapital sie einbringen können – an Kontakten, Netzwerken und Beziehungen und Räumen. Angesichts des Verlusts an Mitgliedern und Finanzen igeln sich manche Gemeinden ein – sie verlieren ihre offene Ausstrahlung, büßen Professionalität ein, lassen Außenstehende und Interessierte nicht mehr an Entscheidungen partizipieren. Wo aber Kirche und Diakonie zusammenarbeiten, kann Diakonie das wunderbar kompensieren: sie hat größere Freiheitsspielräume, professionelle Dienstleistungen, oft mehr Unternehmensgeist. Eine Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD hat gezeigt: das Gelingen von Gemeinwesendiakoniprojekten hängt davon ab, beides zusammen zu bringen – Lebensweltorientierung und Professionalität, Sozialraum und Dienstleistung.

## **Die Gegenwart als Traumbild der Zukunft? Vom Mut, neue Wege zu gehen**

120 Standorte haben sich im ökumenischen Projekt „Kirche findet Stadt“ zusammengeschlossen. Wer sie besucht, spürt Energie und Begeisterung und entdeckt Projekte mit Leuchtturmcharakter für unsere Kirche. Sie geben Orientierung,

zeigen Wege in die Zukunft, aber sie werfen natürlich auch ein paar Schlaglichter auf die Hindernisse, mit denen wir kämpfen – zum Beispiel in der Quartierspflege oder in Mehrgenerationenhäusern.

- Die Versäulung der sozialen Sicherungssysteme führt zu Doppelausgaben und Drehtüreffekten. Der wachsende Wettbewerb hat alte Netze und Bündnisse zerschlagen. Die Bildung von sozialen Großkonzernen erschwert es den Trägern, mit Kirchengemeinden und Ehrenamtlichen zusammenzuarbeiten, weil beide einer völlig unterschiedlichen Handlungslogik folgen. Dabei brauchen wir starke Bündnisse vor Ort, die Betroffenen und Angehörigen Wege zeigen.
- Für die ausgebluteten Kommunen ist es kaum mehr möglich, die fragmentierten Leistungen aufeinander abzustimmen, für Kooperationen und Nachhaltigkeit zu sorgen. Viele sehen keine anderen Auswege, als den Kostenwettbewerb noch weiter zu treiben. Dabei brauchen wir starke Kommunen, um professionelle Träger und zivilgesellschaftliche Alternativen zu vernetzen. Wir brauchen ein gutes und nachhaltiges Quartiersmanagement. Tatsächlich leiden auch und gerade die starken Modellstandorte von „Kirche findet Stadt“ unter Projektfinanzierung und Zeitverträgen. Ein fester Haushaltstitel für diese zentrale Infrastrukturaufgabe könnte die älter werdenden Städte zukunftsfest machen.
- Und auch Kirche und Diakonie müssen sich neu entdecken: Als starke Partner in der Stadt, als zentrale Plattformen für das ehrenamtliche Engagement, als Träger von Pflegediensten und Altenwohnungen müssen sie ihren eigenen Beitrag zum demografischen Wandel leisten – haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende qualifizieren, die allgemeine Sozialarbeit wieder ausbauen, sich in der Entwicklung von Bürgerkommunen einbringen und Budgets für neue Initiativen schaffen. Ältere Menschen, aktive Großeltern, Ehrenamtliche über 60, aber auch Pflegebedürftige und pflegende Angehörige sind eine zentrale Zielgruppe der Kirche – sie gehören so selbstverständlich dazu, dass wir bislang zu wenig über Strategien und Konzepte nachdenken. Das muss sich ändern.

Utopien werden schnell als illusionär diskreditiert, die bloße Fortschreibung der Gegenwart dagegen erscheint uns realistisch. Dahinter steckt nichts anderes als ein Mangel an Phantasie. Ich denke an die Banken, die noch immer gute Finanzierungen für stationäre Altenhilfeeinrichtungen bieten, obwohl wir wissen, dass sich die Masse der Menschen angesichts künftiger Altersarmut solche Heimplätze nicht mehr leisten

kann, dass die Einnahmen von Pflegeversicherung und Kommunen dem auf Dauer nicht standhalten und dass vor allem die professionellen Pflegekräfte fehlen. Das Pflegesetting der Zukunft kann nicht nur professionell und institutionell gedacht werden. Aber umgekehrt ist eine ambulante Quartiersarbeit, die im Wesentlichen von überlasteten Profis, Assistenzdiensten und Ehrenamtlichen getragen wird, auch keine Lösung. Weder im einen noch im anderen Fall geschieht Hilfe auf Augenhöhe.

Wir brauchen eine bessere Verschränkung von professionellen und lebensweltlichen Hilfen, eine integrative Gesundheitsversorgung, vor allem aber auch eine Veränderung der Erwerbswelt und der Struktur unseres Sozialsystems. Es geht darum, eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Care-Aufgaben, von Erwerbsarbeit und Engagement zu gewährleisten. Väter und Mütter, Töchter und Ehepartner, Nachbarn und Freunde brauchen Zeit für Erziehung, Pflege und Hilfe-

leistungen – Zeit, die aber nicht auf Kosten ihrer eigenen sozialen Absicherung gehen darf. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als eine Neuausrichtung der sozialen Sicherungssysteme.

Das allerdings sei eine Kulturrevolution, hat kürzlich jemand zu mir gesagt. Ob eine Utopie Wirklichkeit wird, das hängt letztlich davon ab, ob wir bereit sind, dafür einzustehen und ob wir Verbündete finden. Oft sind es die Träumer, die mit ihrem Einsatz Erneuerung möglich machen – so wie Martin Luther King, der 1967, ein Jahr vor seiner Ermordung, in der Riverside Church in New York sagte: „Ich muss meiner Überzeugung treu bleiben, mit allen Menschen zu den Kindern des lebendigen Gottes zu gehören. Und weil ich glaube, dass dem Vater besonders die Leidenden, Hilfslosen und Verachteten unter seinen Kindern am Herzen liegen, bin ich hier, um für sie zu sprechen.“ Das ist der Auftrag der Kirche – bis heute.



Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx,  
Evangelische Kirche in Deutschland, Hannover

Michael Bammessel

## **Wie wollen wir leben – Kirche und Diakonie als Mitgestalterinnen vor Ort**

Ich darf mit einer Anekdote aus unserem ehrwürdigen Rathaus beginnen: Bei einer Sitzung dort zum Thema Nachhaltigkeit meldete sich einmal eine Teilnehmerin zu Wort: „Es gibt übrigens eine Studie“ – sagte sie im Eifer des Gefechts – „es gibt eine Studie, dass wir jetzt alle altern.“

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn wir zu dieser Erkenntnis keine neue Studie benötigen, so wissen wir doch: Das heutige Thema ist unser Thema. Wir sind betroffen. Wir sind heute nicht nur als Fachleute unterschiedlicher Fachrichtungen hier vertreten. Sondern wir reden zugleich darüber, wie wir selbst einmal als alte Menschen leben wollen. Wir reden über uns selbst. Das verändert viel.

„Altenarbeit im Gemeinwesen“ heißt heute das Thema. Es ist zugleich der Titel einer Handreichung der Diakonie (Diakonie Texte 09.2011, Red.), die viel Stoff zur Diskussion geben wird. Um diese Diskussion anzuregen, möchte ich einige einführende Gedanken beisteuern.

Eine große Idee heißt: Wir brauchen quartiersbezogene Netzwerke in einer generationensolidarischen Gesellschaft, die alten Menschen so lange wie möglich ein erfülltes, selbstständiges Leben mit möglichst viel gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Die Idee vom Quartier mit neuer sozialer Qualität und Infrastruktur ist ein Top-Thema der sozialpolitischen Debatten geworden.

Die Realität scheint aber nach wie vor eher in die andere Richtung zu laufen. Ich brauche nur an mein eigenes Viertel zu denken. Ich lebe hier in Nürnberg etwas unterhalb der Burg. Hinter unserem Haus läuft ein Fußweg vom Rathaus hinauf zu den nach wie vor dicht besiedelten Wohnstraßen. Jeden Tag sehe ich alte Menschen, die sich dort tapfer den steilen Weg hinauf mühen und sich dabei ab und zu eine Verschnaufpause gönnen. Auf halber Höhe gibt es einen versteckten kleinen Bäckerladen, wie man ihn heute nur noch selten findet, weil man ganz andere Ladengrößen für wirtschaftlich hält. Dort können die Menschen aus dem Quartier viele Dinge des täglichen Bedarfs kaufen, ohne immer den beschwerlichen weiten Gang hinunter zu den Läden am Hauptmarkt und wieder zurück nach oben machen zu müssen. „Gott sei Dank gibt es noch diesen Laden“, denke ich mir immer wieder. Aber: Der Blumenladen in der Nähe ist schon

abgewandert. Und das nahe Drogeriegeschäft, das zu klein war für heutige Anforderungen, hat zugemacht.

Meine bange Frage ist: Wenn es schon mitten im Zentrum einer Großstadt immer weniger kleinere und mittlere Geschäfte für die Dinge des alltäglichen Lebens in unmittelbarer Nähe von Wohnquartieren gibt – wie mag es dann erst in ländlichen Räumen aussehen? Der gesellschaftliche Trend scheint nach wie vor gegen eine gute Struktur des Quartiers zu laufen.

Ähnlich liegen die Dinge, wenn wir auf mehr bürgerschaftliches Engagement und die Übernahme einer größeren wechselseitigen sozialen Verantwortung hoffen. Auch an dieser Stelle scheinen die großen gesellschaftlichen Entwicklungen doch gegen die gewünschte Richtung zu laufen: Wer leistungsfähig ist und gut verdienen will, muss allzeit mobil und flexibel sein, und fast durchgehend erreichbar sowieso. Für dauerhafte Beziehungen scheint in dieser Kultur der Höchstleistung immer weniger Platz. Die Herkunftsfamilie wohnt nicht selten hunderte Kilometer weit weg, die eigenen (Paar-)Beziehungen scheitern allzu oft. Die Patchwork-Familien von heute stehen unter Daueranspannung, um das Familiensystem einigermaßen mit dem eigenen Beruf und den individuellen Freizeitvorlieben zu vereinbaren und am Laufen zu halten. Mit der Oma von nebenan nachmittags mal eine Stunde einkaufen zu gehen, mutet vor diesem Hintergrund wie eine romantische Utopie an.

Mit dem Programm, das soziale Netz im Nahraum generationenübergreifend wieder dichter zu knüpfen, setzen wir uns also ein höchst anspruchsvolles Ziel. Wir agieren gegen die großen Kräfte des Marktes und der gesellschaftlichen Trends. Ja, man kann sich auch fragen: Soll hier Sozialpolitik wieder einmal reparieren, was durch andere, durchaus auch wirtschaftlich bedingte Entwicklungen kaputt gemacht wurde?

Mit schönen Modellprojekten alleine kommen wir jedenfalls auf Dauer bei dieser anspruchsvollen Aufgabe nicht weiter. Es gibt intelligente Projekte für quartiersbezogene Netzwerke und Unterstützungssysteme, die trotz nachweislichem Erfolg wegen fehlender Anschlussfinanzierung beendet werden mussten. Gerade die Kommunen, die ja für den sozialen Nahraum in erster Linie zuständig wären, sind finanziell oft besonders klamm. Von daher schlägt sich die politische Vor-

gabe, ambulante vor stationären Hilfsangeboten zu etablieren, bis dato nicht in einer dauerhaften Finanzierung nieder.

Im § 71 SGB XII deklariert die entsprechende Vorschrift die Aufgaben kommunaler Daseinsfürsorge als Kann-Leistungen. Kann-Leistungen garantieren aber keine verlässliche und nachhaltige Finanzierung, die nötig wäre, um gemeinwesenorientierte Altenhilfeprojekte tatsächlich langfristig auf sichere Beine zu stellen.

Ein positives Beispiel, was möglich ist, wenn es verlässlich geförderte öffentliche Infrastruktur gibt, habe ich bereits vor einigen Jahren in meiner damaligen Gemeinde Dreieinigkeitskirche Nürnberg-Gostenhof erlebt. Da gab es diese Netze zwischen dem städtischen Nachbarschaftshaus, dem kommunal geförderten Kinderhaus eines freien Vereins, dem Bürgerverein, dem Stadtteilarbeitskreis, den beiden Kirchengemeinden mit ihrer Seniorenarbeit und ihren Gottesdiensten und den Sozialstationen von Caritas und Diakonie, ja sogar den kirchlichen Kindergärten. Ein großes ehrenamtliches Engagement konnte sich dort anlagern und entfalten, wo es eine verlässlich finanzierte Basis mit geeigneten Räumen und hauptamtlichen Stellen gab.

In diesem Zusammenhang sehe ich im nach wie vor dicht gewebten Netz der Kirchengemeinden eine große Chance. Praktisch in jedem Stadtteil, in jeder Kleinstadt und in vielen

Dörfern gibt es Zentren von evangelischen Kirchengemeinden oder katholischen Pfarreien. Räume und eine Mindestbasis an personeller Infrastruktur wären auch vorhanden. Kirchengemeinden allein sind allerdings mit der gerade heute nötigen Vielfalt der Angebote – denken wir nur an den großen Beratungsbedarf – in der Regel überfordert. Gerade hier bieten sich große Chancen für eine neue Zusammenarbeit zwischen der Diakonie mit ihrer eigenen Fachkompetenz und den Kirchengemeinden. Einige der sogenannten „f.i.t.-Projekte“ in Bayern versuchen hier, Wege aufzuzeigen. Aber: Eine größere Reichweite gewinnen solche Ansätze auf Dauer aber nur, wenn auch öffentliche Mittel eingebracht werden.

Mein letzter Gedankenanstoß allerdings zielt nicht auf Staat und Politik: Alle gemeinwesenorientierte Arbeit lebt am Ende davon, dass sich die Menschen selbst vor Ort einbringen, dass sie ein eigenes Interesse am Quartier, an ihrer Nachbarschaft und an Beziehungen mitbringen. Ein tragendes soziales Geflecht kann nur von den Menschen selbst gewoben werden. Und dafür ist es zu spät, wenn man erst dann die Beziehungen knüpft, wenn man sie im Alter braucht. Der Lebensstil vieler Menschen heute sieht die Wohnung lediglich als privaten Rückzugsraum, für den zu viele soziale Kontakte im Umfeld nur lästig sind. Die Wiederentdeckung der Stärken des Quartiers und des Gemeinwesens muss zu allererst in den Köpfen der Menschen beginnen.

# Handlungsbedarfe in Forschung und Wissenschaft

Dr. Silke van Dyk

## Die Entdeckung der Alten in der Aktivgesellschaft. Kompetent, aktiv, produktiv – oder?

In den meisten westlichen Industrienationen kam älteren Menschen in den vergangenen Jahrzehnten eine Sonderrolle zu: Sie wurden in den „wohlverdienten Ruhestand“ entlassen und von gesellschaftlichen Erwartungen weitgehend entbunden. In diesem Sinne führten sie ein Nischendasein am Rande der Öffentlichkeit, in der sie eigentlich nur als zu Versorgende und als „Pflegefälle“ Aufmerksamkeit erhielten. Davon kann aktuell keine Rede mehr sein: Das Alter ist zum Top-Thema geworden – und zwar in doppelter Hinsicht. Erstens gibt es – je nach Diktion – sehr oder zu viele Alte (Stichwort ‚Überalterung‘ der Gesellschaft). Zweitens können und sollen die Alten selbst – jünger, gesünder, fitter und gebildeter als je zuvor – Teil der Lösung des Alterungsproblems sein (Stichwort ‚Aktivierung des Alters‘): Sie verfügen, so die Annahme, über zahlreiche Potenziale, die bislang nicht genügend wertgeschätzt und genutzt würden. Alte, die in der Regel nicht besonders alt aussehen, lächeln uns von Plakatwänden entgegen, präsentieren nicht mehr den bequemen Treppenlift, sondern den Aktiv-Joghurt oder ihr ausgeübtes Ehrenamt. Alter als ‚Lebensabend‘ im Sinne eines letzten Lebensrests, als passiver Ruhestand im Ohrensessel, ausgestattet mit Kukident und Dauerwelle – eine Frage der Vergangenheit?

Die alten Menschen, so die Botschaft weiter, sollen nicht nur Teil der Lösung sein, sondern sie wollen es auch: wird doch eine von den Defizitbildern auf das Alter befreite Teilhabe an der Aktivgesellschaft versprochen. Aktivierung des Alters als Potenzialnutzung, Anti-Diskriminierung und Teilhabesicherung in einem – „drei in eins“ –, wer wollte mehr? Wir sind, so hat es den Anschein, mit einer Konstellation allseitigen Profits und Wohlgefallens konfrontiert: Aktivierung des Alters – so gut und unbestritten wie frisch gebackener Apfelkuchen oder glückliche Elternschaft? Tatsächlich aber erfordert die wissenschaftlich gebotene Skepsis gegenüber allzu harmonischen win-win-Situationen in einer vermachteten Gesellschaft einen

zweiten, kritischen Blick auf das Postulat der Altersaktivierung. Aus diesem Grund werde ich in einem ersten Schritt die aktuelle Aktivierung des Alters in ihrem sozio- und politökonomischen Kontext diskutieren. Ich werde auf Probleme und Leerstellen der Aktivierungsprogrammatisierung aufmerksam machen und Erkenntnisse aus meiner empirischen Forschung über die Perspektive der adressierten Älteren einfließen lassen.

Dabei möchte ich aber nicht stehen bleiben, weshalb ich mich abschließend den Fallstricken dieser Kritik zuwende: Allzu schnell übertragen Kritikerinnen des aktivierenden Sozialstaats die „allgemeine“ Aktivierungskritik einfach auf die Lebensphase des Alters, so dass der Alters-Kontext mit all seinen Eigenarten im Hinblick auf Altersdiskriminierung, auf Anerkennungs- und Identitätsfragen, auf Leistungsnormen und Lebenslage(n) unausgeleuchtet bleibt. Erst durch den kritischen Parallelblick auf Aktivierung und Diskriminierung kann eine differenzierte Analyse und Kritik der aktuellen Neuverhandlung des Alters gelingen.

### Die Aktivierung des Alters – eine Problematisierung in fünf Schritten

Worum geht es eigentlich, wenn von aktivem Alter(n) und den Potenzialen des Alters die Rede ist? Neben der Erhöhung der Regelaltersgrenze in zahlreichen europäischen Ländern geht es vor allem um die bessere Nutzung der Kompetenzen und Erfahrungen älterer Arbeitnehmer/innen, das zivilgesellschaftliche Engagement in der Nacherwerbsphase, die Übernahme von Betreuungs- und Pflegetätigkeiten im sozialen Nahraum sowie die Gesundheitsprophylaxe durch verantwortliche Lebensführung, gesunde Ernährung sowie geistige und körperliche Aktivität. Die Popularisierung der selbstverantwortlichen Präventionsarbeit hat einen Boom der einschlägigen Ratgeberliteratur sowie entsprechender Konsumprodukte und Fitness-

angebote ausgelöst (oszillierend zwischen Pro- und Anti-Aging) und erfährt im Rahmen von Anreizprogrammen der Krankenkassen derzeit eine erste Institutionalisierung.

## 1. Die Altersforschung und die Aktivität

Es ist kein Zufall, dass die deutschsprachige Altersforschung und Aktive in der sozialen Altenarbeit häufig dazu neigen, die politische Hinwendung zum aktiven Alter als Chance auszurufen: Vorherrschend in Forschung und Praxis ist seit den 1970er Jahren die Aktivierungsthese, der zufolge eine aktive gesellschaftliche Einbindung Älterer dem Alternsprozess entgegenwirkt und die körperliche wie geistige Leistungsfähigkeit erhält. Der bei vielen Älteren zu konstatierende psychophysische Abbau ist dieser Perspektive zufolge nicht Ursache, sondern Folge der gesellschaftlichen Ausgliederung. Dass Gerontolog/innen und Professionellen in der Praxis zunächst das Herz aufgeht, wenn von der Aktivierung des Alters die Rede ist, ist deshalb sehr verständlich. Es lohnt jedoch ein zweiter Blick, verkennt diese Entproblematierung der politischen Altersaktivierung doch die sozio-ökonomischen Kontextbedingungen der aktuellen Aktivierungsprogrammatisierung.

Die Prinzipien der Aktivierung und Eigenverantwortung stellen heute aber Schlüsselkategorien einer neuen Sozialpolitik dar, die die In-Pflicht- und Indienstnahme der Sozialstaatsbürger/innen mit einer politischen Praxis des Sozialstaatsrück- und -umbaus kombiniert. Die Abmagerungskur für den Sozialstaat soll – so kann man es formulieren – durch ein „Fitnessstraining der Zivilgesellschaft“ kompensiert werden. Vor diesem Hintergrund ist es kurzfristig, wenn die (gute) Aktivierung des Alters begrüßt, aber vor ihrer (bösen) Instrumentalisierung zwecks Kompensation wegrationalisierter öffentlicher (Dienst-)Leistungen gewarnt wird. Die Warnung vor der Instrumentalisierung bleibt ohne Biss, da sie von genau dem sozio-ökonomischen Kontext absieht, der das Postulat der Ressourcennutzung erst hervorgebracht hat. Die Instrumentalisierung ist nicht der Unfall, sondern die Regel; ohne sie wäre das aktive Alter weiterhin ein Orchideenthema für interessierte Gerontolog/innen. Fakt ist: Altersaktivität wird derzeit als eigenverantwortliche „Arbeit an sich selbst und an der eigenen Entwicklung“ propagiert, während gleichzeitig bis dato gesellschaftlich gewährleistete soziale Sicherheiten im Feld der Renten-, Pflege- und Gesundheitspolitik reduziert werden, politische Initiativen gegen Altersdiskriminierung in Deutschland weiterhin in den Kinderschuhen stecken und es nach wie vor an altersgerechten Arbeitsplätzen fehlt. Es wird gefordert, ohne zu fördern, es wird gezwungen (Erhöhung des Rentenalters) und zugleich gekürzt. Eine funktionierende soziale Infrastruktur für eine solidarische Genera-

tionpolitik, wie sie auch die Diakonie in ihren Kernaussagen für eine generationensolidarische Gesellschaft fordert, ist faktisch immer weniger gegeben.

## 2. Aktivierung und Eigenverantwortung – wenn Menschen wollen sollen

Während eine formale Verpflichtung zur Aktivität nahezu einhellig zurückgewiesen wird, entgehen der Altersforschung in ihrer vereinfachenden Gegenüberstellung von (zurückgewiesenen) Zwang und (gewünschter) Freiwilligkeit die mit weichen Steuerungsmechanismen – wie dem moralischen Appell an die Eigenverantwortung – einhergehenden Machtverhältnisse und Normierungszwänge. Erstaunlicherweise bleibt die große Bandbreite prominenter sozialwissenschaftlicher Analysen, die herausarbeiten, inwiefern neue Freiheiten und Modi der Selbststeuerung (auch) mit neuen Formen der Kontrolle einhergehen, weitgehend ungehört.

Die Re-Regulierung des Alters vollzieht sich aber nicht ausschließlich (und derzeit auch nicht in erster Linie) als ‚von außen‘ durch formale Sanktionen erzwungener Prozess, sondern durch Re-Moralisierung und Anleitung zur Selbstführung. Im Zentrum steht dabei ein aktivierender Staat, der auf die Veränderung defizitärer Persönlichkeitsstrukturen zielt: Die rhetorisch beschworenen, durch den alten Versorgungsstaat angeblich entmündigten alternden Menschen bedürfen, so der Gedanke, (zunächst) der politischen Führung, um zu den gewünschten aktiven Subjekten zu werden: „Eine selbst- und mitverantwortliche Lebensführung im Alter ist aus der Perspektive der Sechsten Altenberichtscommission durchaus im Sinne einer normativen Anforderung zu interpretieren,“ (BMFSFJ 2010: 28), ist im Sechsten Altenbericht der deutschen Bundesregierung zu lesen. Paradox an dieser „normativen Anforderung“ ist, dass der allerorten propagierte Aktivitätswunsch der Älteren offenkundig erst politisch erzeugt werden muss. Liegt das Alterspotenzial etwa (noch) schlummernd auf dem Sofa, spaziert es selbstgenügsam über die Alpen oder sortiert in aller Ruhe zu Hause Fotos, an denen kein gesellschaftlicher Bedarf besteht? – könnte man ketzerisch fragen.

Das Paradigma des eigenverantwortlichen und aktiven Alter(n)s ist also nicht ganz so unproblematisch und „freiwillig“, wie es zunächst erscheint: Politiker/innen wie Wissenschaftler/innen definieren, was die Alten zum Wohle der Gesellschaft wollen sollen und formulieren mit unverhohlener Schärfe: „Das für jeden älter werdenden Menschen bestehende Recht, Potenziale zu entwickeln und zu verwirklichen, korrespondiert auch für jeden einzelnen Menschen mit Pflichten, nicht nur gegen-

über der eigenen Person, sondern auch gegenüber der Gesellschaft.“ (BMFSFJ 2010: 28) Ganz anders klingt da noch der Gesetzestext zur Altenhilfe (§ 71, SFB XII), wo es um gesellschaftliches Engagement Älterer geht, sofern es, ich zitiere: „von alten Menschen gewünscht wird“.

Da nicht alle Älteren über die gleichen Ressourcen verfügen, gilt es an dieser Stelle zudem auf zwei weitere Schieflagen des Potenziale-Diskurses aufmerksam zu machen: Hier redet zum einen ganz offenkundig die Mittelschicht über sich selbst. Die Vorzeige-Alten, die in der öffentlichen Diskussion als Rollenmodelle präsentiert werden, könnten gutbürgerlicher nicht gezeichnet sein: da geht es um ehemalige Manager, die Jungunternehmer beraten, um pensionierte Lehrerinnen, die sich um Problemjugendliche kümmern, oder um Großeltern, die regelmäßig mit ihren Enkeln die Kinderoper besuchen. Eine privilegierte Minderheit materiell wohl ausgestatteter, gut gebildeter Senior/innen wird zum Maßstab einer anerkannten Altersaktivität erkoren, den die mit weniger ökonomischem und kulturellem Kapital gesegneten Alten nur verfehlen können. Ihnen werden die (neuen) Freiheiten der Altersaktivitätsebenen geradezu zwangsläufig zu disziplinierenden Normierungen, denen sie sich wiederum nur bei Strafe weiterer sozialer Benachteiligung entziehen können. Zugleich zeigt sich eine geschlechtsspezifische Strukturierung der Tätigkeiten, im Rahmen derer Frauen Aktivitätsbereiche von geringerer Reputation – insbesondere im Bereich der Sorge und Pflege – zugewiesen werden. Wir brauchen zudem mehr Diskussion darum, wie auch jenseits des Sorge- und Pflegebereichs nacherwerbsförmige Tätigkeiten geschlechterhierarchisch strukturiert sind, so verschiedene Formen des Ehrenamtes.

### 3. Altern als Scheitern

Im Rahmen der moralischen Aktivitäts(an)forderung geht es aber nicht nur um konkrete Aktivitäten im Alter – vom ehrenamtlichen Engagement über die Pflegetätigkeit bis hin zur fortgesetzten Erwerbsarbeit –, sondern um den Prozess des Alterns selbst: Im Zuge der Versprechen medizinisch-technischer Innovationen und des Postulats eigenverantwortlicher Gesundheitsprävention gilt das Alter immer weniger als Schicksal. Während man die Gesundheit der Einzelnen im klassischen Sozialstaatsmodell als (weitgehend) kollektiv zu versicherndes Gut verstand, gilt sie heute ebenso als individuelles Potenzial sowie ihr Versagen mehr und mehr als individuell zu versicherndes Risiko. Im Zuge der engen Verschränkung von Alter und Krankheit wird das Nicht-Altern sukzessive zu einer Frage der Wahl und des individuellen Bemühens – und das Altern zum Scheitern infolge von Aktivi-

täts- und Präventionsverweigerung. Wer altert, hat also nicht genug an sich gearbeitet. Und diese Arbeit ist teuer: Durch die schrittweise Privatisierung der Gesundheitsvorsorge, die Ökonomisierung von Gesundheits- und Pflegeinstitutionen bei gleichzeitigem Ausbau von Prävention als gewinnträchtigem Marktsegment sind zahllose neue Waren und Dienstleistungsangebote entstanden. Und wir konstatieren eine besonders ausgeprägte Kommerzialisierung von Anti-Aging-Angeboten.

Einerseits birgt die Feststellung, dass Altern kein Prozess des natürlichen Abbaus ist, das Potenzial, verbreiteten Defizitperspektiven und tief verankerter Altersfeindlichkeit entgegen zu treten (ich komme darauf zurück). Sie ist aber zugleich ein Instrument der Disziplinierung und Normierung und sie geht mit einer Abwertung des kranken und hochaltrigen Alters einher. Tatsächlich dürfte sich im Zuge der Betonung der Plastizität, das heißt der Gestaltbarkeit des Alternsprozesses der Druck auf die heute Hochaltrigen im Vergleich zu früheren Generationen erhöht haben: das hohe, abhängige, kranke Alter wird zum Scheiternsfall des „Unternehmen(s) Leben“ ([www.dak.de](http://www.dak.de)).

In einer Zeit, in der der Körper zur „sichtbarsten Visitenkarte“ im Alltag wird und in der Sichtbarkeit im Sinne einer „bewusst und demonstrativ ausgestellten Gesundheit“ eine neue Bedeutung erhält, werden immer häufiger allein die äußeren Merkmale, die den Prozess des Alterns begleiten, zu untrüglichen Zeichen des Scheiterns. Erfolg ist hingegen dann gegeben, wenn eine alte Person „viel älter ist, als sie aussieht“, wie die Werbung eines Hamburger Fitnessstudios verheißt. Diese Dimension der Sichtbarkeit ist natürlich stark und vor allem geschlechtsspezifisch strukturiert: Bei Männern gelten bestimmte körperliche Altersmarker – man denke an die grauen Schläfen – durchaus als attraktivitätsfördernd; Altersmerkmale werden deutlich später als bei Frauen als ‚Verfallsmerkmale‘ gelesen, obwohl diese durchschnittlich eine erheblich längere gesunde und aktive Lebensphase vor sich haben. Viele ältere Frauen klagen in Interviews zudem darüber, dass sie mit zunehmendem Alter nicht mehr (als Frau) gesehen werden und beschreiben das Altern als Kampf gegen die Unsichtbarkeit.

### 4. Aktivierung als Politik der Anti-Diskriminierung?

Eines der wichtigsten Argumente der Altersaktivitäts-Apologeten ist der Hinweis darauf, dass mit der Aktivierung des Alters ein großer Schritt im Kampf gegen Altersdiskriminierung und Altersfeindlichkeit (Ageism) vollzogen sei. Das ist ein ernst zu nehmendes Argument, tatsächlich blendet diese Perspektive jedoch Entscheidendes aus:

Erstens interessieren die Potenziale der Alten neuerdings vor allem deshalb, weil die Alten zugleich als Problem wahrgenommen werden. Es zeugt von einem offen negativen Altersbild, wenn der wachsende Anteil älterer Menschen an der Gesellschaft im Sinne einer „Überalterung“ als Last diskutiert (und als AltersLASTquotient gemessen) wird. Vergreisung, Innovationsblockade, Rentnerrepublik, Demografieschock – das Vokabular, mit dem die alternde Gesellschaft beschrieben wird, ist in seinen Konnotationen mehr als deutlich. Als Ressource werden die Älteren also vor allem entdeckt, um das durch ihre große Zahl verursachte Problem zu lösen.

Zweitens bleibt unerkannt, dass nicht die Abwertung des Alters grundsätzlich in Frage steht, sondern lediglich die empirische Gültigkeit von Defizitperspektiven für aktive und leistungsfähige ältere Menschen. Während junge Alte politisch, medial und wissenschaftlich zunehmend als aktive Subjekte adressiert werden, verbleiben hochaltrige Menschen im Objektstatus als zu Pflegenden, zu Betreuenden, zu Versorgenden: die klassischen Altersattribute werden einfach im Lebenslauf nach ‚oben‘ verschoben.

Drittens wird verkannt, dass die Abschaffung diskriminierender Maßnahmen, Regelungen und Praktiken notwendige Voraussetzung für eine gelungene Altersaktivität ist. Bevor die älteren Menschen zum Handeln aufgerufen und mit der Aussicht auf Anerkennung zur Nutzung ihrer Potenziale bewegt werden, müsste eine konsequente Anti-Diskriminierungspolitik für die Gruppe Älterer den Anfang machen. Die Idee, dass ältere Menschen in Vorleistung gehen müssen, um anerkannt und aufgewertet zu werden, steht einer bedingungslosen Anti-Diskriminierungsperspektive diametral entgegen.

## 5. Konfrontation des Aktivierungsparadigmas mit Forschungsergebnissen

Wenn ich – neben diesen grundsätzlichen Einwänden – die zentralen Themen des politischen Aktivierungsdiskurses mit den Ergebnissen aus zwei von mir geleiteten qualitativen Interviewstudien vergleiche, treten auffällige Diskrepanzen und Leerstellen zu Tage: Obwohl die Betonung der Vielfalt des Alters in kaum einer Verlautbarung über das „neue Alter“ fehlen darf, bleiben soziale Ungleichheiten unterbelichtet. Im Zentrum stehen Durchschnittsannahmen zu Bildung, guter sozialer Absicherung und längerer Lebenserwartung, die wesentliche Unterschiede verdecken:

- Vor dem Hintergrund der Annahme vergleichsweise (und im Durchschnitt) gut abgesicherter RentnerInnen-Kohorten wird „Passivierung durch Prekarität“ im Aktivierungsdis-

kurs so gut wie nie zum Thema: Insbesondere ältere Frauen beklagen aber die Einschränkung ihres Aktivitätshorizontes durch ihre prekäre Lebenssituation. Dies betrifft den Besuch von Sport- und Volkshochschulkursen, die Nutzung von Kulturangeboten ebenso wie bestimmte Bereiche des ehrenamtlichen Engagements, so insbesondere, wenn den Aktiven Kosten entstehen, die sie nicht erstattet bekommen.

- Endlichkeitserfahrung – Lebenserwartung und soziale Ungleichheit: Auch der für die Diskussion so zentrale Verweis auf die beständig steigende Lebenserwartung bleibt eine Durchschnittsbetrachtung, womit der größte Skandal, die größte denkbare Ungleichheit tabuisiert wird: In einem so wohlhabenden Land wie Deutschland unterscheiden sich nicht nur die Lebensverhältnisse je nach sozialer Lage diametral, auch die Länge des Lebens differiert beträchtlich. Insbesondere für geringqualifizierte männliche Geringverdiener ist das unterstellte lange Leben im Ruhestand keineswegs Realität. Für diese vital inequality (Göran Therborn) sind dabei neben individuellen Faktoren auch und vor allem soziale Rahmenbedingungen wie Arbeits- und Wohnverhältnisse, Lärmbelastung oder finanzielles Prekarität verantwortlich. Entsprechend dieser Daten sind es in unserem Interviewsample insbesondere Männer aus einfachen Berufen, die in der Begründung ihres Disengagements (aus der Erwerbsarbeit, aber auch aus anderen Aufgaben) die Endlichkeit des Lebens benennen, häufig verbunden mit dem Hinweis auf Väter, die noch vor ihrem 60. Lebensjahr verstorben sind.
- Diskriminierung im Ehrenamt: Im emphatischen Versprechen der Anerkennung und Aufwertung des Alters durch Aktivität wird komplett negiert, was in der Praxis eine durchaus bedeutsame Rolle spielt: Diskriminierung und Ausgrenzung im ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Engagement. Wir haben mit Menschen gesprochen, die nach ihrem 60. Lebensjahr nicht mehr zu Weiterbildungen geschickt wurden, denen nahegelegt wurde, nicht noch länger den Altersdurchschnitt im Verein zu erhöhen oder denen ab einem bestimmten Alter pauschal abgesprochen wurde, den körperlichen Herausforderungen noch gewachsen zu sein (so beim Katastrophenschutz des Roten Kreuzes).
- Mit diesem Aspekt korrespondiert eine erhebliche Diskrepanz zwischen Aktivierungsprogrammatik und Alltags-erleben, die unsere Interviews in aller Deutlichkeit zeigen: Die auf kommunaler, Landes-, Bundes- und nun auch europäischer Ebene beschworene Aufwertung des Alters und der Lobpreis der Erfahrungen und Kompetenzen wird

von wirklich allen Befragten als alltagsferne Politikerrhetorik abgetan. Einige befragte Frauen ziehen sogar eine direkte Parallele zur Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit zu Kriegszeiten: Man würde die Alten nun so lange ausnutzen, wie man sie brauche, und dann – bei Bedarf – wieder auf das Altenteil zurückschicken, mit einer neuen Wertschätzung des Alters habe das nichts zu tun.

- Und schließlich finden wir bei fast allen Befragten sehr unterschiedliche Phasen des Nacherwerbslebens und zwar nicht nur im Hinblick auf die Unterscheidung eines jungen, leistungsfähigen und pflegebedürftigen/„hinfälligen“ Alters: Die einen wollen sich nach der Verrentung erst einmal eine Weile ausruhen, keine Termine haben und entscheiden dann nach ein, zwei oder drei Jahren, ihrem Ruhestandsleben eine neue Struktur zu geben. Andere starten nach der Verrentung durch, engagieren sich in unterschiedlichsten Feldern, hüten die Enkel und renovieren das Eigenheim der Kinder, um dann mit Ende 60 mehrere Gänge runter zu schalten und einen Alltag ohne Termine und Zeitdruck zu genießen. All diese so unterschiedlichen Wege und Verläufe und die mit ihnen verbunden vielfältigen Ein- und Ausstiege aus Aktivität kommen in der politisch-medialen Neuverhandlung des Alters kaum vor.

Angesichts solcher Diskrepanzen von politischer Programmatik und Alltagserleben ist die von der Diakonie formulierte Aufgabe der Datenerhebung, Strukturanalyse und Bestandsaufnahme in der gemeinwesenorientierten Altenarbeit uneingeschränkt zu begrüßen.

### **Von den Ambivalenzen der Altersaktivierung und der Gefahr, das Alter als differentes Anderes schützen zu wollen**

Wie eingangs schon erwähnt, kann eine Problematisierung der Altersaktivierung jedoch nur die eine Seite der Medaille sein. Denn bei aller Problematisierung geht es mir auf keinen Fall darum, den alten „wohlverdienten Ruhestand“, gut versorgt, aber am Rande der Gesellschaft als erstrebenswertes Gegenbild zur Aktivierung und Potenzialnutzung hochzuhalten. Auch wäre es meiner Meinung nach irreführend, die Neuverhandlung des Alters ausschließlich als strategische Nutzung von Altersressourcen abzulehnen. Das allgemeine Bestreben, fit, gesund und (in welcher Weise auch immer) aktiv zu sein, ist sicherlich mehr als allein das Produkt eines liberalen Aktivierungsdiskurses und einer kommerzialisierten Anti-Aging-Kultur.

So problematisch also aus den diskutierten Gründen das Postulat des aktiven Alterns ist, so wenig darf vernachlässigt werden, dass damit die tief verankerte, biomedizinisch begründete Defizitperspektive auf das Alter, die traditionell wenig Handlungsspielräume für ältere Menschen einräumte, zumindest erschüttert worden ist. Erst die Sensibilisierung für die fortgesetzte Abwertung und Stereotypisierung älterer Menschen öffnet den Blick für mögliche, ambivalente Effekte der Altersaktivierung: Denn wenn – wie bei Älteren häufig der Fall – bereits die Befähigung zu selbstständigem Handeln in Zweifel gezogen wird, könnte eine aktivierungspolitische Programmatik, die alte Menschen als aktive Gestalter ihres Lebens anerkennt, durchaus auch ermöglichende Effekte haben. Tatsache ist: Jede Förderung von Autonomie und Eigenverantwortung, so instrumentell sie auch sein mag, birgt in sich ein subversives Potenzial, das zumal in einer gesellschaftlichen Gruppe, die bis heute arm an Anerkennungsressourcen ist, sukzessive gedeihen könnte. Auch die jungen Alten, die heute aktiviert und zu Stützen der Gesellschaft ausgerufen werden, werden irgendwann auf Pflege angewiesen sein oder den Nordic-Walking-Parcours nicht mehr drei Mal wöchentlich bewältigen. Ob sie sich dann still und genügsam aus der gesellschaftlichen Mitte verabschieden, um im Ohrensessel ihrer Großmütter und -väter Platz zu nehmen oder in schlecht ausgestatteten Pflegeheimen auf den Tod zu warten, wird abzuwarten sein; zu vermuten ist aber, dass „die Geister, die man rief“ sich nicht ohne weiteres wieder verabschieden werden.

Auf keinen Fall darf der Umkehrschluss der Aktivierungskritik also eine einseitige Problematisierung von Aktivität im Alter oder gar eine Re-Biologisierung des Alters als schützenswertem, nicht mehr leistungsfähigem Lebensabend sein. Statt Verpflichtungsrhetorik und moralischem Druck braucht es vielmehr bessere Rahmenbedingungen und eine Sensibilisierung für Altersdiskriminierung auf ganz verschiedenen Ebenen. Das institutionelle Angebot von Anti-Diskriminierungssensibilisierungen – zum Beispiel in Form von Diversity-Trainings mit dem Schwerpunkt Lebensalter – muss dringend ausgeweitet werden. Neben Betriebs- und Personalräten sollte insbesondere die Schulung von Multiplikator/innen in Kirchen, Vereinen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen angestrebt und gefördert werden. Viele Ältere wünschen sich aktive Teilhabe, fortgesetzte Erwerbsarbeit und/oder politisches Engagement – und es muss politisch wie gesellschaftlich alles dafür getan werden, damit sie dies auch leben können. Und das, ohne dass umgekehrt Druck auf diejenigen erzeugt wird, die sich auf eine geruhende Zeit im sozialen Nahraum freuen. Fakt ist, dass sich die sozialen Rahmenbedingungen für ein gesundes und gut abgesichertes Alter im

Zuge umfassenden Sozialabbaus in den letzten Jahren in Deutschland wie in vielen europäischen Ländern eher verschlechtert haben. Gleichzeitig gewinnt der Aktivierungsdiskurs an Fahrt. Dieser Diskrepanz sollte die Kritik der AltersforscherInnen und der im Altersfeld Aktiven gelten. Symbolisch aufgeladene Modellprogramme für ein aktives Alter können keine nachhaltig finanzierte Sozialpolitik und Gemeinwesenarbeit ersetzen.

Es gilt dafür zu sensibilisieren, dass die Nutzung von Altersressourcen im Zuge neoliberaler Umstrukturierungen im Zweifelsfall wenig mit der Ermöglichung selbstgewählter Altersaktivität zu tun hat. Manchmal kann Widerspenstigkeit schon mit einem Winter auf Teneriffa, exzessivem Kreuzworträtsellösen oder dem hingebungsvollen Sortieren von Briefmarken anfangen – egal wie viele Ehrenämter auf Engagement, Enkelkinder auf Betreuung und Fitness for Best Ager-Kurse auf einen Besuch warten. Kann – wohlgemerkt: Tatsächlich kann die Verweigerung der mit Nachdruck ‚gewünschten‘ Altersaktivität ebenso widerständig wie Ausdruck verinnerlichter Defizitzuschreibungen an das Alter oder Resultat fehlender Möglichkeiten und Ressourcen sein. Umgekehrt kann der sich gegen Diskriminierung und Unsichtbarmachung richtende (alltägliche) Kampf um soziale Anerkennung in einer altenfeindlichen Gesellschaft schnell mit der Reproduktion jugendorientierter Normen zusammenfallen – und die Abwertung des Alters damit noch verstärken.

Wie alte Menschen sich in diesem komplexen Geflecht bewegen und bewegen werden, ist eine der spannendsten Fragen für die Zukunft. Dafür sind eine Altersforschung und eine Altenarbeit gefragt, die die Älteren selbst zu Wort kommen

lässt, statt vornehmlich über sie zu sprechen oder sie im Rahmen standardisierter Verfahren zu vermessen. Dazu gehört schließlich auch die Offenheit, die Perspektive auf ein „gutes Alter“ normativ zu öffnen und zwar in doppelter Hinsicht: So ist einerseits die Verengung eines guten Alters als aktives Alter zu überwinden. Zugleich gilt es jedoch auch jenen – häufig anthropologisch grundierten – Tendenzen entgegenzuwirken, die das gute Alter als natürliche Lebensphase des kontemplativen und introspektiven Disengagements wie der zurückgezogenen Lebensweisheit in anderer Weise homogenisieren. Altersforschung und Altenarbeit sollten darauf verzichten, konkrete Maßstäbe eines guten Alter(n)s auszuweisen und sich stattdessen auf die ermöglichenden Bedingungen im Hinblick auf Teilhabe und Sicherheit konzentrieren. Für die einen zeichnet sich ein gutes Alter durch die weitgehende Kontinuität des Erwachsenenlebens aus, für andere liegt der Reiz gerade im Neubeginn für ein neues Lebenskapitel, wieder andere gestalten diese Lebensphase bereits mit Mitte 60 im Bewusstsein der Endlichkeit und des Rückzugs. Diese Stimmen sollten wir hören, um auf dieser Basis über die Rahmenbedingungen für die Vielfalt von Lebenswünschen im Alter sprechen zu können.

#### **Literaturtipps der Referentin**

Silke van Dyk: „Vom Schattendasein zum Bodenschatz? Zur aktivgesellschaftlichen Entdeckung des Posterwerbslebens“, in: Widersprüche, 32 (117), 2010, S. 33–48.

Tina Denninger, Silke van Dyk, Stephan Lessenich und Anna Richter (2012): Vom „verdienten Ruhestand“ zum „Alterskraftunternehmer“?, Bilder des Alter(n)s im gesellschaftlichen Wandel nach dem Systemumbruch, Frankfurt/New York S. 369–387

Prof. Dr. Gerhard Naegele

## **Kommunen im demografischen Wandel – Thesen zu neuen Herausforderungen für die lokale Alten- und Seniorenpolitik**

Die Verkürzung der Debatte um den demografischen Wandel auf Aspekte der Alterung der Gesellschaft wird den tatsächlichen Herausforderungen vor Ort nicht gerecht. Die Kommunen sind vom demografischen Wandel zuerst und in besonderer Weise betroffen. Es gilt, nicht nur die entsprechenden politischen, infrastrukturellen und administrativen, sondern auch geeignete Beteiligungsformen und nicht zuletzt die finanziellen Voraussetzungen für die Bewältigung der Herausforderungen zu schaffen. Der demografische Wandel ist eine kommunalpolitische Gestaltungsaufgabe.

Nach wie vor sind die Kommunen hauptzuständig für die soziale und infrastrukturelle Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger aller Alters- und Bevölkerungsgruppen. Es besteht die kommunale Vorleistungsverpflichtung (5. Altenbericht). Föderalismus- und Subsidiaritätsprinzip als tragende Elemente der politischen und Gesellschaftsordnung weisen den Kommunen als kleinste politische Einheiten die Letzt- und Gesamtverantwortung für die Daseinsvorsorge zu. Die kommunalpolitische Gestaltungsaufgabe „demografischer Wandel“ ist regional differenziert zu bearbeiten. Besondere Beachtung muss künftig dem ländlichen Raum zukommen.

Auch in den Kommunen stellt sich der demografische Wandel als eine querschnittlich zu konzeptualisierende politische Gestaltungsaufgabe. Im Grundsatz bedarf es einer bereichsübergreifenden lokalen Demografiepolitik. Lange Zeit wurde in den Kommunen unter Altenpolitik Altenhilfepolitik verstanden. Auch wenn diese künftig nicht an Bedeutung verlieren wird, so ist dennoch ein Paradigmenwechsel erforderlich, der auf eine erweiterte sozial- und gesellschaftspolitische Konzeptualisierung von Alter(n) und Altsein zielt.

Es geht um die soziale Gestaltung der Gesamtheit der Lebensverhältnisse einer insgesamt alternden Bevölkerung, das heißt um eine soziale Politik für das Alter und für ein Leben im Alter.

### **Veränderte thematisch-inhaltliche Schwerpunktsetzungen**

- Bildung, Kultur und neue Medien
- Selbstständige Lebensführung
- Freizeit und Kommunikation

- Gesundheit, Vorsorge, Gesundheitsförderung
- Wohnen und Wohnumfeld, vor allem im Einfamilienhaussegment
- Verkehr und Mobilität, vor allem in ländlichen Regionen
- Alltagsbezogene Dienstleistungen und technikunterstütztes selbstständiges Leben
- Unterstützung von Familien- und Generationenbeziehungen und anderer sozialer
- Netzwerke
- Seniorenwirtschaft und Wirtschaftskraft Alter
- Arbeit und Beschäftigung
- Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
- Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

### **Einige Konsequenzen für die lokale Altenpolitik**

- Alter(n) und Altsein sind als Querschnittsthemen für Politik zu konzeptualisieren.
- Es bedarf einer „integrierten“ Sicht der Dinge und entsprechend einer integrativen Kommunalpolitik („Demografiestrategie der Bundesregierung“).
- Es werden neue Handlungskonzepte benötigt, die nicht mehr auf Einzelfallorientierung fokussieren, sondern auf Gemeinwesenorientierung und Vernetzung zielen müssen.

Die zunehmende soziale Differenzierung des Alters verbietet die Suche nach „Standardlösungen“, verlangt somit auch auf der Maßnahmenebene sachgerechte Heterogenität bei gleichzeitiger Schwerpunktsetzung bei den besonders benachteiligten Gruppen.

Vor allem im Wohn- und häuslichen Versorgungsbereich (und damit bei der Förderung selbstständiger Lebensführung) sind Vernetzungserfordernisse und neue „strategische Allianzen“ erforderlich, die über die etablierten Sozial- und Gesundheitsanbieter hinausreichen. Diese müssen in bestimmten Arbeitsfeldern weit über die bisher praktizierten „welfare-mix“ hinausgehen.

Angesichts veränderter Morbiditätsstrukturen Älterer wachsen und verändern sich vor Ort gesundheitliche Versorgungs- und darauf bezogene Vernetzungserfordernisse (im Sinne der integrierten Versorgung). Die Rolle des „dritten Gesundheitsstandortes“ Haushalt gilt es zu stärken.

### **Neue Leitbilder sind erforderlich!**

Galten in der Vergangenheit Altenhilfe und Fürsorge als weitgehend dominante Altersleitbilder, so sind moderne Leitbilder jetzt die des produktiven, aktiven Alters, eines Alters voller häufig brachliegender Potenziale und Ressourcen. Wie diese neuen Leitbilder jedoch praktisch auszufüllen sind, ist eine vor allem auf kommunaler Ebene zu lösende Frage. Zu warnen ist vor einer Überbetonung von Ressourcen und Potenzialen! Das EU-Konzept vom „active-ageing“ gilt als die „richtige Antwort“ der EU-Mitgliedsstaaten auf die vielfältigen individuellen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen des demografischen Wandels. 2012 ist das EU-Jahr des „active ageing“.

### **Dimensionen von „active ageing“**

- Prävention und Lebenslaufbezug
- Arbeitsmarktintegration
- Individueller und gesellschaftsbezogener Nützlichkeitsbezug in den Alltagshandlungen
- Gesellschaftsbezogene Solidarität mit Schwerpunkt auf sozial Benachteiligte
- Förderung inter- und intragenerationeller Solidarität
- Respektierung nationaler und kultureller Unterschiede
- Lebenslanges Lernen
- Empowerment und Beteiligung herstellen
- Vorleistungsverpflichtungen erfüllen

### **„Active ageing“ meint auch**

- aktives zivilbürgerschaftliches Engagement älterer Menschen zum Zweck der Einflussnahme auf den beziehungsweise zur Mitgestaltung des öffentlichen Raum(es) (H. Arendt)
- mitmachen (im Sinne von „einmischen“) bei der Lösung von lebensweltlichen Problemen und Anliegen aller Altersgruppen

- die stärkere Beteiligung Älterer bei der Bereitstellung von Hilfen für Entscheidungsträger im öffentlichen Raum.

### **Ein neues Verständnis von Altenpolitik**

- Bei allen Bemühungen um eine „Modernisierung“ von Themen, Feldern und Anknüpfungspunkten für die örtliche Alten- und Seniorenpolitik darf dies somit nicht bedeuten, die klassischen sozialen Altersthemen könnten in der kommunalpolitischen Prioritätenliste nach unten gesetzt werden.
- Auch künftig – und in Teilen sogar in noch wachsendem Umfang – wird es solche Gruppen Älterer geben, für die ein besonderer, ja überdurchschnittlich hoher kommunaler Handlungsbedarf im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge besteht.
- Zu einem modernen Verständnis von Altenpolitik auf kommunaler Ebene zählt auch die Teilhabe Älterer.
- Ziel ist die Förderung eines aktiven zivilbürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen zum Zweck der Einflussnahme auf/Mitgestaltung des öffentlichen Raumes in eigener wie in fremder Sache.

### **Aufgabenschwerpunkte der Kommunen in der Pflegepolitik**

- Moderieren, Begleiten, Vernetzen, Bündeln und Steuern
- Eigenständige kommunale Angebote zur Stützung und Absicherung der häuslichen
- Pflege
- „Leuchtturmfunktion“ der eigenen Dienste und Einrichtungen
- Förderung so genannter „niederschwelliger“ Angebote
- Allgemeine soziale Informations- und Beratungsaufgaben
- Bereitstellung neuer Wohnformen
- Mitwirkung in der Pflegequalitätssicherung
- Mitwirkung beim Abbau von Schnittstellenproblemen
- Mitwirkung bei der integrierten gesundheitlichen Versorgung (wie auch im SGB V postuliert)
- Aktive und verantwortliche Mitwirkung an den neuen lokalen Pflegestützpunkten
- Unterstützung einer neuen lokalen „Kultur des Helfens“

Prof. Dr. Thomas Klie

## **Gemeinwesenorientierte Altenarbeit und kommunaler Gestaltungsauftrag**

### **These 1: Gesellschaftliche Trends**

Der demografische und soziale Wandel verlangt nach einer zum Teil grundlegenden Korrektur sozialpolitischer und sozialrechtlicher Steuerung im Sozial- und Gesundheitswesen. Das gilt in besonderem Maße für Fragen der Gestaltung von Aufgaben der Sorge und Unterstützung für auf Hilfe angewiesene ältere Menschen.

### **These 2: Rechtliche Gemengelage**

Eine sozialpolitische und sozialrechtliche Neuorientierung berührt unterschiedliche Politik- und Rechtsbereiche, die aufeinander zu beziehen sind – in ihrer Steuerungslogik und den von ihnen intendierten Wirkungen.

### **These 3: Sozialkapital als entscheidende Einflussgröße für Lebensqualität und Gesundheit**

Eine der zentralen Herausforderungen des demografischen und soziostrukturellen Wandels ist die empirische dokumentierte Erodierung beziehungsweise Veränderung von traditionellen Solidaritätsstrukturen in der Gesellschaft – in Familien und Nachbarschaften – auf dem unser soziales Sicherungssystem basiert und „kalkuliert“ ist. Die sozialen Folgewirkungen dieses Wandels werden noch nicht hinreichend wahrgenommen.

### **These 4: Förderung und Stützung von Solidarität**

Für die Förderung von Solidarität und der Wahrnehmung von Sorgeaufgaben ist eine infrastrukturelle Absicherung von qualifizierter Unterstützung erforderlich. Die sozialstaatlichen Investitionen haben sich stärker als in der Vergangenheit auf Investitionen in eine unterstützende und mitverantwortende Infrastruktur zu beziehen.

### **These 5: Vereinbarkeit: Kultur- und Standortfaktor**

Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und der Übernahme von Care-Aufgaben in Familie und Nachbarschaft wird zu einer

zentralen Herausforderung für die Prosperität und Solidarität unserer Gesellschaft – lokal und regional.

### **These 6: Solidarität und Milieu**

Es gibt keinen Grund zum Kulturpessimismus. Die Solidaritätsbereitschaft sinkt nicht, sie verändert sich. So ist etwa die Motivation zum bürgerschaftlichen Engagement in der Gesellschaft fest verankert, die Bereitschaft wächst, kennt aber unterschiedliche Hintergründe und das Engagement vielfältige Formen.

### **These 7: Marktsteuerung: (so) nicht bewährt**

Die Vermarktlichung des Sozialen verletzt potenziell Prinzipien der Subsidiarität. Es stellt erwerbswirtschaftliche Ziele in den Vordergrund und lässt Investorenkalküle zum Motor der Infrastrukturentwicklung werden, die lebensweltliche Logiken und Ökonomien in ihrer Bedeutung marginalisieren. Dies führt zu Bedarfsfehlern und sowohl zu problematischen Überkapazitäten als auch regionaler Unterversorgung.

### **These 8: Wiederentdeckung der Kommunen**

Die Infrastrukturverantwortung gehört auf die kommunale Ebene und dies in einer Weise, die sie zu Nutznießern sozialer Investitionen macht. Die faktische Dominanz zentraler Steuerung im Leistungsbringungsrecht durch nationale Agenturen marginalisiert die Kommunen in ihrer Steuerungsfähigkeit und -bereitschaft.

### **These 9: Subsidiarität und Infrastrukturverantwortung**

Um im Sinne moderner Subsidiarität Individuum und Gemeinschaft und kommunale „Genossenschaft“ in ihrer Eigenleistung und Selbstbestimmung zu fördern und zu unterstützen, bedarf es auf der Fall- und Systemebene der Verankerung von Case Management, auf der Quartiersebene der kulturellen und sozialarchitektonischen Investitionen und eines partizipativen Planungsansatzes auf der kommunalen und regionalen Ebene.

## **Ökonomische Perspektive: Welfare Mix**

Trend Hilfemix:

- gemischte Wohlfahrtsproduktion kann effizienter sein
- kennt Voraussetzungen
- ist kulturbildend
- verändert Altersbilder
- ist alternativlos

## **Öffentliche Daseinsvorsorge als ökonomische Basis für Welfare Mix**

- Daseinsvorsorge
- Infrastruktur
- Alltagsversorgung
- Wohnen
- Mobilität
- Unterstützung und Pflege
- Engagement
- Kultur
- Beteiligung
  
- Priorisierungen
- gemischte Wohlfahrtsproduktion
- gemeinwirtschaftliche Lösungen als ökonomisch sinnvollste

## **Kirchengemeinden als Potenzial**

- parochiale Struktur und genossenschaftliche Tradition
- Orte gemeinsamen Wirtschaftens
- Traditionen tragender Sorgestrukturen
- Orts- und Traditionsbezug
- Kompetenz
- Kirchen resonanzfähig als Rahmen und Ort mitverantwortlichen Lebens
- Kommunen stärken
- durch Kompetenzen und Ressourcen
- Ökonomisierung und Industrialisierung des Sozialen führt in Sackgasse
- Strukturreform von Teilhabe und Pflege gefragt

**Wünschenswert: Brückenschläge zwischen Unternehmensdiakonie und Parochie**

Prof. Dr. Stephan Sell

## **Ideen brauchen Ressourcen – Gesellschaft braucht Werte – Wir brauchen eine andere Ökonomie\***

Es ist mir ein großes Anliegen zu diesem Thema zu sprechen, weil ich die dankbare/undankbare Aufgabe bekommen habe, etwas zum Thema Geld zu sagen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass der Blick auf die notwendigen Finanzen auch die Restriktion vieler gutgemeinter Ansätze darstellen wird.

Zum Titel muss ich allerdings sagen: Den habe ich mir nicht ausgedacht. Wenn also jemand wegen des letzten Satzes „Wir brauchen eine andere Ökonomie“ einen zehnminütigen Einführungsvortrag über die Vor- und Nachteile großer Umverteilungsmodelle oder solidarischer Ökonomie erwartet, werde ich Sie enttäuschen.

### **„Den lieb’ ich, der Unmögliches begehrt“**

Ich will in diesem ersten Teil auf dem Boden der bundesdeutschen Realität bleiben. Und ich zögere, ob man es kommunale Altenarbeit nennen sollte. Menschenpolitik, wie Herr Müntefering es nannte, gefällt mir gut. Weil letztendlich auch die Frage, wie wir mit den Jüngsten umgehen, vor Ort entschieden wird – siehe das Beispiel U3-Ausbau.

Wenn man das inhaltliche Thema mit dem Finanzthema verbindet, fallen mir zunächst zwei Sprichwörter ein. Ein chinesisches Sprichwort: „Feuer lässt sich nicht in Papier einwickeln“. Und: „Dem Unmöglichem nachzujagen ist Wahnsinn“, von Marc Aurel.

Wenn man fragt, wie man die vielen guten Ansätze, die heute angesprochen wurden, in der Fläche, in der Breite und in der notwendigen Verlässlichkeit unter den herrschenden Rahmenbedingungen auf absehbare Zeit finanziert bekommen will, dann verweise ich auf diese beiden Sprichwörter.

Jetzt könnte ich eigentlich meinen Vortrag beenden, und Sie würden sagen: pessimistischer Vortrag! So habe ich mich auch gefühlt bei der Vorbereitung zum Thema Finanzierung. Aber als guter Hochschullehrer, und damit Pädagoge sui generis, muss man natürlich eine optimistische Wendung finden. Also habe ich meinen Zettelkasten durchsucht und bei Jean-Jacques Rousseau gefunden: „Die Weisen sagen selten, dies ist nicht möglich; häufiger sagen sie: Ich weiß nicht“. Das ist doch schon mal eine Basis, oder? Und Goethe hat gesagt: „Den

lieb ich, der Unmögliches begehrt“. Also werde ich in meinen Vorschlägen auch etwas Unmögliches begehren.

### **Wenn gesagt wird, wir sind handlungsunfähig, weil uns die Kosten explodieren, dann reden wir aus makroökonomischer Sicht über Peanuts**

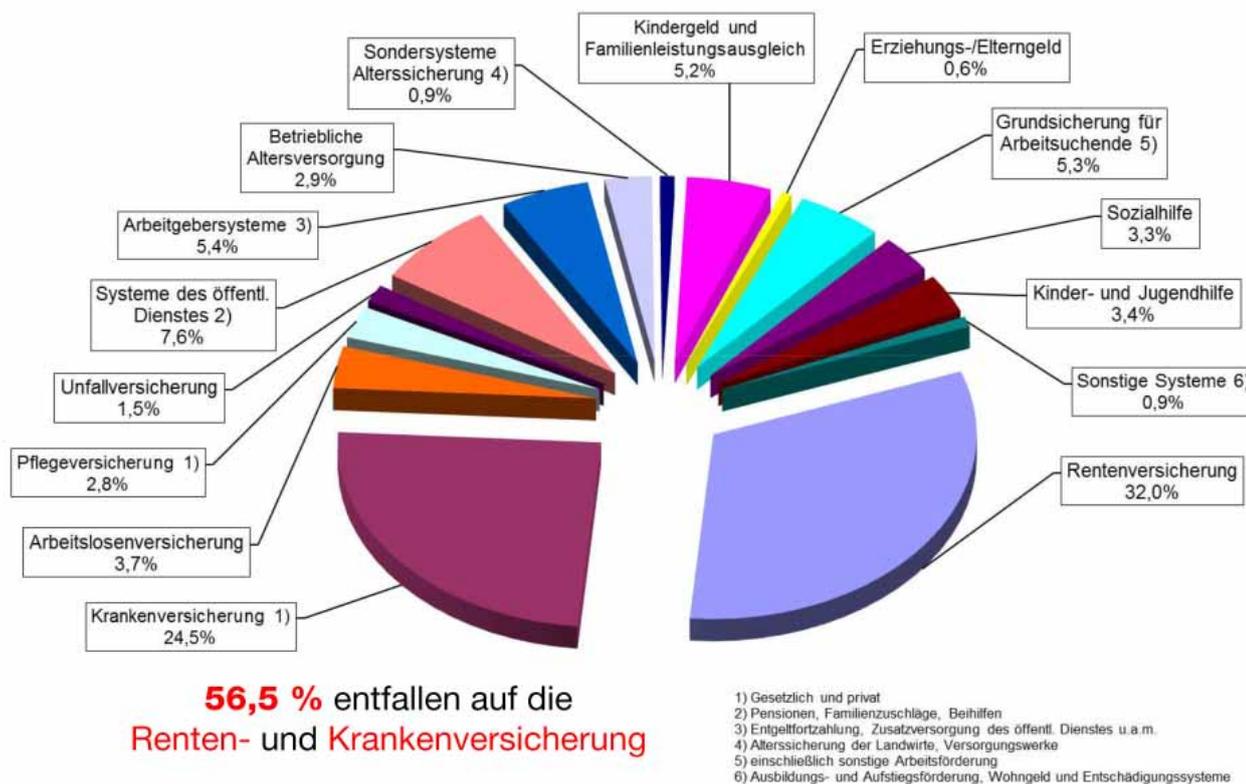
Wenn wir über Sozialpolitik reden, reden wir über Geld. In Abbildung 1 sehen Sie für das vergangene Jahr das Sozialbudget in der Ausweisung des Bundesarbeitsministeriums.

767 Milliarden Euro sind in der globalen Finanzwelt nicht viel, aber bezogen auf Deutschland sehr viel. Sie können sich dies an einer Zahl verdeutlichen: Das gesamte Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik beläuft sich auf 2.500 Milliarden Euro. Wenn Sie diese Gesamtzahl kennen und lesen, was auf Sozialleistungen entfällt, dann erschließt sich, welcher großer Anteil an der gesamten Wertschöpfung etwas mit Sozialem zu tun hat; in der weiten Abgrenzung, die das Sozialbudget uns hier nahelegt.

Ich will aber Ihre Aufmerksamkeit neben dem gewaltigen Gewicht und der großen Menge an Geld, die für Sozialleistungen ausgegeben wird, auf die offensichtliche Struktur auffälligkeit lenken: Wenn wir über kommunale Sozialpolitik reden, gehört ja dazu nicht nur das relativ kleine, in der monetären Gesamtbetrachtung bedeutungslose Feld der Altenarbeit. Die großen Felder der kommunalen Sozialpolitik sind benannt worden. In Abbildung 1 sieht man die großen Ausgaben: Eingliederungshilfe, aktuell der Kita-Ausbau als teil der Kinder- und Jugendhilfe, plus die Unterkunftskosten für die Grundsicherungsempfänger. Wenn Sie aber unser Tortendiagramm noch genauer anschauen, dann sehen Sie: Der gesamte Bereich, wohlgemerkt der gesamte Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, das sind 3,4 Prozent unseres Sozialbudgets! Und die Sozialhilfe (als Rest-Sozialhilfe im SGB XII) hat ein Volumen von 3,3 Prozent.

Wenn also gesagt wird, wir sind handlungsunfähig, weil uns die Kosten explodieren, dann reden wir aus dieser makroökonomischen Sicht hier über „Peanuts“. Das sehen die Kommunen natürlich anders und das ist aus deren Perspektive auch verständlich.

**Das Sozialbudget nach Sicherungszweigen im Jahr 2011:  
Anteile an den Gesamtausgaben einschließlich der Beiträge des Staates**



Quelle: BMAS (2012)

Düsseldorf ■ 04.10.2012

www.stefan-sell.de

Abb. 1

Jetzt stellen Sie sich vor, der Staat würde, weil er sparen müsste (so wie in Griechenland), die gesamte Kinder- und Jugendhilfe einstellen. Dann würde das in diesem hier dargestellten großen System kaum spürbare Effekte haben. Aber stellen Sie sich vor, wir würden vor Ort die gesamte Kinder- und Jugendhilfe einstellen – alle Kitas schließen, alle Maßnahmen für die Familien streichen, alle Jugendhilfeangebote streichen – was für gigantische Auswirkungen das vor Ort hätte. Und doch: In diesem großen System sind es nur 3,4 Prozent.

**Die Probleme haben wir nur deswegen, weil Kosten und Nutzen in unserem komplexen föderalen System völlig auseinanderfallen**

Und das verweist natürlich auf eine wirklich interessante Forderung nach einer anderen Ökonomie (ich spreche von einer anderen ökonomischen Betrachtung): Die Probleme haben wir, vereinfacht gesagt, nur deswegen, weil aufgrund der nur historisch zu verstehenden Strukturen Kosten und Nutzen in unserem komplexen föderalen System völlig auseinander-

fallen. Das kann man am aktuellen Beispiel Kita-Ausbau sehr deutlich zeigen. Wir haben schon vor Jahren dazu volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analysen erstellt. Und bei vielen Politikern flackern die Eurozeichen in den Augen, wenn man ihnen aufzeigt, dass sich bei der Kosten-Nutzen-Betrachtung des Ausbaus der Kitaplätze ein Return-on-Investment von 1 zu 4 ergibt. Und bei hohen Qualitätsmaßstäben immer noch von 1 zu 2. Also jeder Euro, den man da reinsteckt, generiert eine Wertschöpfung von 2 Euro. Da sagt jeder Betriebswirt: tolle Rendite, möchte ich auch haben. Die einzigen, die das schaffen, sind Apple, aber kein normaler Mittelständler. Das sage ich den Politikern, die klagen, der Kita-Ausbau sei so teuer. Das ist eine Bruttogröße und genau das ist das generelle Problem im sozialen Sektor: Jeder normale Mensch würde zumindest rechnen, was er an Rückflüssen hat aus diesem Investment, was also die Nettokosten einer Investition sind. Und das sieht dann schon ganz anders aus.

Das Problem bei diesem 1 zu 2 ist nur Folgendes: Wenn Sie das aufschlüsseln, müssen Sie feststellen, dass die Hauptkostenträger beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote

für die unter dreijährigen Kinder (und das ist im Feld der Altenarbeit nicht anders) die Kommunen sind. Und es sind an zweiter Stelle die Eltern, von Bundesländern wie Rheinland-Pfalz, wo es eine Beitragsfreiheit gibt, mal abgesehen. Dann kommen die Bundesländer, mit teilweise gehörigem Abstand. Und der Bund beteiligt sich in embryonalem Umfang an der Finanzierung der Kitas. Wer sich aber gar nicht beteiligt an der Finanzierung der Kitas sind die Sozialversicherungen, weil ein Großteil des monetären Nutzens, der aus einem Ausbau der Kitas generiert wird (messbar in Form höherer Steuern und Beitragseinnahmen) in den Kassen der Sozialversicherungen verbucht wird. Die aber sind nicht an der Finanzierung des Systems beteiligt.

Damit komme ich auch schon auf einen Lösungsvorschlag, den man sich auch merken muss für unser Thema heute. Sie können das Problem nur lösen, indem Sie das machen, was beispielsweise in Frankreich mit einer nationalen Familienkasse vorhanden ist: Die nationale Familienkasse ist wie ein großes Girokonto, auf das unterschiedliche Institutionen Geld einzahlen; und dieses Geld wird dann auf die Einrichtungen der kommunalen Ebene ausgeschüttet. Und interessanterweise zahlen in Frankreich ein Drittel der Beiträge die Arbeitgeber in die Familienkasse, weil die Franzosen sehr schnell erkannt haben, dass ein großer Nutznießer des Ausbaus von Krippenbetreuung die Arbeitgeber sind.

Ich bin ein großer Anhänger des Ausbaus. Aber wenn sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag in einer Presseerklärung beschwert, dass die deutschen Kitas die Frechheit haben, nicht nach 18 Uhr und auch am Wochenende nicht geöffnet haben (man denke an die Ladenöffnungszeiten bis 20 Uhr, 22 Uhr, eine Branche, wo fast nur Frauen arbeiten), dann muss ich der Wirtschaft sagen: „Wisst Ihr, wie teuer das ist, diese Öffnungszeiten zu realisieren mit dem Personalschlüssel, den wir gesetzgeberisch brauchen und vorge-schrieben haben? Wenn Ihr das wollt, dann müsst Ihr das bezahlen!“ Die Franzosen greifen das Geld eben über die Beiträge der Arbeitgeber an die Familienkasse ab.

Das nur als Beispiel. Sie werden sehen, ganz am Ende meines Vortrages spielt es wieder für unser Thema eine Rolle.

### **Die Pflegeproblematik wird die eigentliche gesellschaftliche Zeitbombe sein**

In Abbildung 1 sehen sie auch, um das hier abzuschließen: Über die Hälfte dieser Riesensumme von 767 Milliarden des amtlich ausgewiesenen Sozialbudgets entfällt ausschließlich auf die beiden großen Blöcke Renten- und Krankenversiche-

rung. Und deshalb verstehe ich auch, warum sich die Politiker so schwer tun, an diese Blöcke heranzugehen. Aber wenn man irgendetwas verändern will, muss man ökonomisch an diese beiden Blöcke heran, weil alle anderen Maßnahmen unter ferner liefen zu verbuchen sind und keinen wirklich spürbaren Effekt im Gesamtsystem haben.

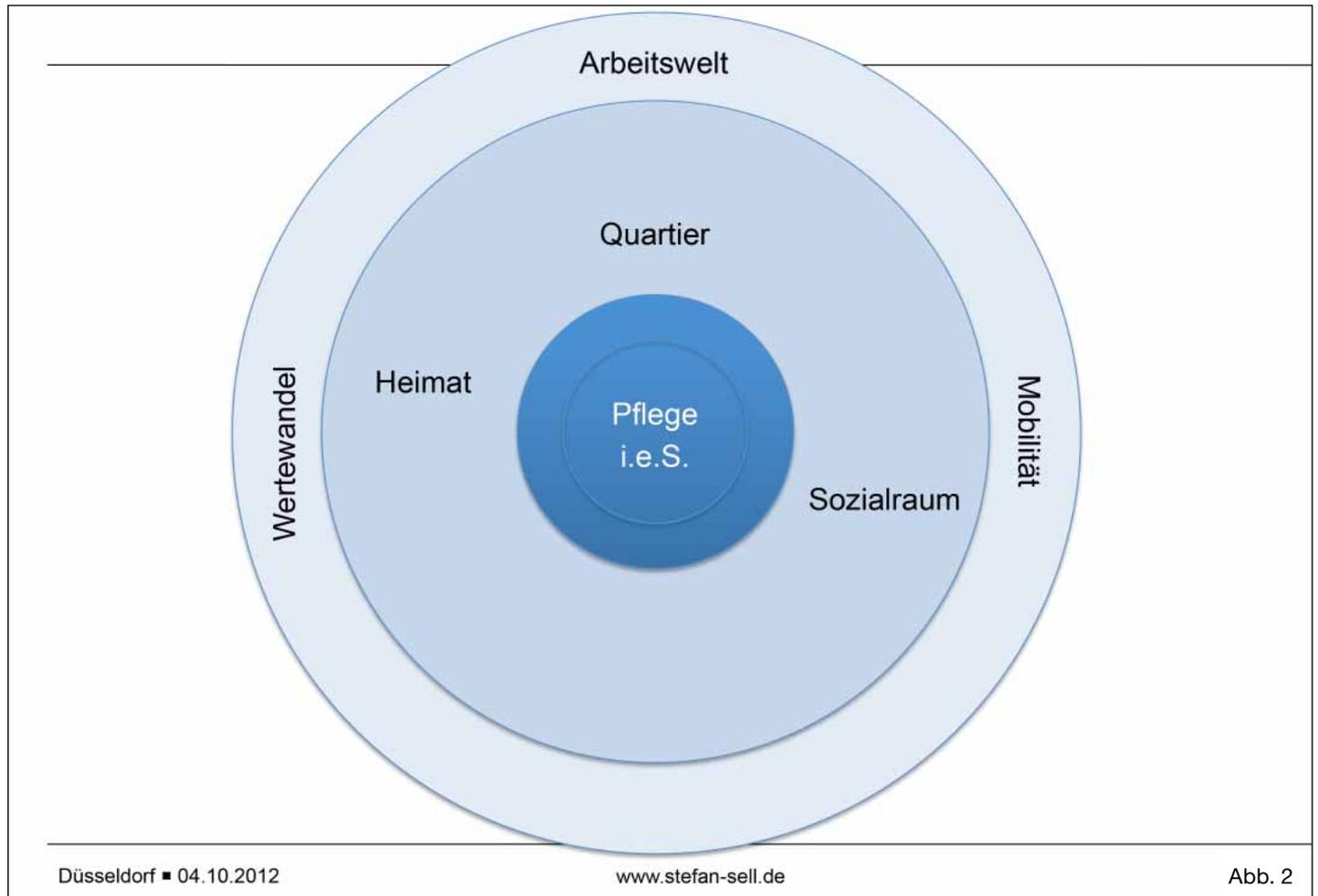
Es wurde heute schon oft gesagt, man müsse wegkommen von der Pflegeorientierung. Das kann man fordern, es ist auch inhaltlich richtig. Aber wir dürfen uns nicht in die Tasche lügen. Ausgangspunkt unserer Überlegungen (Abbildung 2), auch die Altenarbeit, die Quartiersentwicklung als relevantes Handlungsfeld zu bestimmen, ist die Pflegeproblematik. Und ob es ein Bielefelder Modell oder ein Bremer Modell oder andere innovativen Modelle sind, alle beziehen ihre Legitimation (im ökonomischen Sinne) daraus, dass sie versprechen, stationäre Unterbringung zu reduzieren, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder hinauszuzögern. Und wenn ich das berechne, komme ich auf positive Werte. Aber wir dürfen nicht so tun, als rede man nur über die Vermeidung von Pflege, weil vieles daran bei uns allen so angstbesetzt ist. Denn die Pflegeproblematik wird die eigentliche gesellschaftliche Zeitbombe sein.

Aus der Gesundheitsökonomie wissen wir, dass die Schreckensprognosen, die viele Ökonomen zur Gesetzlichen Krankenversicherung gemacht haben („nicht mehr finanzierbar wegen der Alterung“), so schlimm nicht eintreffen werden. Neue Studien zeigen: Im System Krankenversicherung ist der Effekt nicht so stark. Was aber schier unbezahlbar sein wird (unter den bestehenden Verhältnissen), sind die Kosten, die in der Pflege auf uns zukommen. Und nicht nur unbezahlbar – es fehlen einfach die Leute dafür, was das vorhandene Grundproblem gleichsam doppelt.

### **20-Millionen-Programm zur Anwerbung von ausländischen Pflegekräften**

In diesen Tagen erschien in der Welt und in anderen Zeitungen zum Demografiegipfel in Berlin ein Positionspapier der Bundesagentur für Arbeit. Die Bundesagentur für Arbeit hat ja nicht nur medienwirksam 150 Chinesen gefunden, die wahrscheinlich nicht wissen, worauf sie sich einlassen, wenn sie nach Deutschland importiert werden als Altenhilfekräfte. Sondern die Bundesagentur für Arbeit macht mit dem Bundesarbeitsministerium ein 20-Millionen-Programm zur Anwerbung von ausländischen Pflegekräften in China, Indonesien und vor allem (das ist spannend) in Tunesien.

Vor einigen Jahren gab es bei der EU-Kommission in Brüssel eine Task-Force zum demografischen Wandel. Die haben alle



Länder gescannt und gefragt, wo die Fachkräfte herkommen könnten, nicht nur für die Pflege. Die Antwort war: „Osteuropa könnt Ihr vergessen!“ Denn die haben nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein noch schlimmeres demografisches Problem als wir. Und das merken alle, die in Deutschland auf Polen oder andere Menschen aus dem osteuropäischen Raum gesetzt haben, dass deren Zahlen jetzt schon zurückgehen. In Brüssel sind sie am Ende nur zu einem Ergebnis gekommen: Die einzigen Staaten, die für den Nachschub an Arbeitskräften infrage kommen, sind die nordafrikanischen Maghrebstaaten – Tunesien, Algerien, Libyen. Weil in diesen Gesellschaften der Anteil der unter Dreißigjährigen bei 70 Prozent liegt. Es sind extrem junge Gesellschaften – auch ein Grund für die Unruhen, den Umsturz, den es gegeben hat.

Die EU hat damals in ihrem Kommissionsbericht empfohlen, langfristig Assoziierungs- und Beitrittsverhandlungen mit den nordafrikanischen Staaten zu führen. Genau das passiert gerade in Gesprächen nach dem Umsturz. Es wird über Assoziationen gesprochen, auch wenn der normale Bürger davon nichts erfährt.

Das löst vielleicht quantitativ das Problem. Aber es geht hier um Menschen aus einem ganz anderen Kulturkreis, mit anderen normativen Systemen und Werten. Es würde für eine Gesellschaft wie Deutschland sehr konfliktreich werden, den Pflegebedarf für deutsche Omas und Opas mit jungen, kräftigen nordafrikanischen Männern zu decken.

### Der Sozialraum ist ein „Catch-All-Begriff“

Was ich auch andeuten will mit der Abbildung 2: Sie sehen Begriffe wie Quartier, Sozialraum, Heimat. Die sind heute immer wieder selbstverständlich verwendet worden. Ich habe nur drei der möglichen Begrifflichkeiten hier notiert. Hinter jeden könnten Sie ein Fragezeichen setzen, weil ich glaube, dass nur Sie als diejenigen, die fachlich vorbelastet sind, mit den Begriffen etwas anfangen können. Aber fragen Sie mal die Betroffenen, was ein „Sozialraum“ sei. Da denken die ans Sozialamt! Und damit denken sie ja vielleicht auch erstmal gar nicht so falsch. Seien wir ehrlich: Der Sozialraum ist ein „Catch-All-Begriff“ geworden. Und ich will vermeiden, dass der Quartiersbegriff ein ähnliches Schicksal erleidet. Auf

alles wird das Label „Sozialraum“ geklebt. Aber in 80 bis 90 Prozent der Fälle sind Sozialräume nicht wirklich Sozialräume, wie die Betroffenen sie abgrenzen würden, weil die nie jemand gefragt hat. Das ist nur in den elaborierten Untersuchungen der Fall. Das meiste wird in Wirklichkeit sozialplanerisch abgegrenzt – wie es zu unseren versäulten Systemen passt, wenn wir ehrlich sind, oder zu unseren administrativen Einheiten.

Wenn Sie sehen, wie Jugendliche ihren Sozialraum definieren, dann kommen Sie auf ganz andere geografische Zonierungen.

### **Die Städte werden in einem doppelten Sinne zu einem Spekulationsobjekt gemacht**

Dazu kommt ein anderes Problem, das Herr Müntefering dankenswerterweise angesprochen hat: Wir haben ja nicht nur Städte, sondern auch den ländlichen Raum. Wir haben hier ein Paradebeispiel für Ökonomie- und Staatsversagen: In den ländlichen Regionen (ich komme aus Rheinland-Pfalz) wird die Versorgung unserer Dörfer (in der Eifel und im Hunsrück) so schwer werden unter den derzeitigen Strukturen und Bedingungen, dass man ernsthaft darüber reden muss, ob man irgendwann auch Dörfer „zumachen“ muss, auch gegen den Widerstand der letzten 80-Jährigen. Oder ob man neue, sehr teure Infrastrukturen schaffen will.

In den Städten spielt sich etwas ganz anderes ab: ein Doppelschlag gegen Ihr Anliegen, nicht nur in den größeren Städten wie Berlin. Ihr Anliegen setzt nämlich voraus, dass die Menschen in ihrem Quartier bleiben können. Sie sollen dort ihren Lebensabend verbringen können – am besten umgeben von jungen Menschen, die dann auch noch Kinder in die Welt setzen. Wir erleben aber derzeit, dass die Städte zu einem Spekulationsobjekt gemacht werden in einem doppelten Sinne: Durch die Folgewirkungen der Finanzkrise und das Fluten der Wirtschaft mit billigem Geld suchen die, die Geld haben (und das sind viele) verzweifelt nach einer rentierlichen Anlage. Und stürzen sich auf die deutschen Immobilien. Aber sie stürzen sich nicht im Sauerland oder in der Eifel auf die Immobilien, sondern in den Städten. Und das tun sie, weil sie sonst nirgendwo mehr Zinsen bekommen. Die ganzen Fluchtgelder der Griechen und der Spanier werden jetzt in deutsche Immobilien angelegt.

Gleichzeitig erleben wir etwas, das Herr Müntefering auch angesprochen hat – nämlich eine Fluchtbewegung der Senioren, die es sich leisten können, zurück in die Städte. Ich betone: derer, die es sich leisten können. Und überall können

Sie die höchsten Renditen erzielen, wenn Sie seniorengeeignete Wohnungen in innerstädtischen Bezirken kaufen oder bauen lassen, weil sie Ihnen aus den Händen gerissen werden. Aber das sind ganz bestimmte Senioren, die nämlich den Arzt, den Bäcker, den Apotheker vor der Haustür haben wollen. Das verändert die soziale Mischung: Die Stadtsoziologen sprechen nicht umsonst von Gentrifizierung in diesem Prozess, der immer stärker wird durch diese Triebkräfte. Das ist eine schwere Belastung für alle Ansätze, die man hier formuliert. Denn wie wollen Sie hier ein Quartier managen?

### **Die Menschen arbeiten über alle Maßen und haben keine Zeit, sich für kollektive Aktionen zu engagieren**

Die Veränderungen in der Arbeitswelt, der Wertewandel, sind mit zu berücksichtigen, wenn wir über Konzepte, aber auch mögliche Restriktionen für das Gelingen von Quartiersarbeit sprechen (Abbildung 2). Das Perverse ist doch: die, die noch (gut bezahlte) Arbeit haben, haben keine Ressourcen, umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeiten zu leisten, auch wenn sie wollten. Die Menschen arbeiten über alle Maßen. Sie arbeiten heute in einem Job, den früher zwei Leute gemacht haben.

Und die geburtenstarken Jahrgänge, die Herr Müntefering angesprochen hat, sind zwar noch nicht Rentner oder pflegebedürftig. Aber wir (das ist auch meine Kohorte) sind die großen Jahrgänge – wir waren immer überall zu viele. Und was hat unsere Generation geprägt? Es war und ist dieses Motto: Du musst sehen, dass du über die Runden kommst, dich durchschlägst, einen Job ergatterst! Karriere machen, Familie gründen! Meine Jahrgänge kümmern sich enorm um ihre Familien (so lange die halten). Sie geben sehr viel Geld aus für ihre Kinder, investieren Milliarden in deren Förderung. Aber sie haben kaum noch Zeit, sich für kollektive Aktionen zu engagieren, außer für einen kleinen, engen Freundeskreis. Deshalb haben Gewerkschaften Probleme und auch die Kirchen. Das ist eben auch eine Generationenfrage. Und diese Generation sitzt an den Schlüsselstellen, an denen Entscheidungen getroffen werden.

Das Thema Wertewandel ist ein heißes Eisen. Wenn man Niedriglöhne kritisiert, wenn man die zunehmende Radikalisierung im unteren Segment kritisiert, dann frage ich: „Seid Ihr denn in der Gewerkschaft?“ Sind sie nicht. Und wenn man wie bei der Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten einen Organisationsgrad von fünf oder acht Prozent hat, hat auch eine Gewerkschaft keine Chance, etwas zu ändern. Die Leute müssen sich wieder kollektiv organisieren. Das meine ich auch mit Wertewandel.

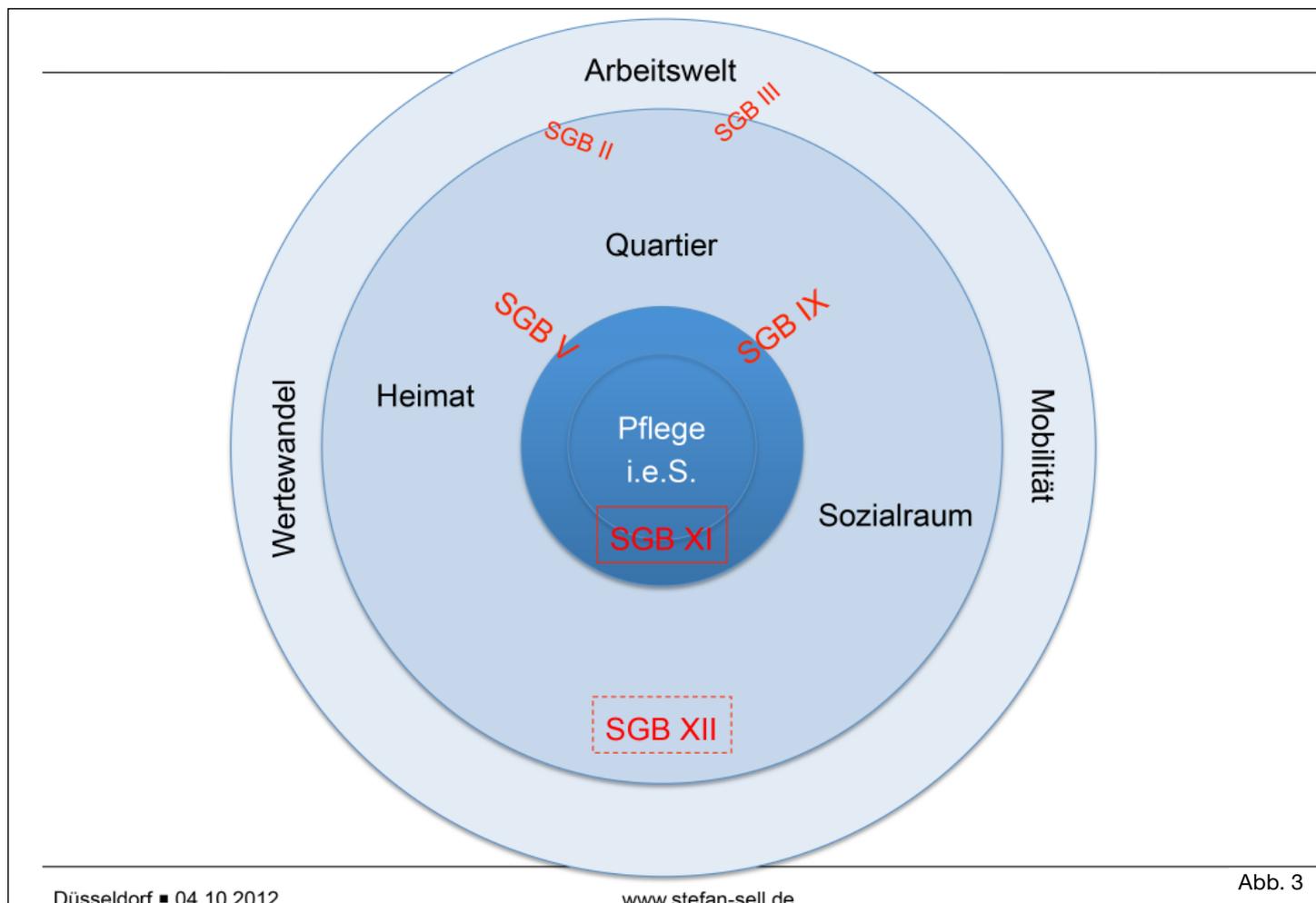
## Entlastung der Kommunen? Der Wettlauf von Hase und Igel

Zurück zur Finanzierungsfrage. Der Pflegebereich im engeren Sinne wird dominiert (manche sagen „erdrückt“) vom SGB XI (Abbildung 3). Historische Fußnote: Die Entstehungsgeschichte der sozialen Pflegeversicherung war eine sozialpolitische Antwort auf etwas, das jetzt wieder im Windschatten der Nicht-Dynamisierung der Pflegeversicherung passiert. Man betrachte nur die ärmeren Haushalte, die in die Pflegeversicherung hineinwachsen. Es war die Antwort darauf, dass die Kommunen zusammenzubrechen drohten unter der im Bundessozialhilfegesetz geregelten kommunalen Finanzierung. Man hat damals lange darüber gestritten, ob man ein bundesfinanziertes Steuergesetz oder eine Beitragsfinanzierung macht; man hat sich für die Pflegeversicherung entschieden. Aber der Ausgangspunkt war das Klagen der Kommunen über die nicht mehr leistbare Finanzierung über die kommunale Sozialhilfe.

Nach der Atempause des Erfolgs am Anfang der Pflegeversicherung sehen wir jetzt an den Zahlen, dass man die Kommunen zwar entlasten kann bei der Grundsicherung für Ältere. Aber die Kosten für Hilfe zur Pflege werden all diese Entlastungen wieder auffressen.

Wobei ich an dieser Stelle erwähnen muss, dass die so genannte Entlastung von vier Milliarden durch den Bund im Bereich der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsunfähige ein Taschenspielertrick ist. Die hat er nämlich vorher bei der Arbeitsförderung im Hartz IV-System gekürzt und gibt sie den Kommunen jetzt wieder als Entlastung. Jetzt verhandeln sie bei der Eingliederungshilfe wieder eine Mischfinanzierung. Das ist ein bisschen wie der Wettlauf von Hase und Igel.

Natürlich muss man über das SGB XI reden, aber für den Sozialraum relevant (Abbildung 3) sind auch die anderen Sozialgesetzbücher. Für den klassischen altenhilfepolitischen Ansatz ist das SGB XII prioritär. Ich habe in der Folie nicht



umsonst eine Flatterlinie darum gemacht. Denn das SGB XI ist wenigstens ein stabiler Anker im Pflegesystem – das SGB XII aber ist ein „Flatterding“ für das Handlungsfeld Quartier, Sozialraum.

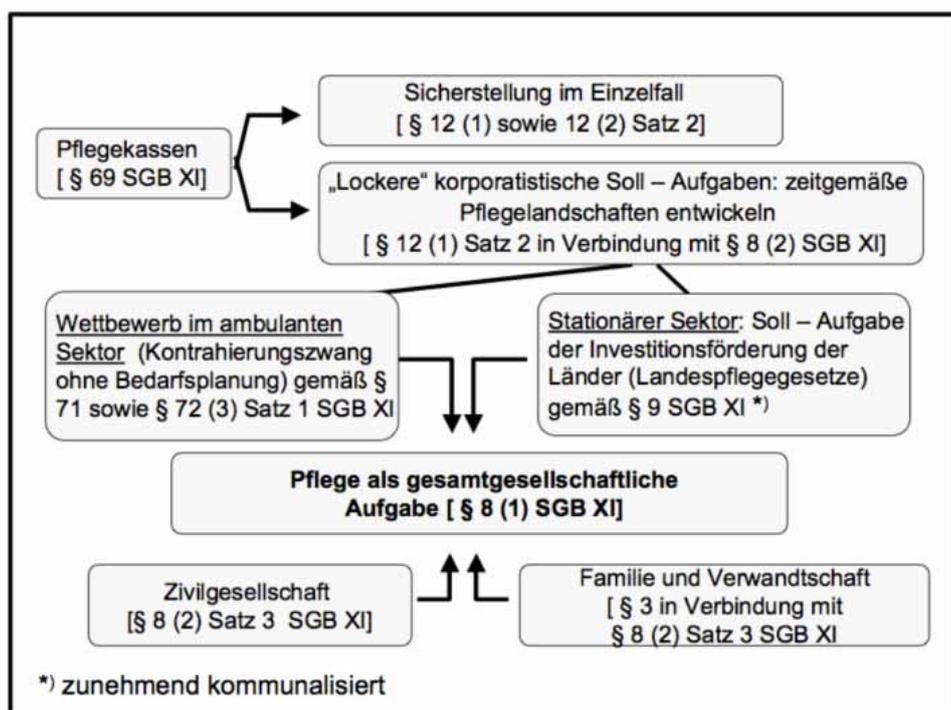
Ich will Ihnen Folgendes damit zeigen: Das SGB XI hat Wirkung – stationär und ambulant. Das sind Säulen, die finanziert werden, fast ausschließlich aus diesem System, plus der Anteile der Betroffenen. Aber es gibt zwei große Probleme: Warum haben wir noch kein Pflegebedürftigkeitsgesetz? Das haben wir nicht deswegen nicht, weil es keinen Pflegebedürftigkeitsbegriff gibt, sondern weil jeder in Berlin weiß (gleich welcher politischen Couleur), dass ein Pflegebedürftigkeitsbegriff, der halbwegs der Realität der Pflegebedürftigkeit nahe kommt, mehr Kosten zur Folge hätte. Deshalb braucht man auch keine Beiräte oder weiteren Studien, sondern muss sagen, ob man das politisch will oder nicht. Aber schon im engeren Pflegebereich haben wir das Problem, dass bei dem, was Quartiere brauchen, nämlich Mischformen zwi-

schen ambulant und stationär, es dort nichts gibt. Weil die Finanzierungsströme nicht passen zu dem, was dazwischen liegen würde. Wir haben keine Strukturmuster im SGB XII. Sie können gut verhandeln über stationäre Einrichtungen. Sie können mit den ambulanten Pflegediensten verhandeln. Aber für alle Zwischenformen – auch in anderen Bereichen – haben wir keine Stellschrauben. Weil es nicht vorgesehen war und weil es betriebswirtschaftlich schwierig zu kalkulieren ist.

### Für Zwischenformen haben wir keine Stellschrauben

Pflegende Angehörige haben eine dreimal so hohe eigene Pflegewahrscheinlichkeit wie nicht-pflegende Angehörige. Das ist der Preis, den sie auch noch zahlen müssen neben der ganzen Belastung während des Pflegeprozesses. Wenn man sie jetzt durch teilstationäre Angebote entlastet, dann weiß doch jeder Betriebswirt, dass diese Einrichtungen allein

## Versorgungssicherstellung und Steuerungskomplexität (nur) im SGB XI-Feld



Quelle der Abbildung: Schulz-Nieswandt (2005)

von der Stückkostenbetrachtung her immer deutlich teurer sein müssen, als wenn sie die Menschen in ein großes Heim bekommen, das sie standardisieren können. Weil die Menschen teilstationäre Einrichtungen ja nur zwei oder vier Wochen in Anspruch nehmen. Oder wenn Sie eine plötzliche Hilfe über Nacht brauchen, dann müssen Leute, die vielleicht mal zehn Nächte nichts zu tun haben und entsprechende Plätze, die mit teilweise erheblichen Leerkosten verbunden sind, vorgehalten werden. Das ist teurer.

Was ich Ihnen mit Abbildung 4 nur am Beispiel des SGB-XI-Feldes zeigen will: Sie wollen etwas, das schon in dem stark normierten Bereich des SGB XI nicht funktioniert. Der Gesetzgeber hat gesagt: Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und spricht sogar im § 8 die „Zivilgesellschaft“ an; und in den § 3 und § 8 die Familie und Verwandtschaft. Aber er regelt (bei den Pflegekassen) zunächst die harte Sicherstellung im Einzelfall für den Pflegebedürftigen. Dann wird es schon schwieriger.

Im § 12 finden Sie lockere, korporatistische Soll-Aufgaben: Die Pflegekassen „sollen zeitgemäße Pflegelandschaften entwickeln“. Auch jeder Nicht-Jurist, der ein bisschen von Sozialpolitik versteht, weiß, wenn Soll-Vorschriften ins Spiel kommen, ist Vorsicht geboten! Das geht nicht gut. Und auch wenn es gutgehen würde bei den Soll-Vorschriften, sehen wir auf der anderen Seite im ambulanten Sektor Wettbewerb. Es gibt nämlich als politische Entscheidung (§ 71 und § 72) Kontrahierungszwang ohne Bedarfsplanung im ambulanten Bereich. Das wurde damals als wegweisende Entscheidung gefeiert – „freier“ Markt (frei in Anführungsstrichen). Und es hemmt jetzt natürlich die Planungsmöglichkeiten, wenn ich Kontrahierungszwang ohne Bedarfszulassung habe.

Und im stationären Sektor hatten wir als Soll-Aufgabe am Anfang die Investitionskostenförderung der Länder. Sie wissen alle, was passiert: Die Länder sind ihren Aufgaben nicht nachgekommen, konnten, wollten ihren Aufgaben nicht nachkommen. Dann hat man es teilweise kommunalisiert,

## Ein wunderschöner Paragraf, wenn da nicht das „soll“ wäre ...

### § 71 SGB XII Altenhilfe

(1) Alten Menschen soll außer den Leistungen nach den übrigen Bestimmungen dieses Buches Altenhilfe gewährt werden. Die Altenhilfe soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

(2) Als Leistungen der Altenhilfe kommen insbesondere in Betracht:

1. Leistungen zu einer Betätigung und zum gesellschaftlichen Engagement, wenn sie vom alten Menschen gewünscht wird,
2. Leistungen bei der Beschaffung und zur Erhaltung einer Wohnung, die den Bedürfnissen des alten Menschen entspricht,
3. Beratung und Unterstützung in allen Fragen der Aufnahme in eine Einrichtung, die der Betreuung alter Menschen dient, insbesondere bei der Beschaffung eines geeigneten Heimplatzes,
4. Beratung und Unterstützung in allen Fragen der Inanspruchnahme altersgerechter Dienste,
5. Leistungen zum Besuch von Veranstaltungen oder Einrichtungen, die der Geselligkeit, der Unterhaltung, der Bildung oder den kulturellen Bedürfnissen alter Menschen dienen,
6. Leistungen, die alten Menschen die Verbindung mit nahe stehenden Personen ermöglichen.

(3) Leistungen nach Absatz 1 sollen auch erbracht werden, wenn sie der Vorbereitung auf das Alter dienen.

(4) Altenhilfe soll ohne Rücksicht auf vorhandenes Einkommen oder Vermögen geleistet werden, soweit im Einzelfall Beratung und Unterstützung erforderlich sind.

hat es jetzt heruntergefahren – und heute haben wir Wildwuchs. Kommunalisierte Systeme sind nicht in sich rational – sie sind auch in sich konfliktär. Ein Kreis wird durch die Umlagefinanzierung, auf die er angewiesen ist, als Kreis ein Interesse daran haben, stationäre Unterbringung zu vermeiden, um den Heimsogeffekt zu verhindern. Den Heimsogeffekt kann man sehr gut sehen an dem Kreis, in dem ich wohne – Bad Neuenahr-Ahrweiler. Da ziehen viele Ältere hin, weil es so schön ist, wir gute Weine haben – und nicht alle können selber für die Pflege aufkommen, wenn sie alt werden. Aber eine Stadt hat möglicherweise überhaupt kein Interesse, das zu verhindern, weil Arbeitsplätze geschaffen werden, Gelder fließen. Warum soll also die Stadt das gleiche Interesse haben wie der Landkreis? Auch die kommunale Ebene ist in sich nicht eindeutig, denn es gibt oftmals keine Zielkomplementarität.

### **Vorsicht: Soll-Vorschrift**

Nun kann man beim Thema Quartiersmanagement sagen, das SGB XII sei zuständig. Das Schöne ist auch hier wieder: Es gibt schon alles im Gesetz. Es gibt den Paragraphen § 71 SGB XII, das ist ein schöner Paragraph! Denn da steht alles drin, was wir bräuchten, um diese vielen kleinen Leuchtturmprojekte zu einem System zusammenzubinden. (Abbildung 5) Wenn dieses „Soll“ nicht wäre!

Da ist es wieder! Und es bedeutet: Düsseldorf vielleicht, Gelsenkirchen bestimmt nicht – und auf dem Land haben sie nicht einmal eine Loseblattsammlung von der relevanten Kommentierung gesetzlicher Bestimmungen.

Wenn wir über Kommunalisierung reden (und auch ich bin eine großer Fan davon), muss man die große Schattenseite sehen: Immer dann, wenn wir uns in dem „soll, könnte, dürfte, müsste“ bewegen, finden Sie von Alpha bis Omega alle kommunalen Varianten: Sie haben tolle Kommunen und sie haben hundsmiserable Umsetzungen.

Wir haben in unserem Institut für das Bundesfamilienministerium eine Studie gemacht über die Vergütung in der Kindertagespflege und alle Kommunen in Deutschland befragt. Es steht im SGB VIII, dass Kindertagespflegepersonen die Sozialversicherungsbeiträge hälftig erstattet bekommen! Herausgekommen bei der Studie aber ist: Es gibt tatsächlich Kommunen, die weigern sich einfach, die sagen: „Machen wir

nicht, haben wir noch nie gemacht“. Das haben die uns sogar am Telefon gesagt. Darunter waren recht viele in Ostdeutschland, die auch die Rechtslage nicht interessiert hat. Das ist das Problem bei diesem § 71: Wir haben die Hülle, aber bei allen Konzepten, die Sie machen, müssten Sie darauf drängen, den Paragraphen in der Substanz zu verändern. Sonst wird sich nur partiell etwas tun.

### **Welche Lösungen gibt es jetzt schon?**

Wir haben verschiedene Lösungsvorschläge. Zum Beispiel den des SONG<sup>10</sup>-Netzwerks. Deren durchaus umstrittene Überlegungen zur Reform in diesem Bereich gehen kurz- und mittelfristig in die Richtung, die auch das Diakonie-Papier zur Finanzierung<sup>11</sup> vorschlägt.

Zum Beispiel die „Ergänzung von Pflegefachleistungen um Leistungen der sozialen Begleitung und Teilhabe, Aufhebung der Unterscheidung ambulant und stationär, gleiche Leistungen für pflegebedürftige Menschen unabhängig vom Wohn- und Lebensort, Unterstützung der Kommunen beim Aufbau einer Unterstützungs- und Vernetzungsstruktur, Absicherung dieser Gemeinwesenarbeit durch gesetzliche Regelungen und Finanzierungen, effizienter Mitteleinsatz durch Reduzierung von Mehrfachzuständigkeiten und Abstimmungsaufwand unter anderem durch stärkere pflegepolitische Zuständigkeit der Kommunen.“ Ganz wichtig: „Verbesserung der Steuerungsinstrumente im Landespflege- und Bauplanungsrecht, unter anderem Einführung einer verbindlichen Verträglichkeitsprüfung für die Errichtung neuer Pflegeheime.“ Klingt super.

Und mittelfristig schlagen sie etwas vor, was schon lange überfällig ist: Die Zusammenlegung von Pflege- und Krankenkassen für den medizinisch-pflegerischen Bereich. Führen Sie sich die Absurditäten im Versorgungsalltag einfach vor Augen – allein an der Schnittstelle zwischen GKV und Pflegeversicherung. Und setzen Sie das in Verbindung zum Beispiel mit dem steigenden Anteil multimorbider Menschen, die durch den durch Fallpauschalen im Krankenhaus gesetzten Trend zur „blutigen Entlassung“ danach versorgt werden müssen. Die kommen dann wieder hinein in ihr Quartier, völlig hilflos. Da bräuchten sie Pflegekräfte, die nicht nur radebrechend Deutsch sprechen, sondern die in Behandlungspflege auf dem höchsten Stand ausgebildet sind. Weil sie nämlich mit immer akuterem, medizinisch schwierigeren Pflegesituationen

10 <http://www.netzwerk-song.de/>

11 Diakonie Texte 09.2011, Red.

## Was es schon an Lösungsvorschlägen gibt II: Diakonie (2011)

- **nachhaltige und dauerhafte Finanzierung** → Hinweis auf die Ersparnisse der öffentlichen Hand beispielsweise durch das Hinauszögern der Pflegebedürftigkeit
- **Finanzierungsmix**

→ **„Basisbudget“** → fester Haushaltstitel in den Kommunen für die gemeinwesenorientierte Altenarbeit



- Vorschlag zur Höhe des „Basisbudgets“: z.B. 23 Euro pro Jahr pro Bürger > 60 Jahre
- generationenübergreifende Nutzbarkeit aller Aktivitäten und Angebote der Kommune
- Verstetigung der Innovationsprogramme der Bundesebene
- **SGB XI: ein quartiersbezogener, fallunspezifischer und fallübergreifender Präventionsaufschlag** bei pflegesatzverhandelnden Einrichtungen

Abb. 6

## Was es schon an Lösungsvorschlägen gibt II: Diakonie (2011)

- **SGB III/II** → Nutzung der **öffentlich geförderten Beschäftigung**
  - „Bürgerarbeit“ → nach der neuen Rechtslage: vor allem der **§ 16e SGB II neu: „Förderung von Arbeitsverhältnissen“** → aufstockende Finanzierung durch die Kommune
- **SGB V** → Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsvorsorge im Gemeinwesen
- **Kirche und Diakonie selbst** → Kompetenznetzwerke, Öffnung der kirchlicher und diakonischer Einrichtungen in das Gemeinwesen hinein, Innovationsbudgets
- **Eigenbeteiligung der Senioren**

konfrontiert sind. Darauf ist unser ganzes System noch nicht vorbereitet.

Und dann schaffen wir noch zusätzliche Hürden, weil die Kassen untereinander prüfen, ob das denn noch Behandlungspflege ist; wenn jemand so alt und gebrechlich ist, dann „gehört“ er in der Logik der Pflegekasse. Die Zusammenlegung ist eine wichtige Forderung – ebenso wie die Neuordnung der Zuständigkeiten an den Grenzen Eingliederungshilfe/Hilfe zur Pflege/Sozialversicherungsleistung, Bündelung auf lokaler Ebene – gute, wichtige Vorschläge.

### **In dieser Gesellschaft zählt nur das, was in Euro ausgedrückt werden kann.**

Ich habe auch versucht die Vorschläge der Diakonie zusammenzufassen (Abbildung 6 und 7). Hier haben wir neben der wichtigen Forderung nach der nachhaltigen und dauerhaften Finanzierung Hinweise auf die Einsparungen der öffentlichen

Hand – beispielsweise durch das Hinauszögern der Pflegebedürftigkeit.

Auch wenn ich mich wiederhole – ich habe das selbe Problem kürzlich bei einer Veranstaltung der SKG NRW zum Thema Präventionspolitik angesprochen: Unser zentrales Problem ist, dass wir zu wenig bis gar keine berechneten Befunde über die behaupteten Entlastungen haben. Das liegt auch daran, dass die Wohlfahrtsverbände es bis heute (obwohl ich sie nachweisbar seit Jahren darauf hinweise) nicht geregelt bekommen, an dieser Stelle eine strategische Allianz zu bilden. Sie könnten mit unseren Ressourcen eine Forschungskompetenz aufbauen, was einen Social-return-on-investment angeht, was Kosten-Nutzen-Analysen angeht. Sie wissen doch alle: In diesem Land, in dieser Gesellschaft zählt nur das, was in Euro ausgedrückt werden kann. Wenn Sie nur sagen, die Oma sei glücklicher bei dem, was Sie tun, dann findet das zwar jeder toll, aber es hat keinen Effekt. Sie brauchen Daten, um die Arbeit zu rechtfertigen. Darum ist

## **Zusammenfassung und Ausblick**

→ **Sockelfinanzierung** für die gemeinwesenbezogene Altenarbeit

+

→ **Muss-Vorschrift** für die Kommunen

= Regelfinanzierung und Flächendeckung

*parallel:  
Kosten-Nutzen-Analyse  
und SROI-Ansatz*

→ **„Pool-Finanzierungsmodell“** für die kommunale Ebene

→ „populationsbezogene Finanzierung“ über eine **Kopfpauschale**

es wichtig, dass wir dort eine eigene Säule aufbauen – der begleitenden Berechnung dieser Effekte. Das Basisbudget, das in Ihrem Papier entwickelt wurde, ist ja richtig: fester Haushaltstitel in den Kommunen für die gemeinwesenorientierte Altenarbeit. Die dafür vorgeschlagenen 23 Euro pro Jahr pro Bürger aber habe ich in der Vorbereitung durchkalkuliert – und sage Ihnen: Machen Sie es doch so wie die Ärzte! Steigen Sie doch mit 60 Euro ein! Sie sind einfach zu ehrlich. Von den Ärzten lernen heißt siegen lernen.

### **Generationenübergreifende Nutzbarkeit aller Aktivitäten und Angebote der Kommune**

Dann kommt ein wichtiger Punkt, der heute noch gar nicht genannt wurde: die generationenübergreifende Nutzbarkeit aller Aktivitäten und Angebote der Kommune. Da sind wir wieder bei der „Menschenpolitik“. In Baden-Württemberg (finanziell besser ausgestattet) haben sie Modelle entwickeln müssen für den Kita-Ausbau. Mein Rat war: Macht euch klar, dass die Kinderzahlen nicht weiter steigen werden und baut so, dass Ihr in zehn Jahren umwidmen könnt. Am besten demenzgerecht bauen, teilstationäre Strukturen für unsere älteren Menschen als eine logische Folgenutzungsoption.

Aber wenn Sie sich bundesweit den Neubauwahn ansehen, dann achtet außer in ein paar innovativen Kommunen keiner darauf. Das wird sich bitter rächen, und ist außerdem eine Ressourcenverschwendung. Wir könnten jetzt Angebote für unsere Kleinen bauen, die wir in zehn, fünfzehn Jahren als teilstationäre Infrastruktur für unsere Älteren im Quartier zur Verfügung hätten. Wenn man eine längerfristige Planungs- und Finanzierungsgrundlage hätte.

Der Präventionsaufschlag für Pflegesatzverhandlungen nach dem SGB XI ist ein richtiger Ansatz. Aber vergessen Sie nicht das SGB II und das SGB III: Nutzung der öffentlich geförderten Beschäftigung. Das ist eines meiner Lieblingsthemen. Wir diskutieren seit Jahren eine richtige Reform der öffentlich geförderten Beschäftigung. Das, was jetzt passiert, Bürgerarbeit und Ähnliches, ist einfach eine Zumutung. Wir haben aber einen Kernbereich: den neuen § 16e SGB II, Förderung von Arbeitsverhältnissen, der den alten Beschäftigungszuschuss abgelöst hat. Das ist ein Punkt, den man für Gemeinwesenarbeit nutzen könnte. Denn diese Förderung von Arbeitsverhältnissen bedeutet im Prinzip einen Lohnkostenzuschuss. Bis zu 75 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Lohnkosten können übernommen werden, der Rest muss anders erwirtschaftet werden. Das dieses Instrument kaum zum Einsatz kommt, liegt einfach daran, dass die Mittel auf zehn Pro-

zent des Eingliederungstitels begrenzt sind. Damit hat das Bundesarbeitsministerium das wieder abgetötet. Die schreiben etwas ins Gesetz und killen es dann über die Etatvorschriften wieder. Aber das Instrument ist da. Und die Quartiersarbeit bräuchte dringend eine Form der öffentlich geförderten Beschäftigung für viele Teil-Tätigkeiten, die notwendig sind, um die Lebensqualität zu verbessern. Das macht Sinn – und deshalb ist es gut, dass es in Ihrem Papier enthalten ist (Abbildung 8).

### **Lasst uns doch die Mittel in einem Pool bündeln**

Mein Schlussplädoyer lautet: Lasst uns einsteigen mit einer Sockelfinanzierung für die gemeinwesenbezogene Altenarbeit (Abbildung 8). Aber das Ganze macht keinen Sinn, wenn Sie nicht gleichzeitig eine verbindliche Muss-Vorschrift für die Kommunen zur Umsetzung dieser Arbeit in Ihre Papiere hineinschreiben. Sie können den Kommunen keine Sockelfinanzierung geben. Einige Kommunen schaffen es ohne den Tatbestand einer Mittelbindung, die Sockelfinanzierung umzuwidmen für Straßenbau! Diese Art der Finanzierung müssen Sie also mit einer gesetzlichen Verpflichtung und Indienstnahme der Kommune versehen. Denn es muss uns darum gehen, nicht nur in Düsseldorf oder in einigen Leuchttürmen Gemeinwesenarbeit hinzubekommen. Sondern es muss flächendeckend und nachhaltig sein.

Sie sehen hier einen Strich (in der Mitte der Abbildung 8): Mein weiterführender, radikalerer Ansatz ist ein Pool-Finanzierungsmodells für die kommunale Ebene. Wenn man die Aufgabe der Daseinsvorsorge nicht nur auf die Pflege im engeren Sinne beschränkt, dann muss man, wenn man kommunalisiert, konsequent ein Pool-Finanzierungsmodell einrichten, ohne die bestehenden versäulten Strukturen aufgeben zu müssen. Denn dafür bräuchte man Jahre, um das in unserem föderalen System hinzubekommen.

Also lasst uns die Mittel bündeln in einem Pool. Die GesundheitsökonomInnen würden dafür eine populationsbezogene Finanzierung über eine Kopfpauschale vorschlagen. Holländer und andere machen das auch. Man gibt der Kommune eine Kopfpauschale – fängt zum Beispiel in der Altenarbeit damit an – und macht eine Win-Win-Situation daraus. Denn man muss immer einen ökonomischen Anreiz schaffen: Wenn die Kommune gut ist, innovativ ist, wirtschaftlich ist, kann sie einen Teil dieser Pauschale behalten und für andere Sachen verwenden. Und die Pflegekassen würden sich eine Menge Administrationsaufwand sparen können durch ein solches Pool-Modell. Man muss nur einmal wirklich über den Wasser-

graben springen. Denn es erfordert von den Institutionen, die alle ihre rationalen Eigeninteressen haben, eine gewaltige Distanzierung von ihrem bisherigen Verhalten.

Darum habe ich darunter einen Strich gezogen, den ziehe ich nun auch und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

\* Transkribierter Vortrag eines Audiomitschnitts. Soweit möglich, wurde der Charakter der freien Rede beibehalten.



Prof. Dr. Stefan Sell  
Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der Fachhochschule Koblenz

Foto: Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Christian Carls

# Handlungsbedarfe aus der Praxis für die Praxis: Qualitätsorientierung – Netzwerkbildung – neue Kooperationen

Monika Stadtmüller

## Altenarbeit in Hannover

Ich wurde gebeten einige Gedanken aus der Praxis, aus der Stadt Hannover zu dem Thema dieser Berliner Tagung hier vorzutragen. Ich wurde aber auch ermutigt, quer zu denken.

### Hannover und seine Alten

In Hannover leben etwas mehr als 129 000 Bürgerinnen und Bürger im Alter zwischen 60 Jahren und 110 Jahren: 50 Jahre Geschichte: keine andere Altersgruppe wird über solch eine Zeitspanne definiert, kein Politiker käme auf die Idee 19- und 69-Jährige als eine Gruppe zu sehen. Und wir werden mehr, auch das ist bekannt.

Und in dieser Gruppe der Senioren leben:

- sehr reiche Menschen und sehr arme
- Menschen mit guter sozialer Einbindung und sehr Einsame
- körperlich fitte Bürger und Menschen mit sehr großen Handicaps
- Menschen, die zu Hause gepflegt werden, und Menschen, die in stationären Einrichtungen leben
- alte Lesben und Schwule
- Menschen mit Familienbindung und Singles
- Menschen mit Migrationshintergrund aus etwa 150 Ländern
- Menschen, für die eine lebenslange Bildung selbstverständlich ist und welche, die nicht lesen und schreiben können
- Menschen mit Alkohol- und Drogenproblemen
- Unpolitische und politisch sehr engagiert agierende Menschen
- Menschen in Seniorenresidenzen und welche, die auch im Alter auf der Straße leben

- Menschen, denen die technische Entwicklung von der Schiefertafel zum iPad leicht gefallen ist, und welche, die hilflos vor jedem Automaten stehen

Diese Beispiele zeigen Ihnen, wie bunt und vielschichtig auch die Generation der Senioren ist. Es zeigt aber auch, dass bürgerliches Engagement in einer Kommune vielfältig sein muss und anpassungsfähig.

Aber eines ist natürlich auch klar, all diese Senioren wohnen nicht in einem Stadtteil, sondern jeder der 13 Stadtteile hat seine sehr individuelle Prägung, die sich natürlich auch auf alle anderen Faktoren des Zusammenlebens im Quartier auswirken.

### Hannover – eine Stadt der Seeligen! Teil 1

Und in dieser Stadt gibt es seit 35 Jahren von der Stadtpolitik gewollte und auch gelebte Seniorenarbeit und es sind schon viele Strukturen geschaffen worden:

In Hannover

- werden seit 2003 Seniorenpläne erstellt und umgesetzt
- sind Netzwerke in den einzelnen Stadtteilen etabliert worden gibt es Stadtteilmanager und Seniorenbüros und seit dem letzten Sonnabend Familienkonferenzen
- gibt es Pflegestützpunkte

Hannover arbeitet an Sportentwicklungsplänen, hat ein Netzwerk zum Ausbau als demenzfreundliche Stadt etabliert und das Thema Inklusion wird als Querschnittsthema für alle Generationen verstanden.

Auch hier ließe sich die Liste der bereits durch die Kommune installierten Strukturen erweitern.

## **Hannover – eine Stadt der Seeligen! Teil 2**

Daneben gibt es unendlich viele Angebote für die benannte Altersgruppe, persönlich kennengelernt habe ich bisher:

- Seniorenbüros
- den Seniorenclub der Stadtwerke Hannover
- Seniorentreffpunkte der GBH
- 60 plus Nachmittage der SPD
- den Seniorennachmittag des SoVD
- den Seniorenclub von ver.di
- einen Seniorenclub eines Stadtteiles
- Seniorentreffen des Spar- und Bauvereins Hannover
- den Alternachmittag einer Kirchengemeinde
- das Altentreffen der AWO
- die Alternachmittage in stationären Einrichtungen
- private ebenso wie caritative Alternachmittage der jüdischen Gemeinde
- Info-Veranstaltungen zum Thema stationäre Pflege
- sechs unterschiedliche Wohnprojekte für ältere Menschen in Hannover

Diese Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig, zeigt aber das überwiegende Angebot für Senioren auf, vielleicht etwas überspitzt. Teilweise wird dies von Senioren für Senioren organisiert, teilweise sind es hauptamtliche jüngere Kräfte, die die Veranstaltungen leiten.

Also sind die Strukturen in Hannover schon so aufgestellt, dass diese Stadt als Vorbild genommen werden kann und ist dort der § 71 SGB XII umgesetzt und schon verwirklicht?

Das leidige Thema: Theorie und Praxis oder der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach.

Ich möchte Ihnen einige Problemanzeigen wiedergeben, die ich bei meinen Besuchen beobachtet habe:

1. Die Netzwerke werden noch nicht für die bessere Kooperation und Vernetzung in den Stadtteilen genutzt, „die Akteure“ öffnen ihren Claim noch nicht wirklich.
2. Die Differenzierung, auch durch die Gesetzgebung (SGB V; SGB XI; SGB XII), nach Jung und Alt, nach Gesund und Krank ist kontraproduktiv für ein übergreifendes Konzept im Zusammenleben in einem Stadtteil.
3. Generationsübergreifende Projekte finden außerhalb der Netzwerke statt.
4. Angebot und quartiersbezogene Anforderungen sind nicht immer kompatibel.
5. Viele der ehrenamtlichen Gruppenleiter der kirchlichen, caritativen Einrichtungen oder auch der Gewerkschaften sind Mitte 70 und älter, viele dieser Leiter geben Nachwuchsprobleme an. Jüngere Senioren habe ich sehr selten in diesen Gruppen vorgefunden, außer als „Konsumenten“.
6. Senioren, aus der Gruppe der gut gebildeten, gut situierten Bevölkerungsschicht, spenden Geld. In den Stadtteil-Netzwerken sind sie nur selten zu finden, Arbeit und Verantwortung möchten sie schon gar nicht übernehmen.
7. Freiwilliges Engagement in der Altenarbeit verbinden viele Bürger noch mit „Kaffeetrinken und vielleicht ein bisschen Klönen“.
8. Es gibt sehr viele parallele Beratungsangebote, die die Bürger entweder verwirren, oder ihnen nicht bekannt sind.
9. Es gibt viele Initiativen für besondere Gruppen, oft nicht angebunden an das Gemeinwesen.
10. Engagement ist nicht gleich Engagement: Aufwandsentschädigung, Fahrkarte, ein bisschen Geld oder gar nichts: undurchsichtig für den Laien.
11. Angebote, die sich auf die Probleme eines Miteinanders im Stadtteil bezogen, habe ich nur sehr bedingt gefunden.
12. Es bestehen nach wie vor in einer breiten Bevölkerungsgruppe Unkenntnis und Vorurteile zum Thema bürgerschaftliches Engagement.

## **Fazit 1: Es gibt vielfältiges bürgerschaftliches Engagement**

Bitte verstehen Sie meine Kritik hier und heute nicht so, dass es kein positives bürgerliches Engagement gibt, es gibt viele, viele Beispiele. Die erwähne ich gerne und oft, aber in anderen Zusammenhängen.

Gemeinwesenarbeit ist politisch notwendig, um die genannten Probleme schultern zu können und um allen Bürgern und Bürgerinnen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben in ihrem Quartier gewährleisten zu können. Dies wünschen sich bis zu 95 Prozent der Senioren bei einer Umfrage.

## **Fazit 2: Die Finanzierung ist ein Problem**

Den Punkt „verlässliche Finanzierung“ kann ich nicht wirklich professionell beantworten und auch keine Vorschläge mit Hand und Fuß dazu machen. Natürlich machen mir die Renten-Hochrechnungen für die nächsten Generationen Angst. Ich streite mich als Vertreterin der Senioren auch gerne mit den Politikern um das Thema „bezahlbarer“ Wohnraum, der von diesen immer als ein Thema von heutigen Alten gesehen wird und nicht als ein generationsübergreifendes Thema.

Als Diplom-Kauffrau weiß ich natürlich, dass Angebote im „Gießkannen-Verfahren“ unnötige Ressourcen verbrauchen und meist auch wenig effektiv sind.

## **Fazit 3: Handlungsbedarfe**

Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements können nur „kundenorientiert“ in den Stadtteilen, Quartieren, geschaffen werden. Die Angebote müssen auf die Bürger des entsprechenden Stadtteiles ausgerichtet werden. Ist-Analysen von Angeboten im Quartier sollten stets aktualisiert vorliegen, um Doppelangebote zu verhindern.

Eine Kooperation zwischen den Anbietern ist absolut zwingend, Parallelangebote vergeuden Ressourcen und verwirren die Nutzer.

Die Stadtteil-Netzwerke müssen „generationsübergreifend“ aufgebaut werden, damit alle davon profitieren und lernen, dass bürgerliches Engagement für jeden lohnend ist.

Es muss sich auch bei den Politikern herumsprechen, dass altengerechte Quartiersanpassungen, Wohnungen und Beratungsangebote aktuell dringend notwendig sind, aber auch sinnvoll für nächste Generationen sind im Sinne von Nachhaltigkeit.

Das Wissen und die Kompetenz der älteren Bürger sollten und dürfen im Interesse der vielen Aufgaben, die anstehen, nicht weiter brachliegen.

Das Interesse an Ehrenamtsarbeit und bürgerlichen Engagement ist keine automatische Zugabe zur Rente, sondern es muss schon viel früher in die Herzen der Bürger gepflanzt werden.

Nur wenn Jung und Alt sich wieder gegenseitig unterstützen, voneinander lernen, sich gegenseitig respektieren und achten, können die immensen Aufgaben der Zukunft gerecht gemeistert werden.

Professionelle Strukturen (Räume, Sachmittel, aber auch Koordinatoren) sollten durch die Kommune finanziert werden und stets gewährleistet sein.

Querfinanzierungen zwischen unterschiedlichen Partnern müssen möglich sein!

Es muss noch besser gelingen, „Experten“ für ein bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen, denn diese kennen Möglichkeiten und Schwachstellen und können mit diesem Expertenwissen effizienter, aber auch sinngebender in den stadtbezirklichen Netzwerken mitarbeiten.

## **Schlusswort**

Ich habe nur einige Punkte angerissen, aber ich hoffe, Sie damit zum Weiterdenken angeregt zu haben. Hannover hat sehr gute Voraussetzungen, in relativ kurzer Zeit quartiersbezogene Nachfragen und Angebote im Interesse der Bürger in Einklang zu bringen. Dazu benötigt die Stadt aber die Unterstützung aller.

Guido Panschuk

## **Diakonie und Kommune – gemeinsam trotz begrenzter Finanzen**

### **Wie begann alles?**

Mit der Gründung des Diakonischen Werkes am 7. Juli 1990 begann zunächst im damaligen Landkreis Rathenow eine neue Zeitrechnung. Wurden bislang pflegebedürftige Menschen durch Gemeindeschwestern des Gesundheitswesens der ehemaligen DDR versorgt, übernahmen diese Aufgabe fortan die neu errichteten Diakonie-Stationen.

Im Vordergrund stand also die Versorgung und Betreuung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen in der Häuslichkeit. Die ersten Diakonie-Stationen nahmen ihre Arbeit zum 1. Januar 1991 auf. An drei Standorten entwickelten sie sich stetig weiter und wurden zu einer festen Größe in Rathenow, Premnitz und Rhinow. Gleichzeitig entstand die Vision, neben professionellen Angeboten der Pflege auch niedrigschwellige Angebote für Seniorinnen und Senioren zu schaffen. Die Idee, eine Begegnungsstätte zu errichten, war somit geboren.

### **Worum ging es?**

Es sollten Freizeitangebote für Seniorinnen und Senioren mit zumeist keiner oder leichter Bewegungseinschränkung geschaffen werden. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, vor allem aber Vermeiden und Vorbeugen von Isolation, Kontaktarmut und Einsamkeit waren die obersten Ziele, die es galt zu verfolgen. Die Angebote richteten sich an Menschen, die Geselligkeit mögen, aber auch Unterstützung bei den unterschiedlichsten Fragen benötigten. Für Senioren, die aufgrund körperlicher Gebrechen nicht mehr in der Lage waren, die Begegnungsstätte aufzusuchen, wurde ein Besuchsdienst entwickelt.

### **Wie ging es?**

Vom Beginn der Seniorenbegegnungsstätte an hat man sich von den Interessen der Besucher leiten lassen. Es erschien wichtig, den Besucherinnen und Besuchern einen Raum zu geben, in dem sie sich, ihren Interessen entsprechend, treffen konnten. Deshalb ist man nicht mit vorgefertigten Angeboten vorgeprescht.

Begonnen hat die Begegnungsstätte mit zunächst zwei bis drei Gruppen mit maximal 10 bis 15 Teilnehmenden. Sie fanden einen Ort, an dem sie Gemeinschaft, entsprechend ihren

Interessen, erleben konnten. Bereits von Anfang an wurde bei Bedarf ein Transfer von der Wohnung zur Begegnungsstätte und selbstverständlich wieder zurück angeboten. Zum geselligen Beisammensein gehört auch das gemeinsame Kaffeetrinken bei einem in der Begegnungsstätte gebackenen Stück Kuchen.

### **Wer finanziert die Arbeit?**

Zur der Zeit, als die Begegnungsstätte ihre Arbeit aufnahm, konnten Personalkosten zum großen Teil über Arbeitsmarktprogramme finanziert werden. Heute werden die Personalkosten einer VBE (Vollbeschäftigteneinheit) zu 90 Prozent mit Mitteln des Landkreises freiwillig finanziert. Alle weiteren Personalkosten finanziert der Träger. Je nach Vorhandensein von Arbeitsmarktprogrammen werden Stellen durch diese Programme finanziert. So war es in den vergangenen drei Jahren möglich, über das Bundesprogramm Kommunal-Kombi zwei Mitarbeitenden die Möglichkeit einer Beschäftigung zu geben. Aber auch für die Arbeit der Begegnungsstätte ergab sich dadurch eine, wenigstens für drei Jahre planbare, Personalstruktur. Über viele Jahre haben Zivildienstleistende die Arbeit in der Begegnungsstätte unterstützt. Neben den haupt- und nebenamtlich Beschäftigten wird die Arbeit durch viele Ehrenamtliche unterstützt. Sachkosten wurden und werden aus unterschiedlichen Töpfen, zum großen Teil jedoch aus eigenen Mitteln, bestritten. Als sehr hilfreich ist uns die Unterstützung des Landesverbandes in Erinnerung, wenn es unter anderem darum ging, Fördermittel für die Beschaffung von Fahrzeugen zu beantragen oder die Unterstützung durch Kollektenmittel der Landeskirche.

### **Was hat sich im Gegensatz zu früher verbessert und weiterentwickelt?**

In den 20 Jahren der Begegnungsstättenarbeit hat sich ein großes Netzwerk etabliert. Aus den anfänglich zwei bis drei Gruppen mit 10 bis 15 Teilnehmenden besuchen die Begegnungsstätte heute wöchentlich etwa 250 Menschen in den verschiedenen Interessengruppen (Würfeln, Rommé, Gymnastik – um nur wenige zu nennen).

Neue Angebote sind in das Portfolio der Begegnungsstätte aufgenommen worden. So erhalten etwa 100 Bewohnerinnen und Bewohner in und um Rathenow täglich eine warme Mittags-

mahlzeit. Es besteht die Möglichkeit zum Arzt, zur Behandlung oder auch zum Frisör gefahren zu werden. Dem Anspruch des Werkes entsprechend, Menschen mit Hilfebedarf so lange wie möglich das Wohnen in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, qualifizierten wir eine Mitarbeiterin zur qualifizierten Wohnraumberaterin.

### **Was war demotivierend, was hat sich negativ ausgewirkt?**

Wohl eher erschwerend als demotivierend stellt sich die fehlende kontinuierliche Finanzierung im Hinblick auf Personalkosten dar. Bei der Arbeit mit Menschen bedarf es einer beständigen Personalbesetzung. Im Hinblick auf den demografischen Wandel und die damit einhergehende Alterung in der Bevölkerung, ist es dringend notwendig, die soziale Arbeit in unserer Gesellschaft durch entsprechende Finanzierungssysteme abzusichern.

Ein weiterer Aspekt, der sich negativ, vor allem aber demotivierend in der Arbeit auswirkt, sind die vorhandenen bürokratischen Hürden, die es zu überwinden gilt, wenn es darum geht, neue adäquate Angebote für betroffene Menschen umzusetzen.

### **Wie wird es weitergehen?**

Betrachtet man die Frage vor dem Hintergrund der weiteren Finanzierung, ist festzustellen, dass es nur mit Ehrenamtlichen eher nicht weitergehen wird. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich um Seniorinnen und Senioren zu kümmern. Sie bedarf in jeder Hinsicht einer finanziellen Absicherung.

Im Hinblick auf die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gilt es Maßnahmen zur Anerkennung zu entwickeln. In manchen Kommunen hat man sich bereits auf den Weg gemacht und beispielsweise Ehrenamtskarten entwickelt.

Dr. Thomas Gunzelmann

## Seniorennetzwerke Nürnberg

### Das Konzept

Ein dezentraler Ansatz der präventiven Altenhilfe mit folgenden Handlungsleitlinien

- quartiersbezogen organisiert
- trägerübergreifend vernetzt
- trägerneutral koordiniert

und folgenden Handlungsfeldern

- Information und Beratung
- Prävention und Gesundheitsförderung
- Förderung der Teilhabe
- Ermöglichung und Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements
- Verzahnung von präventiver Altenhilfe und häuslicher Versorgung

### Organisation

- Stadtteilanalyse
- Expertenbefragung und Bewohnerinterviews

### Modellverantwortung

- Kooperations- und Zielvereinbarung mit Wohlfahrtsverbänden und Trägern der Altenhilfe
- Wohnungsgesellschaften
- soziale Organisationen als Träger von Stadtteilzentren

### Lokale Netzwerkkoordination und Runder Tisch Seniorenarbeit

- Moderation, Initiierung, Organisation, Unterstützung von Prozessen
- offenes Arbeitsgremium der Akteure im Quartier

### Netzwerkertreffen

- netzwerkübergreifende Abstimmung und Erfahrungsaustausch
- quartiersbezogene Kooperationen als „lokale Verantwortungsgemeinschaften“:
  - Träger und Organisationen der Altenhilfe
  - Pflegestützpunkt, Fachberatungsstellen und sozialpädagogischer Fachdienst
  - Gesundheitsversorgung
  - Kultur- und Bildungseinrichtungen
  - Bürgerschaftliches Engagement
  - Stadt seniorenrat
  - Wohnungswirtschaft

### Praxisbeispiel

Seniorennetzwerk St. Johannis:

5.600 Einwohner ab 60 Jahre = 24 Prozent der Bewohner dieses Stadtviertels

6 Prozent sind 80 Jahre und älter (stadtweit: 2,5 Prozent)

3 Prozent sind 85 Jahre und älter (stadtweit: 2,6 Prozent)

### Das Seniorennetzwerk leistet

- Information und Beratung
- Stadtteilwegweiser
- Vorträge
- Infostand am Wochenmarkt
- Mitwirkung der Fachberatungsstelle
- zugehende Beratung/ präventive Hausbesuche
- Gesundheitsförderung und Prävention
- Sturzprophylaxe
- Kontinenzberatung
- gesundheitsorientierte Gruppen für Ältere mit Migrationshintergrund

Die Nürnberger Seniorennetzwerke gibt es in elf Stadtgebieten: St. Johannis, Nordstadt, Wöhrd, Nordostbahnhof, Ziegelstein/ Buchenbühl, St. Jobst/Erlenstegen, Südstadt Ost, Südstadt West, St. Leonhard/Schweinau, Gartenstadt, Langwasser

# Konsequenzen, Forderungen und Handlungsoptionen für die Zukunft

Gaby Schnell

## Acht Thesen zur Altenarbeit aus der Sicht einer Landesseniorenvertretung

### Altenarbeit

1. ist eine unbestreitbar öffentliche Aufgabe, die endlich angemessene Mittel braucht (1 Euro!), damit Aufgaben gestaltet und nicht nur bewältigt werden können. Schon viel zu lange gibt es dafür kein oder nur sehr wenig Geld.
2. darf nicht auf freiwillige Spenden angewiesen sein. Nachdem wir als alte Menschen durch Veränderungen von Altersbildern gerade dabei sind, auch als Nichtpflegefälle ins Bewusstsein der Menschen zu dringen, darf es ein Angewiesensein auf nicht-öffentliche Mittel nicht geben.
3. muss den Status einer freiwilligen Leistung in der Kommune verlieren und Pflichtaufgabe werden. Schon heute ist es allerdings ein Gebot im Rahmen der Daseinsvorsorge.
4. erfordert eine partizipative Haltung in den Kommunen, bei allen, weil alte Menschen ebenso wie junge und mittelalte Menschen mitgestalten und nicht verwaltet werden wollen. Auch Kirche muss ebenso wie Politikerinnen und Politiker an ihrem Altersbild arbeiten.
5. ist mehr als Quartiersmanagement, denn um Visionen zu entwickeln, muss man das Quartier hin und wieder verlassen.
6. ist mehr als die Herstellung eines alleinigen Bezugs alter Menschen zur Pflege. Es ist weder angemessen noch würdevoll, als alter Mensch ausschließlich als Mensch vor oder in der Pflege betrachtet und bewertet zu werden. Nur zur Erinnerung: Pflegebedürftigkeit ist kein altersspezifisches Phänomen!
7. ist gesellschaftlich hoch relevant zum Erhalt der Zivilisationskruste, die uns alle umgibt.
8. wirkt intergenerativ, in beide möglichen Richtungen: Wird sich heute um alte Menschen gekümmert – werden sie integriert – wird auch ein Wert des Alters an junge Menschen vermittelt. Werden alte Menschen heute als kosten-trächtige Pflegefälle bewertet oder als solche, die es bald werden, werden junge Menschen kein angemessenes Bild des Alters gewinnen können.

Gabriele Schwentek

## „neues wohnen“ nach dem Bielefelder Modell

### Aktuelle Situation der Freiwilligen-Agentur Nordharz

Das Leben in unserer Gesellschaft wird wesentlich mitgeprägt vom Zusammenspiel ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter auf verschiedenen Ebenen gesellschaftlicher Arbeit. Ohne die große Zahl ehrenamtlich engagierter Personen wären die Kommunen und Kirchengemeinden um eine Vielzahl von sportlichen, sozialen, kulturellen, Bildungs- und Freizeitangeboten ärmer, aber auch um Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an der Zukunftsgestaltung des Gemeinwesens. Die Attraktivität der Kommune und der Gemeinden steigt mit dem Umfang des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe. Seit Januar 2002 gibt es im Diakonischen Werk Halberstadt die Freiwilligen-Agentur. Durch die Arbeit der Agentur ist es gelungen, viele interessierte Menschen in passende ehrenamtliche Tätigkeiten der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche im Harzkreis zu vermitteln. Unsere Freiwilligen-Agentur betreibt Kontaktbüros in Halberstadt, Wernigerode und Quedlinburg.

Erfahrungen aus dieser Arbeit haben gezeigt, wie wichtig die Begleitung Ehrenamtlicher in ihren Aufgaben ist, wie wichtig klare Rahmenbedingungen sind und organisatorische Unterstützung. Je kompetenter informiert, beraten und qualifiziert wird, umso mehr Entfaltungsmöglichkeiten entstehen für die Ehrenamtlichen, die etwas für andere und somit auch für sich tun wollen. Je mehr und je vielfältiger Tätigkeitsfelder in unterschiedlichen Bereichen erschlossen werden, umso stärker kann die Zahl der Ehrenamtlichen wachsen. Durch die jahrelange Zusammenarbeit mit den Trägern der Einsatzstellen und durch die Beratung der Träger ist es immer besser gelungen, Hauptamt und Ehrenamt professionell zu verknüpfen und die Freiwilligen nicht als Konkurrenz, sondern als eine Bereicherung in den Einrichtungen zu erleben.

In unserer Freiwilligen-Agentur werden derzeit etwa 320 freiwillige Helfer in den unterschiedlichsten Einsatzfeldern begleitet. Sie sind in die verschiedenen Projekte wie „3. Chance“, „Grüne Damen“, „Alltagshelfer“, „Familien- oder Sozialpaten“

oder in der Bahnhofsmission eingebunden. Ein Schwerpunkt ist der Einsatz in den Stadtteilen im „neuen wohnen“. Alles, was das Leben lebenswert macht, sind Einsatzfelder der Freiwilligen. Damit die Freiwilligen tätig werden können, ist es nötig, sie während ihres Einsatzes anzuleiten, zu begleiten und zu qualifizieren.

Unsere Einsatzfelder sind vielfältig im Wohnquartier. Einige Beispiele:

- 3. Chance
- Alltagshilfe
- Familienpaten
- Sozialpaten
- Freiwilligendienste aller Generationen
- Bahnhofsmission
- Familien- und Seniorenbegleiter
- Bundesfreiwilligendienst

Zunehmend werden wir überregional angefragt, beim Aufbau Engagement fördernder Strukturen zu beraten und zu begleiten. Das betraf in jüngster Vergangenheit den Aufbau von Bahnhofsmissionen, niedrigschwellige Betreuung mit Ehrenamtlichen in der Altenarbeit, Entwicklung neuer Wohnformen unter Einbeziehung freiwilliger Helfer und anderes.

Einen Schwerpunkt in der Arbeit bildete in den vergangenen Jahren der Aufbau von zielgruppenspezifischen Projekten. So wurden Familien- und Sozialpaten für ihre Tätigkeit qualifiziert und es entstand die Bahnhofsmission in Halberstadt. Das jüngste Projekt „Familien- und Seniorenbegleiter“ unterstützt Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz im Rahmen niedrigschwelliger Betreuungsleistungen. Mit diesem Ehrenamtsprojekt sind wir die erste Freiwilligen-Agentur in Sachsen-Anhalt, die durch die Sozialagentur des Landes anerkannt wurde. Die Aufzählung weiterer Projekte ließe sich fortführen.

## **„neues wohnen“: Selbstbestimmtes Wohnen mit Versorgungssicherheit in der eigenen Wohnung, lebenslang**

### 1. Einleitung

Mit dem steigenden Anteil älterer Menschen in unserer Bevölkerung ist auch die Zunahme an Hilfebedürftigkeit und Unterstützung im Alltag zu verzeichnen. Die traditionellen sozialen Netze, zum Beispiel Familie, sind zunehmend weniger haltbar. Mit Blick auf das Alter denken viele Menschen darüber nach, wie sie später leben möchten. Sie bewegt dabei die Sorge, ein Pflegefall zu werden, einsam zu sein, scheinbar nicht gebraucht zu werden. Viele möchten auch nicht nur unter alten Menschen leben. Jeder hat den Wunsch, auch die dritte Lebensphase so weit wie möglich nach eigenen Wünschen und Bedürfnissen gestalten zu können und dabei in einer eigenen Wohnung zu leben. Im Juni 2006 startete das Diakonische Werk im Kirchenkreis Halberstadt e. V. gemeinsam mit der Halberstädter Wohnungsgesellschaft mbH das erste Projekt „neues wohnen“. Bis heute sind es drei Standorte in Halberstadt, zwei Standorte in Wernigerode und ein Standort in Osterwieck, die angelehnt an das „Bielefelder Modell“ entstanden sind. Dabei wurden die charakteristischen Merkmale der Region im Harz ebenso berücksichtigt wie die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner vor Ort im Quartier. Diese Erkenntnis führte zur Grundidee des Projektes „neues wohnen“ des Diakonischen Werkes in Halberstadt. In dieser Wohnform sollen Menschen mit Hilfebedarf und Menschen, die auf der Suche nach sinnvollen Aufgaben sind, zusammengebracht werden.

### 2. Wie wahren wir die Würde jedes einzelnen Menschen bis zuletzt?

Unser Betreuungs- und Hilfeangebot ist in allen Arbeitsbereichen so ausgerichtet, dass der Mensch in seiner Persönlichkeit und Würde geachtet wird. Das schließt den Erhalt beziehungsweise die Ausprägung der eigenen Fähigkeiten ein. Grundsätzlich steht Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund. Ein weiterer wesentlicher Grundsatz in allen Arbeitsbereichen ist die Gestaltung gesunder sozialer Beziehungen und die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Deshalb werden Eltern, Angehörige, Nachbarn und ehrenamtliche Helfer in unser Betreuungs- und Hilfeangebot einbezogen. Durch unsere langjährige Arbeit in der Freiwilligen-Agentur haben wir Erfahrung in der Werbung, Motivierung und Qualifizierung Ehrenamtlicher und wissen, dass diese Einbeziehung ein Gewinn auch für den Helfer ist. Ganz natürlich werden so Kontakte zum Umfeld hergestellt und es begegnen sich verschiedene Generationen.

### 3. Was müssen wir heute tun, um der prognostizierten Altersarmut entgegenzusteuern?

Um den neuen Anforderungen der alternden Gesellschaft gerecht zu werden, wurden gemeinsam mit örtlichen Wohnungsgesellschaften Kooperationen geschlossen und auf dieser Grundlage wurde das Wohnkonzept „neues wohnen“ entwickelt. Ziel des Projektes ist, dass jeder Mieter in seiner Wohnung lebenslang bleiben und individuelle Hilfen in Anspruch nehmen kann. Dabei sollen mehrere Generationen unter einem Dach ihr Zuhause finden. Durch die Angebote in den Häusern sollen auch Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnumfeldes angesprochen und integriert werden. Das „neue wohnen“ zeichnet sich durch die Einbeziehung ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe aus. Es wird darauf geachtet, dass die Struktur des Hauses ein generationsübergreifendes Arbeiten ermöglicht. Besonders wichtig sind die Aspekte der Selbst- und Mitbestimmung.

Damit Betreuungs-, Pflege- und Hilfsangebote bezahlbar bleiben, setzen wir ein multiprofessionelles Team von Mitarbeitenden, Familienangehörigen, Nachbarn und Ehrenamtlichen aktiv mit ein. Dieses Netzwerk soll wie eine moderne Großfamilie funktionieren, jeder bringt sich so nach seinen Möglichkeiten in das Wohnprojekt und Wohnquartier ein.

Der ambulante Pflegedienst vor Ort sichert die pflegerische und medizinische Versorgung. Wir besitzen keine Pflege-Auto-Flotte. Damit fallen auch keine zusätzlichen Kosten für Fahrzeuge an. Dies spiegelt sich deutlich in den niedrigen Investitionskosten wieder.

### 4. Nachhaltigkeit und Qualitätssicherung

Die vielfältigen Angebote und Aktivitäten im Wohncafé richten sich nach den Fähigkeiten und Neigungen der Bewohner und zum Teil auch der Mitarbeitenden. Sie beziehen Angebote aus dem Wohnumfeld ein. Im Bereich der ambulanten Pflege sind Pflegefachkräfte im Einsatz. Bei der Auswahl der Mitarbeitenden wird großer Wert auf die fachliche Qualifikation, soziale Kompetenz und Teamfähigkeit gelegt.

Um die Qualität der Arbeit des Pflegedienstes dauerhaft zu sichern, bilden die Richtlinien zur Zertifizierung nach DIN ISO 9002 die Grundlage der täglichen Arbeit. Fortführend wurden in den Häusern für „neues wohnen“ Standards entwickelt, die zur Qualitätssicherung beitragen. Durch die Versorgung im Wohnprojekt beziehungsweise im Wohnquartier sind die Wartezeiten sehr kurz, damit verbleibt ein größeres Zeitbudget bei der Begleitung und bei der Pflege des Bewohners. Mitarbei-

tende fühlen sich damit wesentlich weniger gestresst durch Straßenverkehr oder Parkplatzsuche. Mitarbeitende dürfen ihren Arbeits- und Tourenplan aktiv selbst mitgestalten. Damit wird jeder in das Kollektiv eingebunden und seine Meinung wird geachtet.

Mit der Entwicklung solcher sozialen Nahräume im Quartier kann so langfristig auf die sozialen Strukturen eingewirkt werden. Die Einbeziehung von Bewohnern im Wohnquartier stellt dabei eine wichtige Schnittstelle dar. Besonders die

Förderung des ehrenamtlichen Engagements wird hier mit berücksichtigt. So können auch sozial benachteiligte Menschen aktiv mit einbezogen werden. Den Menschen vor Ort das Gefühl von Sicherheit und einem Gebrauchtwerden zu vermitteln, kann so zukunftsorientiert mit berücksichtigt werden.

Unserem Leitbild gemäß „Selbsthilfe geht vor Fremdhilfe“, leisten wir damit einen aktiven Beitrag zum selbstbestimmten Leben mit Versorgungssicherheit vor Ort.

Helga Walter

## Wie wollen wir die Gesellschaft des langen Lebens gestalten und wer soll das bezahlen?

### Aus der Sicht seniorenpolitischer Interessenvertretung

Ich frage Sie: Ist langes Leben schlimm? Ich sage nein!

Denn jeder möchte lange Leben – aber möglichst ohne Probleme und dann einmal beim Mittagschlaf für immer einschlafen. Es hat uns niemand versprochen, dass es so kommt – aber wir haben es ein bisschen in der Hand.

Die heutige ältere Generation, die zum Teil zwei Kriege erlebte, die Hungersnöte, die schwere Aufbauarbeit nach dem Krieg – das sind Faktoren, die keine gute Voraussetzung waren, gesund alt zu werden. Und trotzdem nehmen die Zahlen der über 100-jährigen Menschen zu.

Inzwischen hat die Medizin erhebliche Fortschritte gemacht und viel ist möglich, um „dem Tod von der Schippe zu springen“, Ersatzteile zu bekommen und dann noch recht gut weiter leben zu können. Das möchte jeder für sich in Anspruch nehmen! Es soll möglichst das Beste für jeden kostenlos zur Verfügung stehen. Wir wollen zu Hause, in der gewohnten Umgebung, alt werden. Wir wollen Hilfe erhalten, wenn wir sie benötigen.

Sind diese unsere Wünsche erfüllbar? Wenn ja, gilt das für alle Menschen, die in der Bundesrepublik leben – in den Städten und in den ländlichen Regionen?

### Ob ein gutes Altern für mich möglich ist, hängt von sehr vielen Faktoren ab

- Was sagen meine Gene?
- Wie war meine Kindheit?
- Welche Bildungschancen hatte ich?
- Wie lebe ich jetzt?
- Bin ich mobil und treibe Sport?
- Wie ernähre ich mich?
- Gehe ich zu Vorsorgeuntersuchungen?

- Habe ich Arbeit, ein ausreichendes Einkommen und damit einen gesicherten Lebensunterhalt?
- Denke ich rechtzeitig an mein Alter und plane ich vor oder verdränge ich das Thema Alter?
- Denke ich mit 70 noch, dass ich nicht alt bin und nicht zu der Gruppe der älteren Menschen gehöre?
- Wird mich Hilfe- oder Pflegebedarf völlig überraschend treffen, ohne jede innere Vorbereitung?

So könnte ich noch viele Fragen stellen. Wie wir sehen können, sind das bis jetzt Fragen, die kein anderer – auch kein Politiker – für mich beantworten kann. Ich selber habe in einem hohen Prozentsatz in der Hand, wie mein Gesundheitszustand ist, ob ich mein Leben plane, aktiv bin oder das Leben laufen lasse nach dem Motto: „... aber bitte mit Sahne“. Auch diese Aussage ist zu kurz gegriffen. Ich weiß für mich, dass mein Leben vorbestimmt ist, aber ich habe nicht umsonst den Kopf und mein Gehirn zum Denken, Planen und Handeln erhalten.

Nun komme ich zu einem Punkt, der in unserem Lebensraum sehr wichtig ist, nämlich die Rahmenbedingungen, die ich brauche, um mein Bemühen verwirklichen zu können:

Wir leben nicht in einer Gesellschaft, wo Ellenbogen, Wirtschaftsmacht, Bankenstreit und Bankenpleiten keine Rolle spielen. Diesen Platz gibt es nirgends mehr auf der Welt. Und deshalb – weil es den Politikern weltweit nicht gelungen ist, Gier in so großem Maße zu verhindern, weil jedem in der Öffentlichkeit Handelnden Bestechlichkeit unterstellt wird und sich auch leider allzu oft bestätigt – brauchen wir Räume, in denen rücksichtsvolles Leben, gutes Miteinander, Fürsorge ohne Gewinndenken, Glück und Freude erlebbar sind.

Es menscht überall! Es wird kein Ganove geboren, der Umgang und die Lebensbedingungen formen die Menschen.

Deshalb müssen

- allen Kindern gleiche Lebens- und Bildungschancen geboten werden.
- die gegenseitige Achtung das Grundprinzip in der Erziehung sein.

- die gesundheitliche Vorsorge für alle gleich gelten und Anwendung finden.
- Prophylaxe für alle Altersgruppen gleich wichtig sein.
- Selbstbewusstsein und Handeln in einem selbstbestimmten Leben rechtzeitig gestärkt werden.
- soziale Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden.
- Möglichkeiten der Teilhabe und Betätigung in der eigenen Lebenswelt vorgehalten werden.
- das Ehrenamt geachtet und gefördert werden.
- Kommunikationsorte für Jung und Alt vorhanden sein.
- die Lebenswelt für alle Menschen erlebbar gestaltet werden.

## Und wer soll das bezahlen?

Wir haben alle rechnen gelernt. Allerdings die normale Mathematik. In der Politik kommen wir damit nicht weit.

### Wenn ...

- ... Kindergartenplätze da sind, damit die Eltern arbeiten können und so deren Lebensunterhalt gesichert ist, dann haben auch die Kinder gute Chancen für den Lebensstart.
- ... Arbeitsbedingungen vorliegen, wo das Wissen der Älteren gefragt ist, wo Gesundheitsvorsorge betrieben wird, um die Arbeitskraft zu erhalten und wo ein Arbeitslohn gezahlt wird, der für Frauen und Männer für gleiche Arbeit gleich hoch ist, welcher ihrer Arbeitsleistung entspricht und diese dann auch Vorsorge für das Alter und die Pflege treffen könnten.
- ... die Gesundheitsvorsorge und die Prophylaxe rechtzeitig ohne Altersgrenzen möglich sind, weil sie bewilligt und bezahlt wird.
- ... der Vereinsamung bei den immer stärker anwachsenden Singlehaushalten durch Begegnungsstätten und Kommunikationsmöglichkeiten entgegen gewirkt wird.
- ... die Gesundheitsversorgung nicht von der Wohngegend und dem Geldbeutel abhängen.
- ... ein Krankenversicherungssystem die Klassenunterschiede beseitigen und alle gleich behandeln würde.

- ... mit Hilfe von Netzwerken das selbstbestimmte lange Leben zu Hause ermöglicht wird.
- ... Pflegekräfte entsprechend ihrer Leistungen entlohnt werden.
- ... endlich der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der schon vor einigen Jahren definiert und durch Rechenbeispiele unterlegt wurde, eingeführt würde.

Dann wäre es am Ende auch bei vielen älter werdenden Menschen für die Staatskasse preiswerter als in dem zurzeit praktizierten System.

Eine morsche Decke lässt sich nicht in alle Richtungen dehnen. Werden den Ländern die Finanzen gekürzt, weil die EU neue Aufgaben verlangt, dann können die Länder auch nur begrenzt handeln. Jedes Ressort hat seine zugewiesenen Finanzen. Diese Finanztöpfe sind für andere Fachbereiche nicht zugänglich. Im Prinzip auch richtig. Wenn aber das Geld für das Schaffen von Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, menschenfreundliches Leben nicht ausreicht, dann frage ich mich, ob die Verteilung stimmt. Ist es sinnvoll, das Leben der Menschen vor Ort in unterschiedliche Bereiche zu teilen, für die jeweils ein anderer zuständig ist?

Deshalb ist es in den Ländern wichtig, ressortübergreifend zu planen und die Finanzen entsprechend einzuteilen. Bei der Städte- und Landschaftsplanung fängt es an. Hier sind nicht nur die Straßen für Autos, große Einkaufszentren, Vergnügungstempel und große Pflegeeinrichtungen nötig. Die Voraussetzungen zum Leben für die Menschen (!), nicht für die Finanzwelt (!), sollten Inhalt dieser Planungen sein. Stadtplaner, Jugend- und Sozialplaner gehören an einen Tisch. Die Menschen vor Ort müssen in diese Planungen einbezogen werden. Sie wissen, was gebraucht wird. Das Grundprinzip der Inklusion muss auch Grundgedanke der Planer sein.

Solches Miteinander klappt nicht ohne Übung im Kleinen. Deshalb meine Forderung: Fangt in den Familien, Kindergärten und Schulen an gemeinsam zu planen und Lösungen umzusetzen. Den Bestimmer darf es nicht mehr geben. Er sollte Moderator heißen und auch so handeln.

Sie merken, dass meine Vorstellungen eine lange Zeit brauchen werden, damit sie tragen. Aber: Wir leben ja immer länger und haben also auch Zeit. Wenn wir gemeinsam mit Geduld und Konsequenz diese Ziele des Miteinander und Füreinander gehen, so kommen wir auch zum Ziel.

Wir wissen aus den von der Bundesregierung beauftragten Altenberichten, dass sich das Altersbild sehr verändert hat. Dass Menschen, die heute mit 65, später mit 67, in Rente gehen, je nach den Arbeitsbedingungen, die sie hatten, noch unternehmungslustig und einsatzfreudig sind. Natürlich will man zunächst erst einmal von Pflichten nichts hören, tun wozu man Lust hat. Das ist auch richtig so. Aber es dauert selten lange bis auch der Wunsch nach dem noch „gebraucht werden“ auftaucht. Wer Enkel hat, ist oft beschäftigt und gefragt, wenn sie in der Nähe wohnen. Andere Rentner aber suchen Betätigungsmöglichkeiten.

Hier können Sportvereine, Schulen, Begegnungsstätten, Kirchen, Pflegeeinrichtungen eigentlich allen Wünschen entgegenkommen und Betätigung bieten, die den Suchenden Erfüllung und Freude bieten. Dafür muss es Stellen geben, die solche Betätigungsfelder vermitteln.

Wir wissen, dass der größere Prozentsatz der zu Pflegenden zu Hause versorgt wird und ein Großteil der Angehörigen diese Pflege ausüben. Auch hier werden Helfer/Ehrenamtliche benötigt, damit die pflegenden Angehörigen Entlastung erhalten und für sich Zeit zur Entspannung haben. Das sieht das Pflegegesetz auch vor und es muss von den Ländern „nur“ umgesetzt werden.

Es gibt in der ganzen Bundesrepublik viele sehr gute Beispiele, wie das Ehrenamt tätig sein kann und auch wie es mit der Ehrenamtskultur aussieht.

Ein Fehler war und ist es, Lücken mit „Projekten“ zu schließen. Denn das bedeutet, dass es für eine kurze Zeit Geld gibt, um die bestehende Lücke mit einem Angebot zu schließen. Läuft die Finanzierung aus, dann ist keiner da, der die weitere Bezahlung übernimmt und das gerade mit Erfolg aufgebaute Angebot verschwindet wieder.

Viel wichtiger ist es Strukturen zu schaffen, die solche Lücken vermeiden. Netzwerke in vielen Variationen werden schon praktiziert und erfüllen ihren Zweck. Hier sind wesentlich kleinere Finanzierungen nötig, die oft von den Beteiligten an den Netzwerken oder von Sponsoren aufgebracht werden.

Neben der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, bei Trägern und Projekten gibt es auch die Möglichkeit der politischen Einflussnahme als Ehrenamtliche/Ehrenamtlicher. Die Seniorenvertretungen sind die Interessenvertreter der älteren Menschen vor Ort gegenüber den Ortspolitikern. Diese Seniorenvertreter bilden in jedem Bundesland die Landesseniorenvertretung beziehungsweise den Landesseniorenbeirat, die gegenüber der Landespolitik die Interessen der Menschen vertreten. Nicht alle Probleme können in den Ländern geklärt werden. Deshalb gibt es den Zusammenschluss der Landesseniorenvertretungen zur Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen.

Die Entstehungsgeschichte der politischen Interessenvertreter ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich und deshalb auch die Art der Wahl und die Namensgebung. Erst in wenigen Bundesländern gibt es ein Gesetz zur Wahl der Seniorenvertretungen. Es wäre gut, wenn einheitliche Regeln bestünden und die Unterstützung für diese wichtige Arbeit der ehrenamtlichen Seniorenvertreter in den Bundesländern und bei der Bundesregierung gleiche Anerkennung und Unterstützung fände. Denn sie wollen nicht den Frieden der Regierenden stören, sondern mit ihren Hinweisen und Lösungsvorschlägen das Leben der älteren wie auch der künftig älteren Menschen besser und gerechter machen. Ideen sind je nach Problemlage vor Ort erwünscht. Das heißt aber auch, dass wir mit offenen Augen und wachem Sinn unsere Umwelt wahrnehmen – eine Antenne für das Leben haben.

Ich wünsche uns allen diese stets empfangsbereite Antenne und gute Ideen.

Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.

## **Düsseldorfer Erklärung**

**Altenarbeit im Gemeinwesen ist nicht nur demografisch geboten und politisch notwendig, sondern muss auch verlässlich finanziert werden!**

**Altenarbeit im Gemeinwesen braucht ein starkes Bündnis**

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Unter dem Eindruck der kommunalen Finanzkrise wird häufig aber gerade hier gespart. Das führt dazu, dass soziale Unterstützungssysteme für älter werdende Menschen wegfallen.

Wenn der längstmögliche Verbleib alter Menschen im gewohnten Umfeld gesellschaftlich und politisch gewollt ist, braucht es jedoch funktionierende Unterstützungssysteme im Quartier. Dazu gehört neben professionellen Angeboten auch Freiwilliges Engagement. Menschen in der dritten Lebensphase sind bereit Zeit, Geld und Sachmittel ins Gemeinwesen einzubringen, wenn geeignete Strukturen dazu vorhanden sind.

Kurzfristigen Spareffekten stehen fast immer höhere Ausgaben an anderer Stelle gegenüber. Um dieser Spirale nach unten entgegenzuwirken, bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses von Politik, Wirtschaft, Kirche, Diakonie und anderen Wohlfahrtsverbänden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, das sich für eine nachhaltige und dauerhafte Finanzierung der Gemeinwesenorientierten Altenarbeit einsetzt.

Da Angebote der Altenarbeit im Gemeinwesen in der Regel durch einen Finanzierungsmix realisiert werden, müssen die Möglichkeiten von Kommunen, Ländern, Bund, Kostenträgern im Sinne der Sozialgesetzbücher, Kirche und Diakonie und Eigenbeteiligungen künftig besser genutzt werden, um überall ein bedarfsgerechtes Angebot aufzubauen und zu erhalten.

### **Forderungen an die Politik**

Kommunale Sozialplanung in transparenten und partizipativen Strukturen

Die Altenhilfe braucht eine Abkehr vom „versäulten Denken“. Wir brauchen eine bessere Vernetzung, Planung und Kooperation in allen Bereichen der Altenhilfe. Dies umfasst eine

gemeinsame Sozialplanung mit allen relevanten Akteuren. Dies schließt die Weiterentwicklung von Partizipation und Transparenz in Planung und Finanzierung der Altenhilfe mit ein. Dazu gehört zum Beispiel die Einrichtung und Unterstützung von Seniorenbeiräten, aber auch der Aufbau neuer Entwicklungspartnerschaften mit neuen Akteuren, etwa Bildungsträgern, Wirtschaftsunternehmen, Wohnungsunternehmen, Sportvereinen und so weiter.

Altenarbeit im Gemeinwesen muss kommunale Pflichtaufgabe werden und braucht ein kommunales Basisbudget zur Sicherung der Nachhaltigkeit

Der Finanzierungsmix für Angebote Gemeinwesenorientierter Altenarbeit bedarf eines festen Haushaltstitels in den Kommunen, eines „Basisbudgets“. Auf dieses Basisbudget können dann unterschiedliche Kofinanzierungen verlässlich aufbauen. Die Höhe des kommunalen Basisbudgets sollte sich am demografischen Faktor in der jeweiligen Kommune orientieren, damit Kommunen mit einem höheren Anteil älterer Menschen auch mehr Mittel für die Gemeinwesenorientierte Altenarbeit zur Verfügung stehen. Wir fordern ein Basisbudget von 23 Euro pro Jahr pro Bürgerin und Bürger über 60 Jahre in einer Kommune. Dieses Basisbudget soll unter anderem für Beratung, Vernetzung und Angebote der Gemeinwesenorientierten Altenarbeit zur Verfügung stehen.

Bund und Länder dürfen sich aber auch dann nicht aus der Verantwortung stehlen. Innovationsprogramme des Bundes und der Länder, die Anschubfinanzierungen gewähren, sind gerade dann sinnvoll, wenn eine verlässliche kommunale Finanzierung nachhaltige Strukturen bereitstellt.

Altenarbeit ist als ein Arbeitsmarkt der Zukunft zu gestalten

Lokale Beschäftigungsstrategien sollten Gemeinwesenorientierte Altenarbeit als Arbeitsfeld beinhalten. Sozial kompetente, von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen können – unter geeigneter Anleitung – in diesem Arbeitsfeld einen Beruf finden. Wir sprechen uns für die Verlängerung des Bundesmodellprojektes „Bürgerarbeit“ aus, welches versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse fördert, in denen zusätzliche Aufgaben durchgeführt werden, die im öffentlichen Interesse liegen.

## **Forderungen an Kostenträger**

Altenarbeit im Gemeinwesen braucht die Öffnung bestehender Finanzierungssysteme

### **Beitrag der Pflegeversicherung**

Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen können einen wichtigen Beitrag bei der Vernetzung der Gemeinwesenorientierten Altenarbeit in ihrem Umfeld und bei der Vernetzung der einzelnen ambulanten, teilstationären und stationären Angebote für die Versorgung älterer Menschen leisten. In den Landesgesetzen werden die Einrichtungen zur Schaffung von sozialer Teilhabe und Partizipationsstrukturen aufgefordert. Dieses Engagement muss jedoch auch refinanziert werden. Wir sprechen uns für einen quartiersbezogenen, fallunspezifischen

und -übergreifenden Präventionsaufschlag bei pflegesatzverhandelnden Einrichtungen aus. Dieser Präventionsaufschlag ist als Pflegesatzbestandteil im Rahmen der zu verhandelnden Sach- und Personalkosten des Sozialen Dienstes anzusiedeln.

### **Beitrag der Krankenversicherung**

Quartiersbezogene Angebote der Gemeinwesenorientierten Altenarbeit sind kleinteilig und sozialraumorientiert angelegt. Krankenkassen können noch stärker in präventive Angebote im Rahmen der Gemeinwesenorientierten Altenarbeit eingebunden werden. Solche Kofinanzierungen sind gemeinsam mit Anbietern, Kommunen und Krankenkassen auszuloten.

Düsseldorf, 4.10.2012

Gabriele Winter, Rahel Müller-Neveau

## **Kommunales Basisbudget für die Altenarbeit im Gemeinwesen – ein Finanzierungsvorschlag**

Viele Angebote der gemeinwesenorientierten Arbeit leiden unter unzuverlässigen Finanzierungsbedingungen. Erfolgreiche Angebote müssen häufig eingestellt werden, wenn Förderungen auslaufen und die Träger die Arbeit nicht mehr finanzieren können. In diesem Beitrag erklärt Gabriele Winter, Referentin im diakonischen Landesverband Rheinland-Westfalen-Lippe, wie und warum ein „kommunales Basisbudget“ den nachhaltigen Bestand von Angeboten der offenen Seniorenarbeit sichern könnte.

### **Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit – was ist das?**

Diese Form der offenen Altenarbeit ist ein methodischer Ansatz, der die sozialen Fragestellungen und Bedarflagen alt werdender Menschen in den Blick nimmt und dabei besonders ihre individuellen Möglichkeiten, Fähigkeiten und kulturellen Prägungen berücksichtigt.

Im Rahmen der „Aktion Demografischer Wandel“ der Bertelsmann Stiftung wurde im Februar 2005 eine repräsentative Befragung von Kommunen ab 10.000 Einwohnern in Deutschland durchgeführt. Im Mittelpunkt der Befragung standen vor allem die Fragen, wie die Kommunen die Gestaltung des demografischen Wandels wahrnehmen und welchen thematischen Handlungsfeldern sie Priorität beimessen. Die Befragung der Bürgermeister ergab unter anderem, dass nur 32 Prozent der Kommunen ihre Fähigkeit, mit den Auswirkungen des demografischen Wandels umzugehen, als „ausreichend“ oder „vollkommen ausreichend“ bewerten und gemessen an der Wichtigkeit des Themas die eigene Gestaltungsfähigkeit (wirklich etwas ändern zu können) von 65 Prozent der Kommunen als gering eingeschätzt wurde.

Die schlechte Finanzsituation vieler Kommunen schränkt sie in ihrem Gestaltungsspielraum ein. So werden überschuldete Kommunen durch die Kommunalaufsicht dazu verpflichtet, für einen fest definierten Zeitraum jährliche Einsparungen zu realisieren. Von diesen Einsparungen sind dann alle kommunalen Kann-Leistungen betroffen, somit auch die gemeinwesenorientierte Altenarbeit, denn Leistungen der Prävention und Gesundheitsförderung, kulturelle und soziale Angebote sowie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gehören zu den Aufgaben der freiwilligen kommunalen Selbstverwaltung. Auch Förderprogramme des Bundes und der

Länder bilden hier keine verlässliche Finanzierung für die Altenarbeit im Gemeinwesen. Sie sind zeitlich befristet, so dass die Fortführung wirksamer Angebote nicht möglich ist.

Nur in wenigen Kommunen ist die gemeinwesenorientierte Altenarbeit fest im Haushalt verankert. Die Sicherstellung einer verlässlichen Finanzierung hat neben der Schaffung verlässlicher Strukturen und nachbarschaftlicher Netzwerke die höchste Priorität. Die politische Einsicht ist dringend geboten, dass Ausgaben der Prävention durch gemeinwesenorientierte Altenarbeit Folgekosten für die Kommunen – zum Beispiel durch Unterstützungsleistungen für pflegebedürftige BürgerInnen – verringern können.

### **Aufgaben gemeinwesenorientierter Altenarbeit**

- Erhebung der Lebensbedingungen und Entwicklungs-, Veränderungs-, Partizipations- oder Unterstützungsbedürfnisse älterer Menschen
- Mitwirkung an der lokalen Altenplanung unter Einbindung der Aktivitäten lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke (unter anderem in Sport- und Kulturvereinen, Selbsthilfegruppen)
- Förderung und Moderation von Beteiligungsmöglichkeiten und gesellschaftlichem Engagement von älteren Menschen sowie Formen der Selbstorganisation

### **Was ist bereits vorhanden?**

Die Basis für die Forderung einer verlässlichen Finanzierung gemeinwesenorientierter Altenarbeit findet sich allgemein im Grundgesetz sowie im Sozialgesetzbuch XII, § 71 Altenhilfe. Die Kommunen sind hauptzuständig für die soziale Infrastruktur der Gesellschaft, für die Daseinsvorsorge der BürgerInnen (Art. 28, Abs. 2 GG) und damit auch für die Lebensverhältnisse älterer Menschen. Die Erbringung dieser Leistungen verlangt nach einer infrastrukturellen, personellen und finanziell verlässlichen Ausstattung der Kommunen.

Aus Sicht der Kommunen verpflichten die Sozialgesetzbücher (SGB) nicht dazu, Strukturen der gemeinwesenorientierten Altenarbeit einzurichten und zu erhalten. Ein individueller Rechtsanspruch für eine gemeinwesenorientierte Altenarbeit lässt sich also nicht ableiten. Haushaltsmittel dafür sind vielmehr Kann-Leistungen der Kommunen. Daher liegt es in der

Verantwortung der einzelnen Kommunen, im Rahmen ihrer Haushaltspolitik die Leistungen der Altenhilfe nach § 71 SGB XII, zu finanzieren.

**§ 71 SGB XII  
Gewährung von Altenhilfe und ihrer Leistungen**

1. Leistungen zu einer Betätigung und zum gesellschaftlichen Engagement, wenn sie vom alten Menschen gewünscht wird [...],
4. Beratung und Unterstützung in allen Fragen der Inanspruchnahme altersgerechter Dienste,
5. Leistungen zum Besuch von Veranstaltungen oder Einrichtungen, die der Geselligkeit, der Unterhaltung, der Bildung oder den kulturellen Bedürfnissen alter Menschen dienen,
6. Leistungen, die alten Menschen die Verbindung mit nahe stehenden Personen ermöglichen.“

**Vision: Basisbudget und Innovationsprogramme**

Die Vision ist ein solidarisches Miteinander der Generationen und Rahmenbedingungen im Quartier, die eine Beteiligung aller BürgerInnen an gesellschaftlichen Prozessen, die Entwicklung unterstützender Netzwerke und Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements ermöglichen. Für die Finanzierung dieser Ermöglichungsstrukturen im Rahmen gemeinwesenorientierter Altenarbeit würde ein „kommunales Basisbudget“ den Grundstein legen. Die Höhe eines solchen Basisbudgets orientiert sich am demografischen Faktor in der jeweiligen Kommune. Damit stünden „alten“ Kommunen mit einem höhe-

ren Anteil älterer Menschen auch mehr Mittel für die gemeinwesenorientierte Altenarbeit zur Verfügung.

Vorgeschlagen wird ein „Basisbudget“ von 23 Euro pro Jahr pro BürgerIn über 60 Jahre. Dieser Betrag wurde beispielhaft auf Basis der Haushaltsausgaben der Stadt Düsseldorf für die gemeinwesenorientierte Altenarbeit errechnet. Hierfür wurde die Gesamtsumme auf die über 60-jährigen EinwohnerInnen der Stadt umgelegt. Das Basisbudget finanziert beispielsweise Beratung, Vernetzung und Angebote der gemeinwesenorientierten Altenarbeit und trägt so zu einer nachhaltigen Finanzierung und Erfüllung der Leistungen des § 71 SGB XII bei.

Für die Kommunen bedeutet die Bereitstellung eines solchen Budgets im Gesamtergebnis keine zusätzliche Belastung. Die vorhandenen Mittel sollen zwar aufgestockt, aber vor allem besser gebündelt und in vernetzten Trägerstrukturen nachhaltiger eingesetzt werden. Untersuchungen zeigen, dass Ausgaben einer sozialen Netzwerkarbeit einen „Social Return“ im Wert von neun Euro erzeugen können. So schaffen Beratung und Kooperationen im Quartier Ermöglichungsstrukturen, in denen sich ältere Menschen als NetzwerkerInnen freiwillig engagieren und selbstorganisiert im Stadtteil tätig sind.

Ein weiterer Finanzierungsbaustein sind die Innovationsprogramme des Bundes und der Länder. Sie ergänzen – befristet für die Förderdauer – die Finanzierungsgrundlagen auf kommunaler Ebene. Mit Hilfe des „kommunalen Basisbudgets“ wird sichergestellt, dass Angebote, deren Nutzen nachgewiesen wurde, nach Ende der Förderung weitergeführt werden.

**Bausteine der Finanzierung der Altenarbeit im Gemeinwesen**

Förderprogramme des Bundes und der Länder

Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement in Kirche und gemeinnützigen Trägern als Eigenmittel bei Förderanträgen

Schaffung von Innovationsbudgets gemeinnütziger Träger (auf der Basis von Eigenmitteln)

Förderung durch Stiftungen und Unternehmen

Präventionsaufschlag bei Pflegesatzverhandlungen (SGB-XI-Kostenträger)

Fördermöglichkeiten der Agentur für Arbeit zur Bereitstellung personeller Ressourcen (SGB-II- und -III-Kostenträger)

Selbsthilfe fördern und Gesundheitsprävention stärken (SGB-V-Kostenträger)

Zusätzliche Bausteine

Kommune: Basisbudget in Höhe von 23 € pro Bürger über 60 Jahre

Gemeinnützige Träger können zur Sicherung gemeinwesenorientierter Altenarbeit beitragen, indem sie ein Innovationsbudget von ein bis zwei Prozent auf der Grundlage nicht zweckgebundener Eigenmittel schaffen. Dies soll zur Weiterentwicklung von Konzepten und damit einer Reaktion auf neue Herausforderungen verwendet werden können.

## Fazit

Das Basisbudget, verbunden mit einer Vernetzung der Träger, die ihr „Säulendenken“ überwinden, ermöglicht den Aufbau und Erhalt eines bedarfsgerechten Angebots in der Kommune. Zusätzlich dazu müssen die Möglichkeiten von Kommunen, Ländern und Bund, Kostenträgern im Sinne der Sozialgesetzbücher und die der älteren BürgerInnen für die Erfüllung dieser Aufgabe künftig besser genutzt werden. Nur so wird es gelingen, die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine gemeinwesenorientierte Altenarbeit sicherzustellen und praktisch umzusetzen, so dass sich zukünftig jede Kommune in der Lage fühlt, mit dem demografischen Wandel umzugehen.

### Düsseldorfer Erklärung

130 Verantwortungsträger aus der Altenhilfe von evangelischer Kirche, Diakonie, Politik und weiteren Verbänden haben am 4. Oktober 2012 in Düsseldorf über die Entwicklung generationenfreundlicher Wohnviertel diskutiert. In einer abschließenden Erklärung wurde von den Veranstaltern eine verlässlichere Finanzierung gemeinwesenorientierter Altenarbeit gefordert. Die Tagung wurde von der Diakonie Deutschland in Kooperation mit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe und dem Evangelischen Erwachsenenbildungswerk Nordrhein organisiert.

Weitere Informationen:

[www.diakonie-rwl.de/meldungen/duesseldorfer-erklaerung](http://www.diakonie-rwl.de/meldungen/duesseldorfer-erklaerung)

## Grundlage dieses Artikels

Diakonie (Hrsg.) (2011): Altenarbeit im Gemeinwesen. Demografisch geboten – politisch notwendig – verlässlich finanziert. Abrufbar unter: [www.diakonie.de/Texte\\_09\\_2011\\_Altenarbeit\\_Gemeinwesen.pdf](http://www.diakonie.de/Texte_09_2011_Altenarbeit_Gemeinwesen.pdf), Stand: 21.09.2012

## Weiterführende Literatur

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Kommunen und Regionen im Demographischen Wandel – Bürgermeisterbefragung 2005. Abrufbar unter: [www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-3672B0F8-E43D570C/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_20164\\_20165\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-3672B0F8-E43D570C/bst/xcms_bst_dms_20164_20165_2.pdf), Stand: 21.09.2012

Fischer, V.; Eichener, V.; Nell, K. (Hrsg.) (2003): Netzwerke – ein neuer Typ bürgerschaftlichen Engagements. Zur Theorie und Praxis der sozialen Netzwerkarbeit mit Älteren. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Naegele, Gerhard (2010): Kommunen im demografischen Wandel – Thesen zu neuen An- und Herausforderungen für die lokale Alten- und Seniorenpolitik. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Heft 2 /2010, S. 98–102

## Tagungsprogramm Berlin, 5. Juni 2012

Altenarbeit im Gemeinwesen: demografisch geboten – politisch notwendig – verlässlich finanziert

10.00 Uhr **Begrüßung**

Pfarrerin Susanne Kahl-Passoth, Direktorin  
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Berlin

**Einführung und Moderation am Vormittag**

Pfarrerin Roswitha Kottnik  
Diakonisches Werk der EKD, Berlin

10.20 Uhr **Das Miteinander der Generationen im demografischen Wandel – wie nehmen wir diese Herausforderungen an?**

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdB, Sprecherin des Projektes „Miteinander der Generationen im demografischen Wandel“ der SPD-Bundestagsfraktion

11.00 Uhr **Die Entdeckung der Alten in der Aktivegesellschaft. Kompetent, aktiv, produktiv – oder?**

Dr. Silke van Dyk, Sozialwissenschaftlerin, Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena

11.45 Uhr **Wie wollen wir die Gesellschaft des langen Lebens gestalten und wer soll das bezahlen?**

**4 Perspektiven**

**– aus der Sicht der Bundespolitik**

Petra Crone, MdB, SPD, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**– aus der Sicht kommunalpolitischer Interessenvertretung**

Joachim Krüger, Sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus in Berlin, Vorsitzender des CDU- Sozialausschusses

**– aus der Sicht seniorenpolitischer Interessenvertretung**

Helga Walter, BAGSO, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen

**– aus der Sicht praxiserprobter Seniorenarbeit**

Monika Stadtmüller, Vorsitzende des Seniorenbeirates in Hannover

13.45 Uhr **Von der Theorie zur Praxis: Gemeinwesenorientierte Altenarbeit unter den Aspekten: Quartiersorientierung-Netzwerkbildung-Finanzierung**

**Einführung und Moderation am Nachmittag**

Burkhard Batze, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Berlin

**Quartiersorientierung – Altenarbeit im Quartier: wie durch professionelles Management das freiwillige Engagement qualitativ und quantitativ gesteigert wird**

Gabriele Schwentek, Geschäftsführerin Diakonisches Werk im Kirchenkreis Halberstadt

**Netzwerkbildung – Wie ein diakonischer Träger und die Kommune in sozialraumorientierte Altenarbeit investieren trotz begrenzter Finanzen, aber mit gegenseitigem Vertrauen und gleicher Zielrichtung**

Guido Panschuk, Diakonisches Werk Havelland

**Finanzierung – Aufsuchende Altenarbeit in Bremen, ein Strategieinstrument zur Verbesserung der Angebote in der Altenhilfe**

Klaus Krancke, Referat Ältere Menschen bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen in Bremen

15.40 Uhr **Impuls zum Weiterdenken Kommunen im demografischen Wandel- Thesen zu neuen An- und Herausforderungen für die lokale Alten- und Seniorenpolitik**

Prof. Dr. Gerhard Naegele, Direktor Institut für Gerontologie, TU Dortmund

ab 16.10 Uhr **Expertenrunde**

**Verkanntes Potenzial sozialen Wohlbefindens – Erfahrungswissen nutzen, Innovation wagen, Finanzierung sichern, wie kann das gelingen?**

Prof. Dr. Gerhard Naegele, Uni Dortmund  
Dr. Jürgen Gohde, Vorsitzender Kuratorium Deutsche Altershilfe

Oberkirchrat Eberhard Grüneberg, Vorstandsvorsitzender Diakonie Mitteldeutschland  
Pfarrerin Roswitha Kottnik (Gesprächsleitung)

**Tagungsprogramm Düsseldorf, 4. Oktober 2012**

Tagung Altenarbeit im Gemeinwesen: demografisch geboten – politisch notwendig – verlässlich finanziert

- 10:00 Uhr **Begrüßung**  
Ulrich Christofczik, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe (RWL)  
Einführung und Moderation:  
Cornelia Benninghoven, Journalistin. Köln
- 10:10 Uhr **1. Statement**  
**Masterplan Quartier – ein Plan für alle Fälle?**  
Prof. Dr. Reinhold Knopp, Fachhochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften
- 10:30 Uhr **2. Statement**  
**Kirche findet Stadt! – Utopie oder Wirklichkeit?**  
Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx, Evangelische Kirche in Deutschland, Hannover
- 10:50 Uhr **Vision braucht „Einsatz“ – Vorstellung des Autorenteams**  
Christa Stelling, Evangelischer Verband für Altenarbeit Rheinland-Westfalen-Lippe
- 11:00 Uhr **Altenarbeit im Gemeinwesen**  
**Demografisch geboten – politisch notwendig – verlässlich finanziert**  
Pfarrerin Roswitha Kottnik, Reinhard Thies, Soziale Stadt, Diakonisches Werk der EKD, Berlin
- 11:20 Uhr **Fachimpuls 1**  
**Alt wird man im Quartier. Wer hat welche Verantwortung, damit es gelingt?**  
Franz Müntefering (MdB, Sprecher der AG Demografischer Wandel der SPD Fraktion), Berlin
- 12:10 Uhr **Fachimpuls 2**  
**Ideen brauchen Ressourcen. Gesellschaft braucht Werte. Wir brauchen eine andere Ökonomie!**  
Professor Dr. Stefan Sell, Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der FH Koblenz
- 14:00 Uhr **Mehr Phantasie!**  
**Ein moderierter Dialog**  
Franz Müntefering, MdB, Berlin  
Professor Dr. Stefan Sell, Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der FH Koblenz  
Ulrich Christofczik, Geschäftsbereichsleitung Pflege, Alten- und Behindertenarbeit, Diakonie RWL
- Eingeschätzt, erwidert, bestritten?**  
Einwürfe zum Dialog aus Sicht  
– einer innovativen Kommune  
– der Städte und Gemeinden  
– von Bildung und Ehrenamtsförderung eines diakonischen Trägers  
– eines Altenhilfeträgers
- Gesprächspartner an „Jokertischen“:**  
– Horst-Heinrich Gerbrand, Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen  
– Gerrit Heetderks, Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein, Düsseldorf  
– Beate Linz, Diakonie in Düsseldorf  
– Volkmar Josten, Stadt Greifrath
- 16:00 Uhr Quintessenz aus Sicht der Landesseniorenvertretung**  
Gaby Schnell, Landesseniorenvertretung NRW, Münster
- 16:15 Uhr **„Düsseldorfer Erklärung“**  
Ulrich Christofczik, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe
- 16:25 Uhr **Schlussbemerkung / Reisesegen**  
Gerrit Heetderks, Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein, Düsseldorf  
Gabriele Winter, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe

## Tagungsprogramm Nürnberg, 5. November 2012

### Altenarbeit im Gemeinwesen

10:00 Uhr **Moderation**

Thomas Staudigl (Stadtmission Nürnberg e. V.)

**Begrüßung**

Birgit Löwe (Vorstand Diakonisches Werk Bayern)

**Grußwort**

Dr. Ulrich Maly, Vorstandsvorsitzender des Bayerischen Städtetages, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

**Einführung ins Thema**

Pfarrer Michael Bammessel, Präsident des Diakonischen Werkes Bayern

10:20 Uhr **Altenarbeit im Gemeinwesen – Demografisch geboten – politisch notwendig – (wirklich) verlässlich finanziert?**

**Statements des Autorenteam:**

Roswitha Kottnik: Herausforderung Altenarbeit  
Udo Zellmer: Was kommt nach dem Projekt? – Ein Finanzierungsdilemma

10:40 Uhr **Miteinander der Generationen im demografischen Wandel – Älter werdende Gesellschaft als Herausforderung und Chance**

Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ der SPD-Bundestagsfraktion  
Hilde Mattheis, MdB, Mitglied im SPD-Parteivorstand

11:45 Uhr **Partizipative Gestaltungsmöglichkeiten im Gemeinwesen – Alt wird man im Quartier**

Dr. Elke Olbermann, Wissenschaftliche Geschäftsführerin Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V.; Institut für Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund

13:45 Uhr **Von der Theorie zur Praxis: Quartiersorientierung, Netzwerkbildung, Finanzierung**

Unser NETZ e.V.: Werner Schulmeyer, Vorstandsmitglied Verein zur Koordination sozialer Aufgaben in Lenningen und Owen e.V.

Seniorennetzwerke Nürnberg: Dr. Thomas Gunzelmann, Seniorenamt der Stadt Nürnberg

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit: Dr. Barbara Erxleben, Referentin für Hospiz und Gemeinwesenorientierte Altenarbeit, Diakonisches Werk Bayern

14:30 Uhr **Kaffeepause**

**14:45 Uhr Gemeinwesenorientierte Altenarbeit und kommunaler Gestaltungsauftrag Öffentliche Daseinsvorsorge als ökonomische Basis für einen gelingenden Welfare-Mix**

Prof. Dr. Thomas Klie (Ev. Hochschule Freiburg)

15:50 Uhr **Expertenrunde**

**Moderation:** Stephan Sohr, stellv. Chefredakteur der Nürnberger Zeitung

**Teilnehmer/innen:**

Birgit Löwe (Vorstand Diakonisches Werk Bayern)  
Sabine Rückle-Rösner (Diakonisches Werk Regensburg)

Prof. Dr. Thomas Klie (Ev. Hochschule Freiburg)  
Eva Balz (Landesseniorenrat Baden-Württemberg)

16:45 Uhr **Resümee und Schlussbemerkung**

## Verzeichnis der Verfasserinnen und Verfasser der Beiträge

Bammessel, Michael – Pfarrer, Präsident des Diakonischen Werkes Bayern e. V., Nürnberg

Coenen-Marx, Cornelia – Pfarrerin, Oberkirchenrätin, Evangelische Kirche in Deutschland, Hannover

Crone, Petra – Mitglied des Bundestages, SPD, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Gunzelmann, Dr. Thomas – Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt, Nürnberg

Klie, Prof. Dr. Thomas – Evangelische Hochschule, Freiburg

Knopp, Prof. Dr. Reinhold – Fachhochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften

Krüger, Joachim – Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Vorsitzender des CDU-Sozialausschusses

Müller-Neveau, Rahel – Studentin im Masterstudiengang Alternde Gesellschaften an der technischen Universität Dortmund

Müntefering, Franz – Mitglied des Bundestages, Sprecher der AG demografischer Wandel der SPD-Fraktion, Berlin

Naegele, Prof. Dr. Gerhard – Direktor am Institut für Gerontologie, Technische Universität Dortmund

Panschuk, Guido – Diplom-Pflegewirt, Diakonisches Werk Havelland e. V., Rathenow

Schnell, Gaby – Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen, Münster

Schwentek, Gabriele – Geschäftsführerin Diakonisches Werk im Kirchenkreis Halberstadt e. V., Halberstadt

Sell, Prof. Dr. Stefan – Direktor am Institut für Bildungs- und Sozialpolitik der Fachhochschule Koblenz

Stadtmüller, Monika – Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt Hannover

van Dyk, Dr. Silke – Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Walter, Helga – Zweite Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, Berlin

Winter, Gabriele – Referentin für gemeinwesenorientierte Altenarbeit und Tagespflege bei der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V., Düsseldorf

## Arbeitsgruppe für die Durchführung der Fachtage und Erstellung der Dokumentation

Burkhard Batze – Referent für offene Altenarbeit und Hospiz, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische-Oberlausitz e. V., Berlin

Dr. Gundula Griebmann – Stabsstelle Betriebswirtschaft beim Vorstand Sozialpolitik – Diakonie Deutschland, Evangelischer Bundesverband, Berlin

Thomas Staudigl – Einrichtungsleiter Seniorenzentrum am Tiergärtnerort, Stadtmission Nürnberg e. V., Nürnberg

Christa Stelling – Vorsitzende des Fachausschusses Gemeinwesenorientierte Altenarbeit im Deutschen Evangelischen Verband für Altenarbeit und Pflege e. V., Berlin/Düsseldorf

Reinhard Thies – Netzwerkstelle Gemeinwesendiakonie – Servicestelle Soziale Stadt, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Berlin

Gabriele Winter – Referentin für gemeinwesenorientierte und teilstationäre Altenarbeit, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V., Düsseldorf

Udo Zellmer – Abteilungsleiter Diakonische Bezirksstellen, Evangelischer Diakonieverband, Ulm/Alb-Donau

Roswitha Kottnik – Gesamtverantwortung für Jahresthema 2012, Fachtage, Handreichung und Dokumentation – Bis 31. Dezember 2012 Referentin im Arbeitsfeld Ältere Menschen im Zentrum Gesundheit, Rehabilitation und Pflege, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Berlin

**Diakonie** 



### **Leitfaden: Qualitätsentwicklung in der Offenen Altenarbeit auf CD-ROM**

Beiträge zur Theorie und Praxis Offener Altenarbeit:

Leben und Wohnen im Alter, Begegnungsstätten und Seniorencafés, Kultur auf Rädern, Fundraising, Interkulturelle Öffnung; Seelsorge und Beratung und vieles mehr.

Dazu 50 Praxisdokumente:

Musterverträge, Checklisten, Veranstaltungsplanungen zum Ausdrucken und Vervielfältigen

„Leitfaden: Qualitätsentwicklung in der Offenen Altenarbeit“ (Umfang: 300 Seiten)

Bestellnummer: 900 323 03

Preis: 15,- Euro plus Versandkosten

Zu bestellen beim Zentralen Vertrieb des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung:

per E-Mail: [vertrieb@diakonie.de](mailto:vertrieb@diakonie.de)

per Fax: +49 711 797 75 02

**Auszug Diakonie Texte 2011/2012/2013**

- 03.2013 Soziale Sicherung für Kinder und Jugendliche einfach, transparent und zielgenau ausgestalten
- 02.2013 Freiheits- und Schutzrechte der UN-Behindertenrechtskonvention und Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie
- 01.2013 Dritter Weg im Dialog: Argumente, Glossar und Maßnahmen für die interne Kommunikation
- 09.2012 In der Diakonie vom Glauben reden – in Kursen zu Themen des Glaubens
- 08.2012 Das neue Entgeltsystem für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen – Positionen der Diakonie
- 07.2012 Klientinnen und Klienten in ihrer Elternrolle stärken – Kinder psychisch oder suchtkranker Eltern achtsam wahrnehmen
- 06.2012 Soziale Daseinsvorsorge in den Kommunen: Zivilgesellschaft stärken, Solidarität und Teilhabe sichern
- 05.2012 Rechtssicherheit und Fairness bei Grundsicherung nötig  
Diakonie-Umfrage ergibt: SGB-II-Rechtsansprüche regelmäßig nicht umgesetzt
- 04.2012 Freiwilliges Engagement in Einrichtungen und Diensten der Diakonie – Eine repräsentative Studie
- 03.2012 Leitlinien Arbeitsmigration und Entwicklung  
– Guidelines on Labour Migration and Development  
Art.-Nr: 613 003 032ENGL  
– Principes directeurs pour les migrations et le développement  
Art.-Nr: 613 003 032FR
- 02.2012 Sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche – eine Aufgabe der Prävention und Gesundheitsförderung aus Sicht der Diakonie
- 01.2012 Diskriminierungsschutz in diakonischen Arbeitsfeldern
- 16.2011 50 Jahre Zivildienst
- 15.2011 Pflegestatistik – zum 15. Dezember 2009
- 14.2011 Einrichtungsstatistik – Regional – zum 1. Januar 2010
- 13.2011 Vorstandsbericht
- 12.2011 Sozialleistungen für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in Deutschland
- 11.2011 Teilhabe abhängigkeitskranker Menschen sichern
- 10.2011 Einrichtungsstatistik zum 1. Januar 2010
- 09.2011 Altenarbeit im Gemeinwesen  
Demografisch geboten – politisch notwendig – verlässlich finanziert

Liebe Leserinnen und Leser,

wir hoffen, dass wir Ihnen mit der vorliegenden Ausgabe des Diakonie Textes Informationen und inhaltliche Anregungen geben können. Wir sind an Rückmeldungen interessiert, um unsere Arbeit zu optimieren. Wir freuen uns deshalb, wenn Sie uns Kommentare und Anregungen zum Inhalt des Textes zukommen lassen, informieren, welchen Nutzen Sie durch diesen Text für Ihre Arbeit erfahren haben und mitteilen, wie Sie auf die vorliegende Ausgabe der Diakonie Texte aufmerksam geworden sind und ob oder wie Sie diese weitergeben werden.

Ihre Rückmeldungen senden Sie bitte an die verantwortliche Projektleitung (siehe Impressum unter Kontakt).

Herzlichen Dank!  
Diakonie Deutschland

**Impressum**

Diakonie Deutschland –  
Evangelischer Bundesverband  
Evangelisches Werk für  
Diakonie und Entwicklung e. V.  
Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

Verantwortlich für die Reihe:  
Andreas Wagner  
Zentrum Kommunikation  
Telefon: +49 30 652 11-1779  
redaktion@diakonie.de  
www.diakonie.de

Kontakt:  
Karin Kuwan  
Sekretariat Zentrum Gesundheit,  
Rehabilitation und Pflege  
Telefon: +49 30 652 11-1660  
karin.kuwan@diakonie.de

Layout:  
Alfred Stiefel

Druck: Zentraler Vertrieb des  
Evangelischen Werkes für  
Diakonie und Entwicklung e. V.  
Karlsruher Straße 11  
70771 Leinfelden-Echterdingen

Die Texte, die wir in der Publikationsreihe Diakonie Texte veröffentlichen, sind im Internet frei zugänglich. Sie können dort zu nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und vielfältig werden. Diakonie Texte finden Sie unter [www.diakonie.de/Texte](http://www.diakonie.de/Texte). Im Vorspann der jeweiligen Ausgabe im Internet finden Sie Informationen, zu welchem Preis Diakonie Texte gedruckt beim Zentralen Vertrieb bestellt werden können.

Bestellungen:  
Zentraler Vertrieb des  
Evangelischen Werkes für  
Diakonie und Entwicklung e. V.  
Karlsruher Straße 11  
70771 Leinfelden-  
Echterdingen  
Telefon: +49 711 21 59-777  
Telefax: +49 711 797 75 02  
Vertrieb@diakonie.de

Benutzer des Diakonie Wissensportals können über die Portalsuche nicht nur nach Stichworten in den Textdateien recherchieren, sondern auch auf weitere verwandte Informationen und Veröffentlichungen aus der gesamten Diakonie zugreifen. Voraussetzung ist die Freischaltung nach der Registrierung auf [www.diakonie-wissen.de](http://www.diakonie-wissen.de)

[www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

© April 2013 – 1. Auflage  
ISBN 978-3-941458-63-5  
Art.-Nr. 613003043

**Diakonie Deutschland –  
Evangelischer Bundesverband  
Evangelisches Werk für Diakonie und  
Entwicklung e.V.**

Caroline-Michaelis-Straße 1

10115 Berlin

Telefon: +49 30 652 11-0

Telefax: +49 30 652 11-3333

[diakonie@diakonie.de](mailto:diakonie@diakonie.de)

[www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)